

HUCH

#88

50 JAHRE
STUDENTENREVOLTE

GENDERWAHN,
LINKSEXTREME
UND DIE AFD

WAS TUN
FÜR DIE BEWEGUNG
DER ZUKUNFT?

DIE TYRANNEI DER
STRUKTURLOSIGKEIT

FREUNDSCHAFT!

VIRTUELLE NORMALITÄT

KLARHEIT SCHAFFEN

UNTER DEN TRÜMMERN

KAMPF
GEGEN
DIE NATUR

IMAGES EN LUTTE

LIEBE STUDIERENDE,

Referat für Publikationen

die HUch (Humboldt Universität collected highlights) ist die kritische Studierendenzeitschrift der HU. Sie widmet sich den allgegenwärtigen gesellschaftlichen Problemen und Konflikten und richtet dabei ein besonderes Augenmerk darauf, wie diese die Universität beeinflussen. Auf diese Weise geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Lebens zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt. Dementsprechend will die HUch auch einer Diskussion der Möglichkeiten emanzipatorischer Politik an der Uni und über sie hinaus ein Forum bieten. Zu diesem Zweck bringt sie studentische Beiträge mit solchen profilierter, externer Autor*innen sowie mit historischen Texten aus der Studierendenbewegung ins Gespräch und versammelt dabei hochschulpolitische Artikel mit wissenschaftlich-kritischen Essays und ästhetischen Reflexionen.

INHALT

1	50 Jahre <i>Studentenrevolte</i>	Anstalt
5	<i>Genderwahn, Linksextreme</i> und die AfD	
9	Was tun für die Bewegung der Zukunft?	
13	Die Tyrannei der Strukturlosigkeit	Aufsatz
21	Freundschaft!	
23	Virtuelle Normalität	
25	klarheit schaffen	Ästhetik
27	Unter den Trümmern	
31	Kampf gegen die Natur	
33	Images en lutte	
37		ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ

50 JAHRE STUDENTENREVOLTE

Joshua
Schultheis

ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON UNIVERSITÄT UND REVOLUTION

»IHR BILDET DIE FÄHIGKEIT DES BLINDEN GEHORSAMS GEGENÜBER EINER VERWIRRENDEN FLUT VON TRIVIALEN VERORDNUNGEN DER BÜROKRATIE AUS. IM NAMEN DER BILDUNG DES MENSCHEN ERWERBT IHR DIE FÄHIGKEIT, ANGESICHTS VON VERORDNUNGEN FÜGSAM ZU SEIN.«

So steht es auf einem Flugblatt, verteilt auf dem Campus der Universität Berkeley, Kalifornien, Ende 1964. Und weiter: »Ich beschwöre euch, die beruhigenden Gefühle der Pflicht und der Verantwortung für diese Institution voll Zorn auf den Abfallhaufen zu werfen und eurer Situation gemäß zu handeln. [...] *Organisiert euch und zerlegt diese Universität schonungslos!*«¹. Dies ist eine von vielen Sichtweisen der revoltierenden Studierenden der 60er Jahre auf ihre Universität. Maßgeblich wurde sie nicht. Welche es wurden, wie sich die sogenannten »68er« das Verhältnis der Universität zu einer radikalen politischen Praxis vorgestellt haben und was daraus für eine emanzipatorische Hochschulpolitik von heute gelernt werden kann, soll Thema dieses Artikels sein.

1. 1968 — AUFSTAND AN DER UNIVERSITÄT

Dass es in den 60ern überhaupt zum Aufstand an den Unis kam, verwunderte viele Zeitgenossinnen sehr. Noch 1961 konstatierte Jürgen Habermas in der Studie »Student und Politik«, dass die bundesdeutschen Studierenden weitestgehend unpolitisch seien und für Hannah Arendt gehörte die Protestbewegung an den Hochschulen zu den unerwartetsten Ereignissen des Jahrhunderts.² Andere Beobachterinnen hatten ein besseres Gespür für die Zeichen der Zeit. Schon 1960 behauptete C. Wright Mills, wichtiger Protagonist der US-amerikanischen »New Left«, dass wenn man noch jemandem die Revolution zutrauen könnte, dann nicht mehr den Arbeiterinnen, sondern den linken Intellektuellen, denn: »Wer denkt und handelt radikal? Auf der ganzen Welt [...] ist die Antwort die gleiche: die junge Intelligenz.«³ Im *Port Huron Statement*, dem quasi-Manifest der amerikanischen Uni-Bewegung, wird festgestellt, dass es die Studierenden sind, die »die Kruste der Tatenlosigkeit durchbrechen und die innere Entfremdung überwinden.«⁴ Zwar waren in dieser Zeit des Aufbruchs Befreiungskriege, Bürgerrechtsbewegungen und Arbeitskämpfe mindestens ebenso wichtig wie die Aufstände an den Unis⁵, doch waren es tatsächlich auffällig oft Studierende, die in den späten 60ern und insbesondere in den kapitalistischen Industriestaaten zahlreiche Proteste anstießen und in der Regel auch deren harten und radikalen Kern stellten. Selbst Adorno, eher bekannt für die Kritik an seinen Studierenden und deren »Hurra-Optimismus«, musste zugeben, »daß die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Verdummungsprozesse, die in der



gegenwärtigen Gesellschaft vorwalten, ohne die Studentenbewegung sich niemals auskristallisiert hätte.«⁶ Was machte diesen kleinen Teil der Bevölkerung — in der BRD gab es 1968 nur ca. 400.000 Studierende — in politischer Hinsicht so bedeutend?

Im Buch *Der eindimensionale Mensch* — 1968 Pflichtlektüre aller Revolutionärinnen — stellte Herbert Marcuse die These auf, dass in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus den Unterdrückten die Einsicht in die objektiven Klassengegensätze verbaut sei. Die Welt, so schlimm sie auch nach wie vor sein mochte, würde von der großen Mehrheit einfach so hingenommen wie sie ist, den Wunsch nach einer besseren hege kaum noch jemand. Gleichzeitig sei der Stand der Produktivkräfte so hoch wie nie zuvor in der Geschichte, seien die materiellen Bedingungen für eine befreite Gesellschaft eigentlich schon vorhanden.⁷ Zur entscheidenden politischen Frage wurde daher die nach dem richtigen Bewusstsein und die Studierenden erschienen als diejenigen, die sich noch am ehesten ihrer eigenen Entfremdung und der Irrationalität des Systems bewusst waren. C. Wright Mills fragte: »Was für Leute sind es, die die Geduld verlieren? Wen eckelt dieser ganze »alte Mist«, um mit Marx zu sprechen, an? Wer denkt und handelt radikal?«⁸ Das waren für ihn die jungen Intellektuellen, die auch bald darauf an US-amerikanischen Universitäten die ersten »teach-ins« und »sit-ins« erprobten und damit weltweit Schule machen sollten. Jean-Francois Lyotard stellte die veränderte sozioökonomische Position der Studierenden fest: »der Student [ist] kein junger, bourgeois Bohemien mehr, sondern eine der Fraktionen in der Ausbildung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Aus diesem Grund kommt der Desertion der Studenten aus dem Lager der herrschenden Klasse entscheidende Bedeutung zu.«⁹ Rudi Dutschke sah die Besonderheit studentischer Subjektivität darin, dass Studierende »die fast zufällige Chance [haben], [ihr] Vernunftvermögen in wirklich kritische Rationalität zu transformieren, eine Chance, die den Menschen insgesamt in dieser Gesellschaft systematisch verweigert wird.«¹⁰ Für den Aufstand brauche es, so Dutschke, das Bündnis zwischen Arbeiterinnen und Studierenden. Den Studis sollte dabei vor allem die Rolle der Bildung und Bewusstmachung der anderen Bevölkerungsgruppen zukommen. Der Plan lautete: »Politisierung der Universität — als Ausgangspunkt der Politisierung und damit der Veränderung der Gesellschaft.«¹¹

Nach der damaligen Vorstellung hatten die Studierenden also erstens das Privileg der Bildung, das es ihnen ermöglichte, eine kritisch-distanzierte Perspektive auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzunehmen, andererseits hatten sie das ökonomische Privileg, selbst von den Härten dieser Verhältnissen ausgenommen zu sein, verloren. Was ihnen allerdings fehlte, war die Stärke der großen Zahl – denn die überwiegende Masse der Bevölkerung stellten nach wie vor die Arbeiterinnen. Somit war die Revolution nur im Bündnis beider Gruppen denkbar. Die Studierenden »tragen ihre Anprangerung der Kultur und der Werte zum Kampf bei« und die Arbeiterinnen »ihre Erfahrung und ihre Denunziation der Ausbeutung«¹², sowie ihre zahlreichen starken Arme.

II. VOM NUTZEN DER HOCHSCHULEN

In welchem Maße die Universität – eine Institution, für deren Funktion Louis Althusser bald darauf den Begriff »ideologischer Staatsapparat« prägte – eine progressive Rolle spielen könne, war jedoch umstritten. Als es darum ging, nach dem US-amerikanischen Vorbild der »free universities« in der BRD ähnliche Einrichtungen zu gründen, schieden sich die Geister an ebenjener Frage.¹³ Inwieweit lässt sich die »alte« Universität nutzen, um die Revolution der Verhältnisse im Bewusstsein der Menschen vorzubereiten? So kam es zu zwei konkurrierenden Konzeptionen. Die »Kritische Universität« wurde als »Appendix, als Anhängsel der bestehenden Universität« konzipiert, wie Rudi Dutschke in einem Interview erläuterte.¹⁴ Die humanen und materiellen Ressourcen der bestehenden Universität sollten mobilisiert werden, um ein Programm eigener, kritischer Lehrveranstaltungen anzubieten. Der zweite Entwurf war der der »Gegenuniversität«, die räumlich und institutionell als völlig eigenständig gedacht wurde und die, laut Dutschke, ein »Kampfinstrument zur Mobilisierung von Minderheiten, um sie aufzuklären«, sein sollte.¹⁵ Faktisch umgesetzt wurde nur die erste Konzeption. So geschehen in Frankfurt am Main, wo in der sogenannten »politischen Universität« drei Dutzend Seminare angeboten wurden, etwa zum Thema »Revolutionstheorie« – Seminarleiter war Hans-Jürgen Krahl – oder auch über die »Integration des Christentums«, gehalten vom ordinierten Theologie-Professor Hans-Werner Bartsch.¹⁶ Auch in West-Berlin, Hamburg und anderen Städten gab es vergleichbare Projekte, die oft mehrere Semester Bestand hatten. Universitäre Lehre und Bildung eines kritischen Bewusstseins wurden also nicht grundsätzlich als Widerspruch gedacht. Vielmehr nutzte ein Bündnis von radikalen Studierenden und progressiven Professorinnen Ressourcen und Infrastruktur der Hochschulen, um ihre eigenen bildungspolitischen Ziele zu verfolgen.

Sehr zentral war damals auch die Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen. Für den SDS war diese jedoch nur der erste Schritt zu einer umfassenden Demokratisierung der ganzen Gesellschaft.¹⁷ In den Worten Rudi Dutschkes: »Der Ruf der studentischen Opposition nach Demokratisierung der Hochschulen ist von dem geschichtlichen Prozess der Entdemokratisierung der Gesellschaft nicht zu trennen.« Diese Sichtweise, in der Hochschulpolitik immer einen gesamtgesellschaftlichen Horizont hat, dominierte in den 60ern andere Ansichten, die entweder nur auf eine isolierte Veränderung der Universität drängten oder die diese als bloß repressiv und damit für den revolutionären Kampf unbrauchbar betrachteten. Maßgeblich war die schon 1961 erschienene und bis heute einflussreiche »SDS-Hochschuldenkschrift«. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund wurde Anfang der 60er Jahre aufgrund seiner linksradikalen Ausrichtung aus seiner Mutterpartei – der SPD – ausgeschlossen und wurde später die wichtigste Organisation innerhalb der 68er-Bewegung. In einer 170 Seiten starken Denkschrift entwickelte er einen umfassenden Reformvorschlag für die bundesdeutschen Universitäten. In dieser wurde davon ausgegangen, dass die Universität entweder »an der dynamischen

Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie und der Demokratisierung der Gesellschaft« mitwirke oder sie zum »Instrument in einer Entwicklung zu autoritären Gesellschaftsformen« werde. »Historische Voraussetzung und Erbschaft von Wissenschaft« sei es »kritische Rationalität im Dienste des Menschen« zu sein.¹⁸ Ihren gesellschaftlichen Auftrag könne die Universität jedoch nur dann erfüllen, wenn sie demokratisch organisiert sei. In letzter Instanz müsse jedoch jedes Bildungsziel mit dem Wissen verbunden sein, dass es »nur zu verwirklichen ist in einer freien, humanen und vernünftigen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist«. Es bestehen jedoch zwei gegensätzliche Tendenzen in der SDS-Hochschuldenkschrift. Die eine in Gestalt eines emphatischen Wissenschafts- und Bildungsbegriffs, in der Betonung von deren Eigenlogik gegenüber der Sphäre der Politik und der Wirtschaft, in der Einreihung in die Tradition der Aufklärung und des Humanismus. Die andere in Form der Denunziation der »spielerischen Muße«, des Prinzips von »Einsamkeit und Freiheit« als einer bürgerlichen Lüge und der Tendenz, Bildung und Forschung doch wieder unter den Primat politischer Zwecke zu stellen. Zwar wurde die in der Hochschuldenkschrift formulierte Idee, dass sich die Entwicklung der Hochschulen von der der ganzen Gesellschaft nicht trennen lässt, auch für die Studi-Proteste der späten 60er prägend, es begann jedoch gleichzeitig ein eher instrumentelles Verständnis von Bildung und Wissenschaft vorzuherrschen. Die Sprache wurde martialischer. So sagte Rudi Dutschke 1967, dass die Universität eine »Sicherheitszone« für den »städtische[n] Guerillero« darstelle, »in der er und von der aus er den Kampf gegen die Institutionen, [...] und um die Macht im Staate organisiert«. ¹⁹ Auch Bildung wird zum bloßen »Kampfmittel«, Mittel zum Zweck der Revolution.

Während die »68er« also immer für die Demokratisierung und Politisierung der Institution Hochschule kämpften, wurden diese Forderungen nie isoliert, sondern nur im Kontext gesamtgesellschaftlicher Veränderungen betrachtet. Als entscheidend für diese Phase des politischen Kampfes sah man die Bewusstseinsbildung der bisher unpolitischen Bevölkerungsteile und die Vorbereitungen für den Umsturz an. Als Ausgangspunkt dafür galt die Universität als strategisch geeigneter Ort. Ideell, da sie zumindest teilweise eine Ausnahme von der generellen Tendenz zur totalen Verblendung darstellte und einer Minderheit noch gestattete »die spezifisch menschliche Verstandeskraft in kritische Vernunft um[zusetzen]«. ²⁰ Materiell, da es in ihr durchaus oppositionelle Kräfte gab – progressive Professorinnen, Dozentinnen, AStA-Vertreterinnen –, die über bedeutende Ressourcen verfügten. In einem Spiegel-Interview von 1969 brachte Marcuse die Vorstellung der 68er vom Verhältnis von Universität und Revolution prägnant auf den Punkt: »Es ist wieder eines der Beispiele, wo eine Institution der bürgerlichen Kultur benutzt werden kann, um eine radikale Veränderung des Denkens und sogar der Praxis vorzubereiten.« ²¹ Es war vor allem diese Frage nach dem »Nutzen«, die für die 68er – nicht nur in Bezug auf die Universität, sondern auch auf Bildung und Wissenschaft insgesamt – die entscheidende wurde.

III. BILDUNGSPROTESTE 2009

»Bildung ist der zentrale Schlüssel zur freien Entfaltung und Entwicklung eines Menschen.« – »Die Universität muss sich [...] an den Zielen Frieden und Humanismus für das Wohl der Menschen orientieren.« – »Ohne Bildung kann es weder ein demokratisches Miteinander noch eine sich weiter entwickelnde Gesellschaft geben.« – »Bildung bedeutet wesentlich selbstständige Reflexion und Kritik.« – »Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware.«²²

Dies sind einige Stimmen aus dem »Bildungsprotest« von 2009. Gut 40 Jahre nach der großen »Studentenbewegung« wurden – in Reaktion auf die neuesten Hochschulreformen und die Einführung von Studiengebühren – dutzende Universitäten im deutschsprachigen Raum besetzt. Während 1968 die verstaubte Ordinariatenuniversität, Wilhelm von Humboldt und die Interessen und Vorstellungen der Herrschenden stets zusammen gedacht wurden,²³ hat sich dieses Verhältnis in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch umgekehrt. Nun sind es die Studierenden, die sich auf ein humanistisches Bildungsideal berufen und deren RektorInnen, die meinen ihre revoltierenden Studis über den elitären Charakter ihres gefeierten Ideal aufklären zu müssen.²⁴ Fast scheint es, dass die neoliberalen BildungsreformerInnen mit ihrer Verachtung für alles nicht zweckmäßige und bürgerliche die eigentlichen Erben der 68er sind. Die Uni-BesetzerInnen von 2009 haben demgegenüber eines richtig erkannt. Gerade dann, wenn geglaubt wird, darauf verzichten zu können, ein repressives und selektives Bildungssystem unter dem Mäntelchen der humanistischen Bildungsidee verstecken zu müssen, »ist der Anachronismus an der Zeit: an Bildung festzuhalten, nachdem die Gesellschaft ihr die Basis entzogen.«²⁵ Mehr denn je bildet eine solche Idee von Bildung die Antithese zur herrschenden Vorstellung, die Universität habe ausschließlich wertvolles Humankapital und verwertbare Forschungsergebnisse im Dienste der nationalen Standortattraktivität zu liefern. Dieses emphatische Bildungsideal, in der die Einzelne nicht einfachen politischen Zwecken – auch nicht dem der Revolution – untergeordnet wird, ist ein Fortschritt gegenüber 68.

In anderer Hinsicht schlossen die BildungsprotestlerInnen aber durchaus an die 68er an. So stellten Berliner Studierende fest, dass es »letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderungen« bedarf, »um unsere Forderungen durchzusetzen«. Und die Münchener BesetzerInnen forderten »eine umfassende demokratische Teilhabe über das Bildungswesen hinaus in allen gesellschaftlichen Bereichen.«²⁶ Auch 40 Jahre später sind die Studierenden noch davon überzeugt, dass es nicht einfach um eine partikuläre Veränderung der Universität gehen kann, dass Hochschule oder Gesellschaft nicht isoliert betrachtet werden können. Aber anders als 1968 fehlte den Uni-BesetzerInnen der letzten Dekade ein tieferes Verständnis der Funktion der Universität im Kapitalismus und darauf aufbauend eine plausible Strategie zu ihrer Subversion. Die verschiedenen Aspekte – Demokratie, Bildung, Solidarität, usw. – stehen in den Schriftzeugnissen der Uni-BesetzerInnen in der Regel eher unvermittelt nebeneinander. Wie sich das eine zu den jeweils anderen verhalten soll, bleibt unklar. Alles, was sie an freier und kritischer Bildung vermissten, forderten sie kurzerhand vom Präsidium oder der Regierung ein, wohl wissend, dass man wenig von diesen Instanzen zu erhoffen hat. Zwar waren die Tage und Wochen der Besetzungen für viele der Beteiligten vermutlich tatsächlich ein ansonsten rares Bildungserlebnis. Auf die Idee aber, dass man dauerhafte oppositionelle Strukturen an den Universitäten aufbauen müsse, um auch in Zukunft etwas zu gewährleisten, was man Bildung nennen dürfte, kam kaum jemand. Schnell war jede Spur der Proteste verschwunden, die Frustration groß.

Die nächste große Studierenden-Bewegung müsste das Beste von 1968 und 2009 miteinander vereinen. Von 68 die strategische Versiertheit und die taktische Klugheit. Was die Universität im 21. Jahrhundert – nach der Bologna-Reform und nach einem extremen Anstieg der Studierendenzahlen – eigentlich noch ist und welche Rolle sie für eine progressive Bewegung spielen kann, muss neu gedacht werden. Das Festhalten an dem alten Versprechen der Bildung auf eine Gesellschaft freier und selbstbestimmter Individuen ist zwar philosophisch richtig, bleibt aber naiv, wenn nicht gleichzeitig die politische Ohnmacht dieser Vorstellung konstatiert wird. Gute Bildung für Alle ist nichts, was man von den Herrschenden durch eine zweimonatige Besetzung erpressen kann. Der Wille und die Kraft der 68er, die Dinge

selbst in die Hand zu nehmen, kann hier als Vorbild dienen. Will man ernsthaft dafür streiten, an der Universität mehr Raum für kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung zu schaffen, braucht es eine ausdauernde Arbeit an langlebigen oppositionellen Strukturen. An 2009 sollte man dagegen in Bezug auf einen Begriff von Bildung anschließen, der nicht vollständig unter heteronome Zwecke subsumierbar ist. Alles andere würde eine ungewollte Nähe zu denjenigen bedeuten, die den Universitäten auch das letzte bisschen, was an ihnen noch erhaltungswürdig ist, austreiben wollen. Ebenso charakterisierend war für die Proteste von 2009 ihre Emphase auf Feminismus und Anti-Rassismus und anders als 1968 ging 40 Jahre später die mediale Wirksamkeit der Proteste nicht mehr ausschließlich von einer handvoll Machos aus. Auch der kommende Aufstand der Studierenden braucht keine »Studentenführer«. Er sollte feministisch, anti-rassistisch, undogmatisch sein und dabei zugleich weitsichtig, langatmig und entschlossen.

1 Flugblatt zitiert nach: Jacobs, Paul; Landau, Saul (Hrsg.): Die Neue Linke in den USA, München 1969, S. 201.

2 Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968 – Eine Zeitreise, Frankfurt/M. 2008, S. 64.

3 Mills, C.Wright: Über die neue Linke, in: Jacobs, Paul; Landau, Saul (Hrsg.): Die Neue Linke in den USA, München 1969, S. 128.

4 Zitiert nach: Jacobs, Paul; Landau, Saul (Hrsg.): Die Neue Linke in den USA, München 1969 Verlag, S. 153.

5 Vgl. Adamczak, Bini: Beziehungsweise Revolution, Frankfurt/M. 2017, S. 177ff.

6 Adorno, Theodor W.: Keine Angst vor dem Elfenbeinturm in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Hamburg 1998, S. 622.

7 Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch, Darmstadt 1979, S 15ff.

8 Mills, C. Wright: Über die neue Linke, in: Jacobs, Paul; Landau, Saul (Hrsg.): Die Neue Linke in den USA, München 1969, S. 128.

9 Lyotard, Jean-Francois: Präambel zu einer Charta, in: Horst, Johanna-Charlotte; u.a. (Hrsg.): Was ist Universität, Zürich 2010, S. 303.

10 Zitiert nach: Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben, Köln 2007, S. 123.

11 Rudi Dutschke im ›Spiegel-Gespräch vom 10. Juli 1967, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Hamburg 1998, S. 268.

12 Lyotard, Jean-Francois: Präambel zu einer Charta in: Horst, Johanna-Charlotte u.a. (Hrsg.): Was ist Universität, Zürich 2010, S. 303.

13 Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968 – Eine Zeitreise, Frankfurt/M. 2008, S. 33.

14 Rudi Dutschke im ›Spiegel-Gespräch vom 10. Juli 1967, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Hamburg 1998, S. 269.

15 Rudi Dutschke zitiert nach: Dutschke, Gretchen (2007): Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben, Köln 2007, S. 166.

16 Seminarprogramm für die Politische Universität, in: Claussen, Detlef; Dermittel, Regine: Universität und Widerstand – Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt, Frankfurt/M. 1968, S. 42f.

17 Dehnerdt, Fredrik: »Was soll ich wollen?«, Marburg 2014, S. 67.

18 SDS: Hochschuldenkschrift, Frankfurt/M. 1972, S. 1–5. (Die Einleitung der SDS-Hochschuldenkschrift, aus der auch hier zitiert wird, wurde in der HUCh#87 abgedruckt und kommentiert.)

19 Rudi Dutschke zitiert nach: Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben, Köln 2007, S. 151.

20 Rudi Dutschke im ›Spiegel-Interview vom 10. Juli 1967. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Hamburg 1998, S. 268.

21 Herbert Marcuse im ›Spiegel-Interview vom 28. Juli 1969. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Hamburg 1998, S. 658.

22 Forderungskataloge zitiert nach: Horst, Johanna-Charlotte; u.a. (Hrsg.): Was passiert?, Zürich 2010, S. 93, 141, 181, 215, 389.

23 Vgl. Dehnerdt, Fredrik: »Was soll ich wollen?«, Marburg 2014, S. 50.

24 Vgl. Stellungnahme von Rektor Karlheinz Töchterle. In: Heissenberger, Stefan; u.a. (Hrsg.): Uni Brennt, Wien 2010, S. 302f.

25 Adorno, Theodor W.: Theorie der Halbbildung, in: Soziologische Schriften I, Frankfurt 2015, S. 121.

26 Forderungskataloge zitiert nach: Horst, Johanna-Charlotte; u.a. (Hrsg.): Was passiert?, Zürich 2010, S. 141, 389.

GENDERWAHN, LINKSEXTREME UND DIE AFD – EINE POSITIONIERUNG

Juliane
Ziegler
für den RefRat

WAS IST PASSIERT? ODER: DIE AFD INTERESSIERT SICH FÜR HOCHSCHULPOLITIK

Ende Januar stellte die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eine sogenannte kleine Anfrage mit dem Titel *Studentenvertretungen an Berliner Hochschulen*.¹ Sie enthält 39 Fragen über die ASten und die Studierendenparlamente der FU und der TU sowie über den RefRat und das StuPa der HU. Darunter sind allgemeine Fragen z.B. nach der Art der Referate und ihrer historischen Entwicklung, nach der Höhe der Aufwandsentschädigungen der Referent*innen, danach, wie Wahlen und Wahlergebnisse angekündigt bzw. verkündet werden, nach der Organisation der autonomen Referate, nach der Wahlbeteiligung bei den StuPa-Wahlen und den Haushalten der Studierendenschaften. Hinzu kommen aber auch Detailfragen bspw. nach derzeitigen Referenten [sic!], danach, wer Aufwandsentschädigungen erhält und was für Projekte, Veranstaltungen, Publikationen etc. aus dem Haushalt der Verfassten Studierendenschaft bezahlt werden.

Den größten Teil der allgemeinen Fragen hätte die AfD sich sparen können. Denn würde sie sich ernsthaft für die Studierendenvertretungen der drei großen Berliner Unis interessieren, wären diese Fragen mit einer einfachen Recherche leicht beantwortet gewesen. Die restlichen Detailfragen gehen die AfD schlicht nichts an. Die studentischen Selbstverwaltungen in Berlin sind glücklicherweise – und wie die Bezeichnung schon impliziert – relativ unabhängig erstens vom Berliner Senat und zweitens von den Hochschulleitungen, die lediglich ihre jeweilige Rechtsaufsicht ausüben.² Sie finanzieren sich allein durch die Semesterbeiträge der Studierenden, die sie vertreten, haben entsprechend von den Unis unabhängige Haushalte und sind nur den Studierenden rechenschaftspflichtig.³

DIE VORGESCHICHTE. ODER: EIN GESPENST GEHT UM, DAS GESPENST DER SCHLECHTEN RECHERCHE

Wir erinnern uns: Im Oktober 2017 erschien in der Studi-Zeitschrift »UnAuf« eine verschwörerische »Reportage«, in der dem RefRat und dem StuPa Intransparenz unterstellt und behauptet wurde, die Gelder der Studierendenschaft würden veruntreut und Referent*innen würden sich Referatsposten gegenseitig »zuschachern«. Ein brisanter wie schlecht recherchierter Artikel. In Zeiten des Clickbaiting und der Wiederkehr faschistischer Entwicklungen aber ein gefundenes Fressen für alle, die nicht so viel Wert auf Tatsachen legen und schon immer ein Problem mit »linken Studis« und deren Vertretungen hatten. Veröffentlichungen im gleichen Ton folgten im Tagesspiegel, in der FAZ und im rechten Magazin Cicero. Der FDP-Abgeordnete Marcel Luthe nahm diese Entwicklungen im Dezember 2017 zum Anlass, eine Anfrage zur Zusammensetzung, der Rechtsaufsicht und den

finanziellen Mitteln des RefRats zu stellen.⁴ Und im Januar forderte der CDU-Abgeordnete Hans-Christian Hausmann Informationen zur Rechtmäßigkeit der »Haushalte studentischer Gremien« beim Senat an.⁵ Die Richtigstellung, die der RefRat Mitte November auf seiner Internetseite veröffentlichte, fand demnach nicht viel Berücksichtigung.⁶ Ebenfalls Ende Januar folgte dann die wesentlich umfangreichere, oben zusammengefasste Anfrage des AfD-Abgeordneten Martin Trefzer.

VON GENDERWAHN UND LINKSEXTREMEN

Sieht man sich die hochschulpolitischen Positionen an, die die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus im letzten Jahr vertrat, überrascht es nicht, dass sie sich diesem Thema mit einem so großen investigativen Interesse widmet. Zwar behauptet die AfD wiederholt, ihr sei die Autonomie der Universitäten und die Freiheit von Lehre und Forschung wichtig, allerdings spricht ihr Verhältnis zu den Gender Studies einerseits und zu den Studierendenschaften andererseits doch stark dafür, dass das Gegenteil der Fall ist. In ihren Wahlprogrammen betont die AfD ihren antifeministischen Standpunkt und ihre antiintellektuelle Grundhaltung, indem sie wiederholt die Abschaffung der Gender Studies fordert. Verschiedene Anfragen der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zeigen, dass sie auf der Suche nach Möglichkeiten ist, die Gender Studies und (hochschul-)politisch interessierte Studierende zu diskreditieren. Im Dezember 2017 stellte sie zwei Anfragen, in denen die Legitimität der Gender Studies infrage gestellt wurde.⁷ Und bereits im März 2017 stellte Martin Trefzer eine Anfrage zur Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften, in der er versuchte, Studierende durch Vandalismusvorwürfe und die Unterstellung, es gebe personelle Überschneidungen mit linksextremen Gruppierungen, zu kriminalisieren.⁸ Diese Behauptung ist dabei ein wiederkehrendes Narrativ, wie vor allem die Aktivitäten der Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung im letzten Jahr zeigen.⁹ Das Gemunkel um die vermeintlich unrechtmäßigen Machenschaften der ASten und StuPas, das durch verschiedene Medien ging, bot der AfD entsprechend einen dankbaren Anlass, noch tiefer zu bohren. Aber nicht nur Studierenden unterstellte die AfD eine Nähe zu »Linksextremen«; auch Politiker*innen, Parteien, Stiftungen, Gewerkschaften, Jugendzentren und zivilgesellschaftliche Vereine etc. waren Gegenstand ähnlicher Anfragen¹⁰ – kurz: alle, die die politischen Positionen der AfD nicht teilen und ihnen kritisch

gegenüberstehen (könnten). Das eigentliche Interesse dahinter ist klar ersichtlich: es geht der AfD darum, politische Gegner*innen einzuschüchtern und zu diskreditieren, indem sie zeigt, dass Informationen über sie gesammelt werden und wenn nötig Verbindungen zwischen Zivilgesellschaft und vermeintlichen »Linksextremen« konstruiert werden können, um ihre Legitimation infrage zu stellen. Eine Feindesliste, die sich aus diesen Anfragen sowie jenen der AfD-Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen rekonstruieren lässt, hat das Bündnis »Berlin gegen Rechts« im Februar 2018 veröffentlicht.¹¹ So viel zum Thema der vielbeschworenen »Meinungsfreiheit«.

DIE BEDEUTUNG DER UNIVERSITÄTEN FÜR DIE AfD

Auch wenn die AfD sich neben ihrer Arbeit in den Landesparlamenten in Bezug auf hochschulpolitische Themen bisher wenig bemerkbar macht, sollte die Bedeutung der Universitäten für die neurechte Partei nicht unterschätzt werden. Gerade für die Intellektualisierung ihrer Ideologie und die Rekrutierung zukünftiger Mitarbeiter*innen sind Universitäten wichtige Angriffspunkte. Derzeit versucht die Neue Rechte in Deutschland noch, sich einen intellektuellen Anstrich zu geben, indem sie ihren Einrichtungen universitär anmutende Bezeichnungen gibt (»Institut für Staatspolitik«, »Bibliothek des Konservatismus«, etc.). Für die Verbreitung ihrer Positionen in akademischen Kreisen sind diese Institutionen aber langfristig – aufgrund ihrer geringen Zahl und klar identifizierbaren ideologischen Ausrichtung – nicht ausreichend. Neue Mitarbeiter*innen finden neurechte Parteien bisher vor allem über Burschenschaften, wie ein Blick nach Österreich zeigt. Dort sind sie ein wichtiger Rekrutierungspool für die rechte FPÖ (»Freiheitliche Partei Österreichs«). In Deutschland versucht die AfD teilweise mit AfD-Hochschulgruppen an den Universitäten Einfluss und Mitglieder zu gewinnen. Die Hochschulgruppen vertreten eine ähnliche Agenda: im Fokus stehen Antifeministische Positionen und die Delegitimierung von Studierendenvertreter*innen durch Intransparenzvorwürfe. Damit ist sie bisher aber kaum erfolgreich. Teilweise übernimmt auch die sogenannte »Identitäre Bewegung« (IB) die Funktion der Einflussnahme und Mitgliedergenerierung, wie es etwa in Halle der Fall ist.¹² Aktuelle Recherchen belegen nicht nur, dass die AfD-Bundestagsfraktion weitreichende Verbindungen in neonazistische Kreise hat, sie zeigen ebenfalls, dass jene Gruppen auch hierzulande wichtige Rekrutierungspools sind.¹³

»MUT ZUR WAHRHEIT«: WAS SOLLTEN WIR (NICHT) TUN?

Im Kampf gegen neurechte Kräfte an der Universität sind nicht nur die Studierenden gefragt, sondern auch die Lehrenden und Forschenden sowie alle Personen, die an der Uni arbeiten und sich in ihren Räumen aufhalten. Personell und ideologisch zeigt die AfD ihre Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut inzwischen recht offen. Das wird besonders deutlich durch ihre intellektuellen Bezüge auf die »Konservative Revolution« in der Weimarer Republik, deren Vertreter als Vordenker des Nationalsozialismus gelten, durch ihre Vorstellungen von einer ethnisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft¹⁴ und durch die enge Zusammenarbeit mit neonazistischen Kadern bis in die höchste Parteebene hinein.

Entsprechend wenig hält die AfD von demokratischen Werten und der Gleichwertigkeit der Menschen. Wie also umgehen mit Vertreter*innen der Neuen Rechten an der Uni? Die Antwort liegt auf der Hand: so wie mit allen rechtsradikalen Parteien und Neonazis – wir müssen sie ausgrenzen. Dafür ist es zunächst wichtig, ihre Personalien, Symbole und Argumentationsmuster kenntlich zu machen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen ist dabei jedoch nur möglich, solange sie Forschungsgegenstand und nicht -partner*innen sind. D.h. wir sollten zwar über sie reden, aber nicht mit ihnen. Zahlreiche

Fernsehsendungen zur besten Sendezeit, Interviews in Zeitungen und Podiumsdiskussionen auf Buchmessen haben gezeigt, dass selbst Intellektuelle nicht im Stande sind, Vertreter*innen der Neuen Rechten davon abzuhalten, diese Formate als Bühne für die eigene Inszenierung (i.d.R. als Opfer) zu nutzen. Zumal die Akzeptanz von Rechtsradikalen als gleichwertiger Gesprächspartner*innen unweigerlich zum Ausschluss vieler Menschen von der Diskussion führen würde, sofern sie es nicht auf sich nehmen können oder wollen, sich aus einer defensiven Position zu den sie betreffenden Ungleichwertigkeitsvorstellungen ihrer Diskussionspartner*innen verhalten zu müssen. Und das ist ohne Diskussion zu respektieren. Alles andere zeugt nicht von »Toleranz« gegenüber der Meinungsvielfalt, sondern von absoluter Empathielosigkeit gegenüber allen Menschen, die im Fokus rechter Gewaltfantasien stehen und/oder deren Opfer wurden. Gerade in einer Zeit, in der die rassistische AfD zunehmend als »normale« Akteurin im Parteienspektrum akzeptiert wird, während sich Vertreter*innen der Neuen Rechten bemühen, den Rahmen des Sagbaren in menschenfeindliche Bereiche zu verschieben und die Zahl rassistischer Übergriffe und Anschläge kontinuierlich steigt, ist es wichtig, Solidarität mit den Betroffenen Rechter Hetze und Gewalt zu zeigen.

Für uns als Studivertreter*innen und Studierende der HU bedeutet das in der Konsequenz, dass wir uns klar positionieren müssen. Wir stehen solidarisch hinter allen Mitgliedern der Uni, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind. Eine Partei, deren Vertreter*innen regelmäßig Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vertreten, die mit Neonazis zusammenarbeitet und als parlamentarischer Arm von neurechten Faschist*innen auftritt, kann nicht in demokratischen Strukturen geduldet und als gleichwertige Diskussionspartnerin akzeptiert werden. Wir haben keine gemeinsame Diskussionsgrundlage – denn unsere Werte sind nicht verhandelbar.

1 Vgl. Anfrage des AfD-Abgeordneten Martin Trefzer vom 26.01.2018, Drucksache 18/13307.

2 Vgl. BerlHG §18

3 Vgl. BerlHG §19 Abs. 4.

4 Vgl. Anfrage des FDP-Abgeordneten Marcel Luthe vom 05.12.2017, Drucksache 18/12923.

5 Vgl. Anfrage des CDU-Abgeordneten Hans-Christian Hausmann vom 25.01.2018, Drucksache 18/13293.

6 Siehe dazu die Richtigstellung unter dem Titel »UnSinn« in der Huch#87 sowie auf der Webseite des RefRats: <http://www.refrat.de/article/47.html>.

7 Vgl. Abgeordnetenhaus Berlin am 12.12.2017, Drucksachen 18/12 929 und 18/12 930.

8 Vgl. Abgeordnetenhaus Berlin am 16.03.2017, Drucksache 18/10 794.

9 Vgl. Sitzungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 11.09.2017, Inhaltsprotokoll 18/8 S. 5 und am 11.12.2017, Wortprotokoll 18/13 (aktuelle Stunde).

10 Darunter: Linksextremistische Netzwerke in Berlin (Agh 22.08.2017, Drucksache 18/12 127); Struktureller Linksextremismus in Berlin (Agh 27.06.2017, Drucksache 18/11 772); Verbindungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Linksextremen Szene (Agh 06.11.2017, Drucksache 18/12 615); Steuergelder für den Sozialismus und Kommunismus – Sozialistische Jugend »die Falken« e.V. (Agh 20.11.2017, Drucksache 18/12 734); Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln (Agh 13.07.2017, Drucksachen 18/11 786 – 796; Agh 28.11.2017 Drucksachen 18/12 849 – 859).

11 Berlin gegen Rechts: Im Visier der AfD Berlin, 08.02.2018: <https://berlin-gegenrechts.de/2018/02/08/im-visier-der-afd-berlin/>.

12 Zur Relevanz der Universitäten für die Neue Rechte s. Sara Entzberg: Nachwuchs aus den Universitäten, in: der rechte rand, 170/2018, S. 28–29.

13 Taz, apabiz, der rechte rand: Rechercheprojekt Netzwerk AfD. 300 rechte Helfer im Bundestag, 13.04.2018: <https://www.taz.de/15498386/>.

14 Dazu mehr in: Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg 2017.

ЧТО ДЕЛАТЬ?



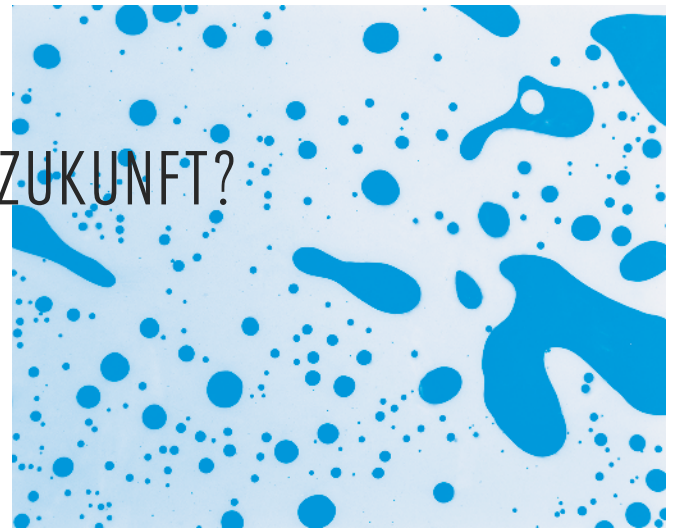
WAS TUN FÜR DIE BEWEGUNG DER ZUKUNFT?

David Miller
unter_bau Frankfurt

EIN DISKUSSIONSBEITRAG ZUR ORGANISIERUNGSFRAGE AN HOCHSCHULEN

Ein Sprung in eine mögliche Zukunft: Bei den Bundestagswahlen 2029 kommt es zu einer ersten Koalition zwischen CDU und AfD, nachdem eine Legislaturperiode zuvor ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis abgewählt worden ist. Unter dem Kanzler Jens Spahn und dem neuen Justiz- und Innenminister Björn Höcke kommt es zu massiven Einschnitten in Freiheitsrechte wie Versammlungs-, Streik- und Asylrecht. Die Opposition im Bundestag leistet außer einigen heftigen Wortgefechten keinen Widerstand gegen diese Verschärfungen. Die Einschnitte in die Freiheitsrechte werden von der neuen Bundesregierung mit der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China begründet. Durch die Ausbreitung von Kriegen und großen Naturkatastrophen in Afrika und Asien versuchen immer mehr Menschen nach Europa zu kommen. Weder die Türkei noch die nordafrikanischen Staaten wie Ägypten und Libyen können die Menschen mit ihren Lagern und Gefängnissen davon abhalten. Dem massiven reaktionären Rollback und der Repression zum Trotz gibt es aber auch positive, gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. So wie Frankreich 1968 erfasst Deutschland eine von den Schulen und Universitäten ausgehende, hierzulande nie dagewesene Streikbewegung. Nicht nur Studierende, Dozent_innen, Schüler_innen, Lehrer_innen, Pflegekräfte und Sozialarbeitende gehen auf die Straße, sondern auch Lohnabhängige in wichtigen Infrastruktur-Knotenpunkten wie Flug- und Seehäfen und bei der Bahn streiken mit. Selbst die Arbeiter_innen in der Automobil- und Chemieindustrie schließen sich den Streiks an. Auslöser war ein unbefristeter Frauenstreik am 8. März, der die immer noch herrschende Ungleichheit der Löhne angeprangert und eine Bezahlung von unsichtbarer Arbeit in Pflege und Erziehung gefordert hat. Dadurch, dass sich Millionen von Menschen in Deutschland an den Streiks beteiligten, kann die neue Bundesregierung nach langwieriger Auseinandersetzung zum Rücktritt und zur Rücknahme der beschlossenen Gesetze gezwungen werden.

Eine derart schlagkräftige Bewegung, die den sich sammelnden autoritären und reaktionären Kräften durch ökonomischen Druck von unten Einhalt gebieten kann, erscheint vielleicht vom gegenwärtigen Standpunkt aus als bloßer Wunschtraum. Wenn wir uns jedoch heute daran machen, die basisgewerkschaftliche Organisation voranzutreiben, muss das nicht für immer der Fall sein. Von dort aus wird uns auch die Utopie einer befreiten Gesellschaft nicht mehr als unerreichbar vorkommen müssen. Denn in dieser Organisation können wir die praktische Erfahrung machen, dass es eine Alternative zur jetzigen Gesellschaftsordnung gibt.



Ein Sprung zurück in unsere Gegenwart 2018: Es herrscht große Ratlosigkeit. Vom linksliberalen Feuilleton über die sozialdemokratischen und liberalen Parteien im Bundestag bis hin zur außerparlamentarischen Linken fehlt es an einer zündenden Idee, wie man dem Rechtsruck in Gestalt von AfD, der Identitären Bewegung und dem »Institut für Staatspolitik« etwas entgegen setzen könnte. Viele Menschen sind entschlossen, sich politisch einzumischen und zu organisieren. Es fehlt aber an einer vernünftigen linken Organisation mit einer guten Strategie, klaren Forderungen und einem Partizipationsangebot, das mehr Menschen erreicht als nur junge Studierende und Schüler_innen. Die fehlende Strategie der gesellschaftlichen Linken macht sich nicht erst seit dem Einzug der AfD in den Bundestag merkbar. Seit der Auflösung des SDS 1970 gibt es keine nennenswerte antiautoritäre Organisation in der BRD mehr. Die Linke ist zum größten Teil in kleine Affinitätsgruppen zerfallen oder hat liberale und sozialdemokratische Parteien gegründet. Zwar gibt es alle Jahre wieder ein Großevent, bei dem von den NGOs über die Parteien bis zu den Autonomen niemand fehlt, jedoch haben diese Gipfelproteste und die sie flankierende Kampagnenpolitik keine oder kaum Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Mit Bezugnahme auf die militanten Proteste etwa bei der G20-Gegenmobilisierung in Hamburg weitet der Staat die Repression aus. Die außerparlamentarische Linke isoliert sich immer stärker von großen Teilen der Bevölkerung – insbesondere von den direkt oder indirekt Lohnabhängigen – weil sie mit solchen Aktionsformen nicht an den Alltagsbedürfnissen der Menschen ansetzt, sondern nur auf einer symbolischen und medialen Ebene »Widerstand veranstaltet«. Zwar wird in vielen linken Artikeln und Strategiepapieren Kritik an Kapitalismus und gesellschaftlicher Herrschaft formuliert. Und zuweilen werden dabei sogar die Probleme und Kämpfe im Alltag »der Leute« zum Ausgangspunkt genommen. Es fehlt allerdings in der Regel an Vorschlägen, wie deren unterschiedliche Interessen gebündelt werden könnten, ohne dass man dabei die soziale Frage und die Kämpfe gegen verschiedene Formen von Diskriminierung gegeneinander ausspielt.

Im Folgenden werde ich einige Ansätze skizzieren, die sich aus einer basisgewerkschaftlichen Perspektive für die Lösung dieser Problemstellung anbieten und dabei ein Hauptaugenmerk auf die Hochschulen richten.

Ausgangspunkte einer Organisierung sollen nach basisgewerkschaftlicher Vorstellung unmittelbar jene gesellschaftlichen Verhältnisse sein, in denen wir leben und lernen oder arbeiten. Ausschließliche Kampagnenpolitik ohne einen Organisierungsansatz ist ein relativ junges, aber weit verbreitetes Phänomen innerhalb der Linken, das insbesondere mit den Kampagnen gegen die Notstandsgesetzgebung und den Springer-Konzern Ende der 60er Jahre aufgekommen ist. Aus Angst vor »Reformismus« war es in den 60er und 70er Jahren im Spektrum der außerparlamentarischen Linken geradezu verpönt, sich um die Probleme des Alltags zu kümmern. Groß angelegte allgemeinpolitische Kampagnen sollten die Bevölkerung politisieren.

Zwar wird auf großen Bündisdemonstrationen versucht, mithilfe der Parole vom »Zusammenbringen der sozialen Kämpfe« die Isolation der außerparlamentarischen Linken zu durchbrechen, jedoch bleibt es meist bei solchen Lippenbekenntnissen, die keine Auswirkungen auf die alltägliche Praxis haben und die in keiner Weise helfen, die lokale Organisierung zu verstetigen. Nur eine Minderheit der von der Universität geprägten Linken setzt sich am Arbeitsplatz oder am Wohnort mit den Lebensrealitäten anderer Milieus auseinander. Die akademische Blase bleibt meist bestehen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es zunächst widersinnig, die Hochschule als Ausgangspunkt zu wählen. Allerdings gilt auch hier das Prinzip, bei der politischen Organisierung vom eigenen Arbeits- und Lebensumfeld auszugehen.

An der Hochschule ist seit mehreren Jahrzehnten eine der neoliberalen Ideologie entsprechende Transformation vollzogen worden. Dies äußert sich in besonderem Maße in der Debatte um Studiengebühren, der Durchsetzung der Bologna-Reformen, dem Outsourcing von Dienstleistenden und der Befristung des Hochschulpersonals. Die Spaltung der Gesellschaft lässt sich an den Hochschulen gut nachzeichnen. Welche Studierendenhochschulgruppen stehen auch nur in Kontakt mit dem outgesourceten Reinigungs- oder Sicherheitspersonal oder führen gar gemeinsame Kämpfe? Es gibt kaum noch Kommunikation, geschweige denn Vertrauen zwischen diesen unterschiedlichen Gruppen. Auch zu den Mitarbeitenden in Verwaltung oder beim Studierendenwerk sind die Kontakte der engagierten Studis rar gesät. Umgekehrt fehlt es älteren linken Aktivist_innen, die jetzt in der Verwaltung oder als Dozent_innen arbeiten, meist an Zeit und Energie, sich an wöchentlichen Treffen studentischer Gruppen zu beteiligen. Eine funktionierende basisgewerkschaftliche Struktur an den Hochschulen muss organisatorische und strategische Ziele verbinden und eine Arbeitsteilung ermöglichen, die nicht automatisch zu Wissensmonopolen, informellen Hierarchien und zur Überlastung Einzelner führt. Einen solchen Versuch unternimmt die in den letzten drei Jahren an der Goethe-Universität Frankfurt aufgebaute basisdemokratische Hochschulgewerkschaft unter_bau.

STRUKTUR:

ARBEITSTEILUNG UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Die Hochschulgewerkschaft unter_bau unterscheidet sich sowohl von den DGB-Gewerkschaften als auch von kämpferischen Berufsgewerkschaften vor allem durch ihre innere Organisation. Die Entscheidungsgewalt liegt an der Basis, das heißt in den jeweiligen Vollversammlungen der Gewerkschaft oder der Statusgruppen. Die Vollversammlungen tagen meist nur einmal im Monat. Tagesordnung und Anträge müssen mindestens drei Tage zuvor versendet werden. Somit wissen alle betroffenen Mitglieder, was in der Vollversammlung besprochen und abgestimmt wird. Auf den Vollversammlungen gibt es sogenannte rotierende Mandate etwa für die Moderation, das Protokoll sowie das Kochen und Aufräumen, die am Ende der Vollversammlungen für die kommenden Treffen vergeben werden. Die rotierenden Mandate sollen Sorge dafür tragen, dass die Vollversammlung

ordentlich vorbereitet wird und sich eine angenehme Diskussionskultur entwickeln kann. Dabei wird darauf geachtet, dass nicht immer dieselben Personen dieselben Aufgaben übernehmen. Weil die Vollversammlung nur einmal im Monat stattfindet, muss sichergestellt werden, dass bestimmte Aufgaben in der Zwischenzeit erledigt werden. Hierzu gibt es im unter_bau unterschiedliche imperative Mandate.

Das Föderationssekretariat z.B. wird auf einem Jahreskongress für ein Jahr gewählt und umfasst folgende Aufgabenbereiche: allgemeine Verwaltung, Finanzen, Öffentlichkeit, gewerkschaftliche Aktion, Außenkontakte. Dafür werden jeweils zwei Personen gewählt. Die Hälfte der Sekretariatsposten muss mit Frauen* besetzt werden. Das Sekretariat ist dazu verpflichtet, auf der Vollversammlung von seiner Arbeit zu berichten. Über eine Mandatsbeschreibung wird festgelegt, in welchen Angelegenheiten die Sekretär_innen autonom entscheiden können und über welche sie auf der Vollversammlung abstimmen lassen müssen. Beispielsweise muss das Öffentlichkeitssekretariat seine Pressemitteilung nicht durch die Vollversammlung absegnen lassen. Plakate und Flyer für eine Aktion müssen ihr jedoch vorgestellt werden. Bei Missachtung ihrer Mandatsaufgaben können die Sekretär_innen jederzeit von der monatlichen Vollversammlung abgewählt werden. Diese Arbeitsweise setzt Vertrauen in die Genoss_innen voraus sowie darin, dass die Mandatierten zuverlässig arbeiten und sich immer wieder mit der Basis rückkoppeln. Das Prinzip imperativer Mandate, bei dem die Basis die Aufgaben festlegt und deren Erfüllung kontrolliert, durchzieht sämtliche Basisgremien, d.h. auch alle Vollversammlungen der Statusgruppen und Untergremien wie z.B. die Arbeitskreise.

Zusätzlich zur Geschlechterquotierung gibt es noch eine Reihe weiterer struktureller Mechanismen im unter_bau, die die Beteiligung von Frauen* an der Gewerkschaftsarbeit fördern sollen. Hier ist zunächst einmal die Frauen*vollversammlung zu nennen, die allen Frauen* im unter_bau eine Anlaufstelle bietet und in der Diskriminierungen und Sexismus in Abwesenheit von Männern besprochen werden können. Um wirksame, gemeinsame Arbeit gegen patriarchale Verhältnisse an der Hochschule leisten zu können, gibt es zusätzlich zu dieser Struktur offene Arbeitsgruppen zu feministischen Themen, bei denen Personen aller Geschlechter eingeladen und aufgefordert sind, sich zu beteiligen.

Die Mandatierten sind generell angehalten, möglichst viele Menschen in ihre Arbeit miteinzubeziehen, indem sie mitgliederöffentliche Treffen der Sekretariate und ihrer Arbeitskreise anbieten, regelmäßig Workshops zur Befähigung und Weiterbildung von Interessierten durchführen und mindestens beim Jahreskongress ihre Arbeit schriftlich reflektieren und dies mit allen Mitgliedern diskutieren. Auch wenn diese Organisationsstruktur sicherlich nicht frei von Problemen ist, ermöglicht sie weit mehr als nur einer Handvoll Menschen, sich zu organisieren. Die Basisgremien des unter_bau entscheiden mit einfacher Mehrheit nach Abstimmung. Eine Geschäftsordnung regelt alle wichtigen Verfahrensweisen. Das Konsensprinzip, das bei 90 Prozent aller außerparlamentarischen Gruppen verwendet wird, ist ein relativ neues Phänomen und führt in größeren Gruppen häufig zu informellen Hierarchien und langen Diskussionen ohne Entscheidung, weshalb der unter_bau auf dieses Verfahren verzichtet.

Zusätzlich zur gewerkschaftlichen Föderation, die als erstes aufgebaut wird, kann je nach Größe und Organisationsgrad zukünftig auch eine politische Föderation eingerichtet werden. Diese würde analog zur gewerkschaftlichen »horizontalen« Struktur funktionieren, ihre Mitglieder jedoch nicht nach Statusgruppen, sondern nach Fachbereichen organisieren. In der politischen Föderation sollen sich also alle Statusgruppen eines Fachbereichs organisieren, um gemeinsame Forderungen zu entwickeln und

einen kritischen Gegenpol zu den institutionell verankerten Gremien bilden. Eine größere Basisgewerkschaft bestünde idealerweise in einer Doppelföderation der Statusgruppen einerseits und Fachbereiche andererseits. Beide zusammen könnten die Basis für eine rätedemokratische Transformation der Hochschulen darstellen.

INHALTE: ANALYSE UND ZIELE

Der unter_bau versucht, die unterschiedlichen Lohnabhängigen der Universität – seien es Verwaltungsangestellte, Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeitende oder Reinigungskräfte – mit den Studierenden als größter Statusgruppe zusammenzubringen. Im *Strategiepapier* heißt es dazu: »Die quantitative, politische Stärke studentischer Aktivist_innen, die häufig ins Leere läuft oder nur kurzfristige Zugeständnisse erreicht, verbindet sich mit der qualitativen, ökonomisch-strukturellen Macht von Mitarbeiter_innen, die häufig isoliert bleibt, zu einer machtvollen Synthese«. Bevor jedoch eine Gewerkschaft Attraktivität für all diese Gruppen ausstrahlt, muss sie sich zunächst den Ruf erarbeiten, eine kompetente und zuverlässige Organisation zu sein. Hierzu ist es wesentlich, den Betrieb, den man organisiert, gut zu kennen. Das Erstellen einer Betriebsanalyse, die Druckpunkte im Betrieb ausmacht, Gemeinsamkeiten von Statusgruppen findet und Forderungen entwickelt, die von den Bedürfnissen der Betroffenen ausgehen, ist elementar für die erfolgreiche Organisation. Ziel ist nicht, stellvertretend Politik zu machen, sondern dass sich die oben genannten Statusgruppen in Selbstorganisation gegenseitig unterstützen. Die großen Veränderungen – wie ein eigener Tarifvertrag oder das Insourcing von ausgelagerten Beschäftigten – werden nicht geschenkt. Am Anfang muss man sich mit den Alltagskämpfen auseinandersetzen – sei es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Kündigungen von Kolleg_innen ebenso wie Sexismus und Rassismus am Arbeitsplatz.

Dazu ein Beispiel aus unserer Praxis: In einer Abteilung der Goethe-Universität sollten fünf Kolleg_innen gefeuert werden. Die restlichen Kolleg_innen solidarisierten sich mit diesen und haben sich organisiert. Die mit Unterstützung der Gewerkschaft geschulten Mitglieder konnten auf der darauf folgenden Team-sitzung durch ein klares Statement aller Beschäftigten den Druck auf die Leitung dermaßen erhöhen, dass die Kündigungen zurückgezogen wurden. Dieser Kampf wurde ohne eine große Aktion oder Öffentlichkeit gewonnen, allein dadurch, dass sich die Beschäftigten gemeinsam auf Forderungen verständigten, sich organisatorisch zusammenschlossen und gewerkschaftliche Unterstützung in politischen und rechtlichen Fragen bekamen. Daran wird ersichtlich, dass basisdemokratische Gewerkschaftsarbeit nicht auf spektakuläre Aktionen setzt, sondern zuallererst versucht, die nötige Aufbauarbeit im Kleinen zu leisten. Erst wenn die Mehrheit der Angestellten und Studierenden sich in Basisgruppen organisiert hat, ergibt es Sinn, etwa für einen Tarifvertrag in den Streik zu treten.

ENTWICKLUNG: VON DER INITIATIVE ZUR GEWERKSCHAFT

Dieser an der Frankfurter Uni begonnene Prozess ist sehr langwierig. Wir haben etwa anderthalb Jahre mit einer kleinen, aber stetig wachsenden Gruppenstruktur gearbeitet und sind erst an die Öffentlichkeit gegangen, als ein Grundgerüst aufgebaut war und sich auf eine Struktur und Strategie geeinigt werden konnte. Diese Praxis ist in der außerparlamentarischen Linken eher unüblich. Meist wird ohne eine Vordiskussion zum Bündnistreffen eingeladen, bei dem man sich auf ein paar Forderungen einigen kann, jedoch Struktur und Strategie außen vor gelassen werden.

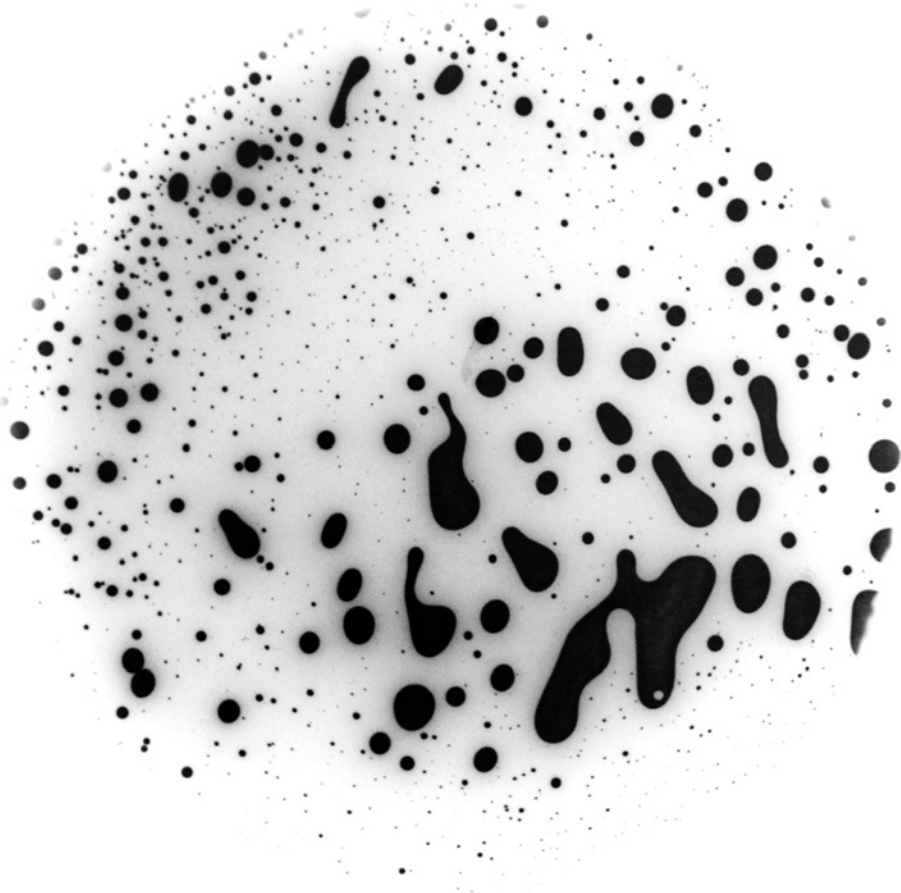
Im unter_bau waren wir beim ersten Treffen nur sechs Personen. Nach vier Jahren Aufbau haben wir über 200 Mitglieder. Daran wird deutlich, dass die organisatorische Arbeit mühsam und langwierig ist und die Revolution nicht gleich vor der Tür steht. Man muss sich auch auf Menschen einlassen können, die nicht aus der linken Szene kommen. Und natürlich auch auf die, die aus der linken Szene kommen.

Solche Offenheit, Gesicht zu zeigen und auf die Menschen zuzugehen, ist innerhalb außerparlamentarischer politischer Zusammenhänge wenig verbreitet. Jedoch ist ohne diese Offenheit eine basisdemokratische Gewerkschaft zum Scheitern verurteilt. Das betrifft auch die Offenheit, politische Erfahrung nicht in den eigenen Reihen zurückzuhalten, sondern weiterzugeben. Zu diesem Zweck hat der unter_bau einen Reader – den *unter_bauplan* – und ein Workshop-Programm konzipiert, die interessierten Kolleg_innen in anderen Städten Wissen über basisdemokratische Aufbauprozesse vermitteln.

AUSBLICK: BUNDESWEITE FÖDERATION VON BASISGEWERKSCHAFTEN AN HOCHSCHULEN

Seit der letzten großen Bewegungsphase an Hochschulen in den Jahren 2009/10 gab es immer wieder lokale und regionale Proteste: 2013/14 in Ostdeutschland, 2015 bei den Hilfskräftestreiks in Frankfurt und der Besetzung der Hochschule in Landau sowie 2017 bei den verschiedenen Besetzungen von Hochschulen in Berlin und den Streiks der Berliner Hilfskräfte in diesem Jahr. Es gibt auch einige vielversprechende basisgewerkschaftliche Ansätze im Bildungsbereich, etwa bei der FAU Jena, Berlin und Hannover sowie eine Vernetzung des Mittelbaus – das »Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft«. Trotz der Ansätze zu bundesweiten Bündnissen im studentischen Bereich – wie »Lernfabriken meutern« oder dem »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren« – konnte aber keine neue überregionale Welle von Protesten ausgelöst werden. Dafür wäre es nötig, auch auf überregionaler Ebene andere Vernetzungsstrukturen zu schaffen als lose Netzwerke.

Eine bundesweite Föderation von Basisgewerkschaften an Hochschulen und darüber hinaus scheint in weiter Ferne zu liegen. Wir sollten dennoch versuchen, eine solche aufzubauen. Denn die Reaktion schläft nicht. In den nächsten Jahren wird es voraussichtlich zu massiven neoliberalen Angriffen auf die Hochschulen kommen und der Organisationsprozess der »Neuen Rechten« weiter voranschreiten. Um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen zu können, muss die außerparlamentarische Linke ihre Praxis und Organisationsformen reformieren. Dafür wird es zwar nicht ausreichen, nur an den Hochschulen gut organisiert zu sein. Diese Organisation könnte jedoch als Vorbild für andere Lebensbereiche dienen. Schließlich befinden sich Hochschulen nicht im luftleeren Raum, sondern in einem Wechselverhältnis mit dem Rest der Gesellschaft. Die meisten Studierenden verlassen die Hochschule nach dem Studium. Wenn sie die Idee und die Erfahrung basisdemokratischer Organisation in ihr weiteres Berufsleben mitnehmen und auch an ihren neuen Arbeitsplätzen gewerkschaftliche Strukturen aufbauen, liegt das Ziel einer gesellschaftlich Verankerten und politisch Schlagkräftigen linken Bewegung vielleicht doch nicht so fern, wie es uns derzeit erscheinen mag.



DIE TYRANNEI DER STRUKTURLOSIGKEIT

Jo
Freeman

13

In den Jahren, da die Frauenbewegung Form annahm, ist mit großer Emphase die sogenannte führungs- und strukturlose Gruppe als die zentrale – wenn nicht einzige – Organisationsform der Bewegung behauptet worden. Diese Vorstellung lässt sich zurückführen auf eine natürliche Abwehrreaktion gegen die überstrukturierte Gesellschaft, in der wir uns befanden und die unsere Leben einer fremden Kontrolle unterwarf, sowie gegen den anhaltenden Elitismus in der Linken und anderen Gruppen, die diese Überstrukturiertheit vermeintlich bekämpften.

Jedoch hat sich die Idee der »Strukturlosigkeit« aus einem heilsamen Einwand gegen solcherart Tendenzen selbst zu einem Fetischismus entwickelt. Zwar ist die Idee so wenig erforscht wie der Begriff oft gebraucht wird, jedoch bildet sie heute einen intrinsischen und unhinterfragten Teil der Ideologie der Frauenbewegung. In den Anfängen der Bewegung fiel das nicht besonders ins Gewicht. Früh hatte sie das Consciousness-Raising als ihr zentrales Ziel und ihre hauptsächliche Methode definiert – und diesem Zweck war die »strukturlose« Diskussionsgruppe ausgesprochen dienlich. Ihre Lockerheit und Zwanglosigkeit ermutigte zur Beteiligung an der Diskussion und ihre oft von Unterstützung geprägte Atmosphäre beförderte persönliche Einsichten. Wenn aus diesen Gruppen nichts weiter als persönliche Einsichten hervorgingen, so stellte dies kein Problem dar, gingen doch ihre Zielvorstellungen darüber nicht wirklich hinaus.

Die grundsätzlichen Probleme machten sich erst bemerkbar, als die Gruppen die Möglichkeiten des Consciousness-Raising ausgeschöpft hatten und sich entschieden, etwas handfesteres unternehmen zu wollen. An diesem Punkt scheiterten sie für gewöhnlich, weil die meisten Gruppen nicht bereit waren, mit ihren Aufgaben auch ihre Strukturen zu ändern. Die Frauen in der Bewegung hatten sich die Idee der »Strukturlosigkeit« zu eigen gemacht, ohne aber die Grenzen ihrer Nützlichkeit zu begreifen.

Kommentar der Redaktion: *The Tyranny of Structurelessness* wurde erstmals 1970 auf einer Konferenz der Southern Female Rights Union in Beulah, Mississippi als Vortrag präsentiert und ist anschließend in verschiedenen Publikationen der Bewegung sowie im *Berkeley Journal of Sociology* erschienen. Die Frauen- und Bürgerrechtsaktivistin Jo Freeman – zu dieser Zeit Doktorandin der Politikwissenschaft – unternimmt darin eine eindringliche Untersuchung der Organisationsweise der damaligen Frauenbewegung. Dabei kritisiert sie die in ihr vorherrschende Abneigung gegenüber expliziten Strukturen jeglicher Art, bemängelt die Vorrangstellung persönlicher Sympathien vor politischen Gesichtspunkten und argumentiert für eine formelle basisdemokratische Organisation, die die Handlungsfähigkeit der Bewegung erhöhen soll. Einerseits historisches Zeugnis einer internen Diskussion der US-amerikanischen Frauenbewegung nach '68, lässt sich der Text andererseits auch in Hinblick auf die heute abermals zu großen Teilen in Affinitätsgruppen zerfallenen Linken lesen. Die Kritik an der vorwiegend in Kleinstgruppen, verstreuten Initiativen und Lesekreisen organisierten progressiven Studierendenschaft bildet auch in der HUCh ein immer wiederkehrendes Motiv. Indem wir diesen Text in neuer Übersetzung zur Verfügung stellen, wollen wir dieser fortlaufenden Diskussion eine solide Grundlage verschaffen und freuen uns auf zukünftige Beiträge, die ihn in Hinblick auf unsere heutigen Problemstellungen auszuwerten und/oder ausgehend von unserer Situation über die Thesen des Textes hinauszugehen versuchen.

Aus dem blinden Glauben heraus, jede andere Form könne nur unterdrückend wirken, versuchten sie, die »strukturlose« Gruppe und die informelle Versammlung für Zwecke einzusetzen, für die sie ungeeignet waren.

Wenn die Bewegung über diese Anfangsstadien ihrer Entwicklung hinauswachsen soll, wird sie sich von einigen Vorurteilen bezüglich Struktur und Organisation befreien müssen. Weder das eine noch das andere ist von Natur aus schlecht. Zwar können sie missbraucht werden und werden das auch häufig, aber sie aufgrund ihres Missbrauchs rundheraus abzulehnen, würde bedeuten, uns der notwendigen Mittel unserer Weiterentwicklung zu berauben. Wir müssen verstehen, warum »Strukturlosigkeit« nicht funktioniert.

FORMELLE UND INFORMELLE STRUKTUREN

Im Gegensatz dazu, was wir gerne glauben würden, kann es so etwas wie eine strukturlose Gruppe überhaupt nicht geben. Jede, wie auch immer geartete Gruppe von Menschen, die für eine gewisse Zeit und zu einem gewissen Zweck zusammenkommt, wird sich notwendig in irgendeiner Weise strukturieren. Die Struktur mag flexibel sein, sich über die Zeit verändern, sie mag Zuständigkeiten, Macht und Ressourcen gleichmäßig oder ungleichmäßig unter ihren Mitgliedern verteilen. Doch sie wird sich in jedem Fall formieren, unabhängig von den Intentionen, Persönlichkeiten und Fähigkeiten der Beteiligten. Allein der Umstand, dass wir Individuen mit verschiedenen Talenten, Voraussetzungen und Hintergründen sind, macht dies unvermeidlich. Nur wenn wir uns weigerten, überhaupt miteinander in Beziehung oder Interaktion zu treten, könnten wir uns wirklicher Strukturlosigkeit annähern – das aber entspricht nicht der Natur einer Gruppe von Menschen.

Das Streben nach einer strukturlosen Gruppe ist demnach ebenso abwegig wie das nach »objektiven« Nachrichten, einer »wertfreien« Sozialwissenschaft oder einer »freien« Wirtschaft. Eine »laissez-faire«-Gruppe ist etwa so realistisch wie eine »laissez-faire«-Gesellschaft. Diese Idee bildet lediglich einen Deckmantel für die Starken und Erfolgreichen, der es ihnen erlaubt, unhinterfragte Hegemonie über andere auszubilden. Und zwar kann diese Hegemonie aus dem Grund so einfach hergestellt werden, weil die Idee der »Strukturlosigkeit« nur die Etablierung formeller Strukturen verhindert, nicht aber die informeller. Dementsprechend hat die »laissez-faire«-Philosophie nicht die ökonomisch Mächtigen davon abgehalten, Kontrolle über Löhne, Preise und die Verteilung von Gütern auszubilden, sondern nur die Regierung. So wirkt Strukturlosigkeit als Maskerade von Machtverhältnissen, und so wird sie in der Frauenbewegung gewöhnlich am stärksten von jenen vertreten, die die meiste Macht haben (ob ihnen das bewusst ist oder nicht). Solange die Struktur der Gruppe informell ist, sind die Regeln der Entscheidungsfindung nur einigen wenigen bekannt und das Bewusstsein für Machtverhältnisse beschränkt sich auf jene, die die Regeln kennen. Diejenigen, die die Regeln nicht kennen und die nicht in den Kreis der Eingeweihten aufgenommen werden, sind dazu verdammt, im Unklaren zu bleiben und unter paranoiden Vorstellungen zu leiden, dass etwas vor sich geht, dessen sie sich nicht bewusst sind.

Damit alle die Möglichkeit bekommen, an den Aktivitäten einer Gruppe teilzuhaben, muss die Struktur explizit sein, nicht implizit. Die Regeln der Entscheidungsfindung müssen für alle einsehbar sein — und das kann nur der Fall sein, wenn sie formalisiert sind. Das bedeutet nicht, dass die Formalisierung der Struktur einer Gruppe ihre informelle Struktur zerstören wird. Für gewöhnlich tut sie das nicht. Aber sie hindert die informelle Struktur daran, die vorherrschende Kontrolle auszuüben und gibt der Gruppe einige Mittel an die Hand, sie anzugreifen, wenn die an ihr beteiligten Personen sich nicht wenigstens verantwortungsvoll zu den Bedürfnissen der Gesamtgruppe verhalten. »Strukturlosigkeit« ist organisatorisch unmöglich. Wir können nicht entscheiden, eine strukturierte oder strukturlose Gruppe zu haben, sondern nur, ob sie formell strukturiert sein soll oder nicht. Daher soll der Begriff von jetzt an nur noch dafür gebraucht werden, um auf die Idee zu verweisen, die er repräsentiert. Als unstrukturiert sollen Gruppen bezeichnet werden, die nicht bewusst in einer bestimmten Weise strukturiert wurden; und strukturiert sollen jene heißen, die es wurden. Eine strukturierte Gruppe hat immer eine formelle Struktur und kann auch eine informelle oder verdeckte Struktur besitzen. Diese informelle Struktur ist es, die — insbesondere in unstrukturierten Gruppen — die Basis für Eliten schafft.

DAS WESEN DES ELITISMUS

»Elitär« ist wahrscheinlich der am meisten missbrauchte Begriff in der Frauenbewegung. Er wird so häufig und aus denselben Gründen gebraucht, wie »Pinko« in den Fünfzigern. [Der Kampfbegriff »Pinko« wurde zumeist von Konservativen gebraucht und gegen progressiv eingestellte Personen gerichtet, um sie denunziatorisch in die Nähe der »roten« kommunistischen Gefahr zu rücken, ohne dass sich diese jedoch in Wirklichkeit als Kommunist*innen verstanden hätten oder Mitglieder kommunistischer Parteien und Vereinigungen gewesen wären. Anm. d. Ü.] Selten wird er richtig verwendet. In der Bewegung werden damit in der Regel Individuen bezeichnet, wobei die persönlichen Charakteristika und die Aktivitäten derer, die so genannt werden, sich stark unterscheiden mögen. Jedoch kann ein Individuum als Individuum nicht elitär sein, weil nämlich die einzig sachgerechte Anwendung des Begriffs »Elite« die auf Gruppen ist. Ein Individuum, wie bekannt es auch sein mag, kann niemals eine Elite sein.

Korrekt angewandt bezeichnet »Elite« eine kleine Gruppe von Personen, die Macht über eine größere Gruppe ausüben, der sie angehören; und zwar für gewöhnlich ohne ihr gegenüber direkt verantwortlich zu sein und häufig ohne deren Einverständnis. Eine Person wird elitär, indem sie Teil einer solchen kleinen Gruppe wird oder für ihre Herrschaft eintritt — mag sie sehr bekannt sein oder auch ganz unbekannt. Eine elitäre Person ist nicht durch Prominenz gekennzeichnet. Die heimtückischsten Eliten bestehen für gewöhnlich aus Personen, die der breiten Öffentlichkeit überhaupt nicht bekannt sind. Intelligente Eliten sind üblicher Weise schlau genug, sich selbst allzu große Bekanntheit zu verbieten; denn sind sie bekannt, so werden sie beobachtet und die Maske vor ihrer Macht sitzt nicht mehr wie angezogen.

Eliten sind keine Verschwörungen. Nur sehr selten kommt eine kleine Gruppe von Menschen zusammen, um vorsätzlich und nur für ihre eigenen Zwecke die Kontrolle über eine größere Gruppe zu übernehmen. Eliten sind nicht mehr und nicht weniger als Freundeskreise, die zufällig auch an denselben politischen Aktivitäten teilnehmen. Sie würden wahrscheinlich befreundet sein, auch ohne dass sie in diese politischen Aktivitäten involviert wären; sie würden wahrscheinlich an den politischen Aktivitäten teilnehmen, auch ohne dass sie befreundet wären. Es ist die Koinzidenz dieser beiden Umstände, die Eliten in einer jeden Gruppe hervorbringt und sie so widerstandsfähig macht.

Diese Freundeskreise funktionieren als eigene Kommunikationsnetzwerke außerhalb jeglicher regulärer Kanäle, die vielleicht von einer Gruppe eingerichtet wurden. Wenn keine solchen Kanäle eingerichtet sind, funktionieren sie als die einzigen Kommunikationsnetzwerke. Weil Menschen befreundet sind, weil sie für gewöhnlich dieselben Werte und Orientierungen teilen, weil sie sich miteinander unterhalten und sich absprechen, wenn Entscheidungen getroffen werden müssen, haben diejenigen, die Teil dieser Netzwerke sind, mehr Macht in der Gruppe als jene, die es nicht sind. Und es wäre ungewöhnlich für eine Gruppe, wenn sich durch die in ihr geschlossenen Freundschaften keine informellen Kommunikationsnetzwerke bildeten.

Abhängig von ihrer Größe können manche Gruppen mehr als ein solches informelles Kommunikationsnetzwerk haben. Die Netzwerke können sich sogar überlappen. Wenn nur ein einziges solches Netzwerk existiert, handelt es sich dabei um die Elite einer ansonsten unstrukturierten Gruppe — ob nun ihre Mitglieder Teil einer Elite sein wollen oder nicht. Ist es das einzige solche Netzwerk in einer strukturierten Gruppe, ist es von ihrer Zusammensetzung und der Einrichtung der formalen Struktur abhängig, ob es eine Elite bildet oder nicht. Gibt es zwei oder mehr solche Netzwerke von Freundschaften, können sie um die Macht in der Gruppe konkurrieren und daher Fraktionen bilden, oder es kann sich einer der Freundeskreise bewusst dieser Konkurrenz entziehen, wodurch der andere als Elite übrigbleibt. In einer strukturierten Gruppe konkurrieren für gewöhnlich zwei oder mehr solcher Freundeskreise um formelle Macht. Das ist häufig die gesündeste Situation, insofern die anderen Mitglieder die Möglichkeit haben, zwischen den konkurrierenden Gruppen zu vermitteln und dabei Ansprüche an jene zu stellen, denen sie ihre temporäre Unterstützung geben.

Bei der unvermeidlich elitären und exklusiven Natur informeller Kommunikationsnetzwerke handelt es sich weder um ein für die Frauenbewegung charakteristisches Phänomen, noch um eines, das Frauen neu wäre. Solche informellen Beziehungen haben Frauen Jahrhunderte lang davon abgehalten, an integrierten Gruppen zu partizipieren, denen sie angehörten. In jedem Beruf und jeder Organisation haben diese Netzwerke die »locker room«-Mentalität und die »old school«-Verbindungen hervorgebracht, welche die Frauen als Gruppe (sowie manche Männer als Einzelne) effektiv davon abgehalten haben, gleichen Zugang zu den Quellen der Macht und sozialem Verdienst zu erlangen.

Viel von der Energie vergangener Frauenbewegungen war darauf gerichtet, die Strukturen der Entscheidungsfindung und die Auswahlprozesse zu formalisieren, sodass der Ausschluss von Frauen direkt konfrontiert werden konnte. Wie wir nur zu gut wissen, haben diese Anstrengungen informelle männliche Netzwerke nicht davon abhalten können, Frauen zu diskriminieren, aber sie haben es ihnen zumindest erschwert.

Dass Eliten informell sind, bedeutet nicht, dass sie unsichtbar sind. Bei jedem kleinen Gruppentreffen kann eine jede Person mit scharfem Blick und aufmerksamem Gehör ausmachen, wer wen beeinflusst. Die Mitglieder eines Freundeskreises werden sich mehr aufeinander beziehen als auf andere Leute. Sie hören einander aufmerksamer zu und unterbrechen einander seltener; sie wiederholen gegenseitig ihre Argumente und geben einander auf freundliche Art nach; und sie ignorieren oder bekämpfen Outsider, deren Zustimmung für das Treffen der Entscheidung nicht notwendig ist. Für die Outsider hingegen ist es notwendig, gut mit den Insidern auszukommen. Natürlich sind die Grenzen nicht so klar, wie ich sie gezeichnet habe. Es handelt sich um Nuancen in der Interaktion, nicht um vorgeschriebene Skripts. Aber sie sind wahrnehmbar und sie haben ihre Effekte. Sobald man weiß, mit wem es wichtig ist, Rücksprache zu halten, bevor eine Entscheidung getroffen wird und wessen Zustimmung zu allgemeiner Akzeptanz führt, hat man verstanden, wer den Laden schmeißt.

Da die Gruppen der Bewegung keine konkreten Entscheidungen darüber getroffen haben, wer in ihnen Macht ausüben soll, werden überall unterschiedliche Kriterien angewandt. Die meisten Kriterien bewegen sich entlang traditioneller weiblicher Charakteristika. Zum Beispiel war verheiratet zu sein in den Anfängen der Bewegung eine Voraussetzung für die Aufnahme in die informelle Elite. Wie es ihnen traditionell beigebracht wurde, verkehrten verheiratete Frauen vornehmlich untereinander und betrachteten alleinstehende Frauen als zu bedrohlich um sie als Freundinnen zu haben. Vielerorts wurde dieses Kriterium noch präzisiert, sodass es nur jene Frauen umfasste, deren Männer der »New Left« angehörten. Dieser Standard beruhte allerdings nicht nur auf Tradition, da die Männer der »New Left« häufig Zugang zu von der Bewegung benötigten Ressourcen hatten – etwa Adresslisten, Druckerpressen, Kontakte und Information – und Frauen es gewohnt waren, die Dinge, die sie brauchten, eher über Männer als selbstständig zu bekommen.

Über die Zeit hat sich die Bewegung verändert und ist die Ehe zu einem weniger universellen Kriterium für effektive Partizipation geworden. Aber alle informellen Eliten etablieren gewisse Standards, denen zufolge nur Frauen beitreten können, die bestimmte materielle und persönliche Charakteristika aufweisen. Diese beinhalten oftmals: einen Mittelschicht-Hintergrund (trotz aller Rhetorik, Verbindungen mit der Arbeiterklasse herzustellen); verheiratet zu sein; nicht verheiratet zu sein, aber mit jemandem zusammenzuleben; lesbisch zu sein oder es zumindest vorzugeben; zwischen 20 und 30 zu sein; Hochschulbildung oder zumindest akademischen Hintergrund zu haben; hip zu sein; nicht zu hip zu sein; der politischen Linie nach »radikal« zu sein oder sich so zu identifizieren; Kinder zu haben oder zumindest Kinder zu mögen; kein Kinder zu haben; bestimmte »feminine« Persönlichkeitszüge zu haben, etwa »nett« zu sein; sich richtig zu kleiden (sei es traditionell oder antitraditionell); etc. Ebenso gibt es einige Charakteristika, die ihre Trägerinnen fast immer als »Abwechlerinnen« markieren, zu denen man keine Verhältnisse eingehen sollte. Diese beinhalten: zu alt zu sein; Vollzeit zu arbeiten, insbesondere wenn die Person sich aktiv für ihre »Karriere« einsetzt; nicht »nett« zu sein; und erklärtermaßen single (d.h. weder aktiv hetero- noch homosexuell) zu sein.

Es könnten noch weitere Kriterien angeführt werden, aber sie haben alle ähnliche Motive. Die Charakteristika, die erforderlich

sind, um an den informellen Eliten der Bewegung zu partizipieren und daher Macht auszuüben, betreffen Herkunft, Persönlichkeit und Verfügung über Zeit. Sie beinhalten nicht die Kompetenz einer Person, ihre Hingabe für den Feminismus, ihre Talente oder was sie zur Bewegung beitragen kann. Erstere sind die Kriterien, anhand derer wir uns gewöhnlich unsere Freundinnen aussuchen. Letztere sind jene, die eine jede Bewegung oder Organisation anwenden muss, um politisch effektiv zu sein.

Die Kriterien für die Partizipation mögen sich von Gruppe zu Gruppe unterscheiden, doch sofern man ihnen entspricht, sind die Mittel, um Teil einer informellen Elite zu werden, im Wesentlichen die gleichen. Der einzige bedeutende Unterschied hängt davon ab, ob man von Beginn an Teil der Gruppe ist oder erst später Mitglied wird. Wenn man von Beginn an Mitglied ist, ist es wichtig, dass so viele der eigenen Freundinnen wie möglich ebenfalls beitreten. Sollte sich innerhalb der Gruppe niemand besonders gut kennen, so muss man gezielt eine gewisse Zahl von Freundschaften schließen und damit die informellen Interaktionsmuster herstellen, die für die Erzeugung einer informellen Struktur essentiell sind. Sind die informellen Strukturen einmal etabliert, so erhalten sie sich von selbst. Und eine der erfolgreichsten Methoden der Selbsterhaltung ist die kontinuierliche Rekrutierung von Leuten, die »dazu passen«. So einer Elite tritt man etwa auf die gleiche Weise bei wie einer Studentinnenverbindung. Wird man als potentieller Neuzugang wahrgenommen, so wird man von den Mitgliedern der informellen Struktur so lange nicht in Ruhe gelassen, bis man schließlich entweder fallen gelassen oder initiiert wird. Hat die Verbindung nicht das politische Bewusstsein, diesen Prozess bewusst zu gestalten, so kann er auch von der Outsiderin angestoßen werden, und zwar auf die gleiche Art, nach der man sich Zugang zu einem jeden privaten Klub verschafft. Finde eine Unterstützerin, d.h. suche dir ein Mitglied der Elite aus, das in derselben sehr respektiert zu werden scheint und entwickle aktiv eine Freundschaft zu dieser Person. Schließlich wird sie dich aller Wahrscheinlichkeit nach in den inneren Kreis aufnehmen.

Alle diese Prozeduren kosten Zeit. Wenn man also Vollzeit arbeitet oder eine andere große Verpflichtung hat, ist es meist unmöglich, aufgenommen zu werden, einfach weil nicht genügend Zeit übrig ist, um zu all den Treffen zu gehen und die persönlichen Beziehungen zu kultivieren, die nötig sind, um in der Entscheidungsfindung eine Stimme zu haben. Aus diesem Grund sind formelle Strukturen der Entscheidungsfindung ein Segen für die Überarbeiteten. Einen formellen Entscheidungsprozess etabliert zu haben stellt sicher, dass alle zu einem gewissen Maß daran teilhaben können.

Obwohl diese Analyse der Prozesse, durch die sich innerhalb kleiner Gruppen Eliten herausbilden, aus einer kritischen Perspektive erfolgt ist, wurde sie nicht in dem Glauben unternommen, dass diese informellen Strukturen unvermeidlich schlecht seien – sondern lediglich unvermeidlich. Alle Gruppen bilden als Folge der Interaktion ihrer Mitglieder informelle Strukturen aus. Solche informellen Strukturen können sehr nützliche Dinge vollbringen. Aber nur unstrukturierte Gruppen stehen vollständig unter ihrer Herrschaft. Wenn informelle Eliten und der Mythos der »Strukturlosigkeit« zusammenkommen, besteht keine Möglichkeit, ihrer Ausübung von Macht Grenzen aufzuerlegen. Sie wird unberechenbar.

Das hat zwei potentiell negative Konsequenzen, derer wir uns bewusst sein sollten. Die erste ist, dass die informelle Struktur der Entscheidungsfindung einer Studentinnenverbindung gleichen wird, in der man einander zuhört, weil man einander mag und nicht weil man bedeutende Sachen sagt. Solange die Bewegung keine bedeutenden Sachen macht, ist das nicht von großer Wichtigkeit. Doch wenn ihre Entwicklung nicht in dieser Vorstufe stecken bleiben soll, wird sie gegen diese Tendenz angehen

müssen. Die zweite besteht darin, dass informelle Strukturen nicht dazu verpflichtet sind, sich vor der Gesamtgruppe zu verantworten. Ihre Macht ist ihnen nicht gegeben worden; sie kann ihnen auch nicht genommen werden. Ihr Einfluss basiert nicht darauf, was sie für die Gruppe tun; daher können sie nicht direkt von der Gruppe beeinflusst werden. Informelle Strukturen sind deshalb nicht notwendig verantwortungslos. Diejenigen, die darauf bedacht sind, ihren Einfluss zu erhalten, werden sich für gewöhnlich verantwortungsvoll verhalten. Aber die Gruppe hat einfach keine Möglichkeit, diese Verantwortlichkeit zu erzwingen; sie ist abhängig von den Interessen der Elite.

DAS »STAR«-SYSTEM

Die Idee der »Strukturlosigkeit« hat das »Star«-System hervorgebracht. Wir leben in einer Gesellschaft, die von politischen Gruppen erwartet, dass sie Entscheidungen treffen und Personen auswählen, die diese Entscheidungen vor der Öffentlichkeit artikulieren. Die Presse und die Öffentlichkeit wissen nicht, wie man einer einzelnen Frau als einer Frau zuhört; sie wollen wissen, wie sich die Gruppe fühlt. Es sind bis heute nur drei Techniken entwickelt worden, um die Meinung großer Menschengruppen zu erheben: die Wahl oder das Referendum, die öffentliche Umfrage und die Wahl von Sprecher*innen auf einer entsprechenden Versammlung. Die Frauenbewegung hat sich nicht einer dieser Techniken bedient, um mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Weder die Bewegung als Ganze noch die meisten ihrer unzähligen Gruppen haben ein Mittel eingeführt, um über ihre Positionen zu verschiedenen Themen aufzuklären. Aber die Öffentlichkeit ist darauf konditioniert, nach Sprecher*innen zu suchen.

Während sie bewusst keine Sprecherinnen gewählt hat, hat die Bewegung viele Frauen hervorgebracht, die aus verschiedenen Gründen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Diese Frauen repräsentieren keine bestimmte Gruppe oder Meinung; sie wissen das und sagen das üblicherweise auch. Aber weil es weder offizielle Sprecherinnen gibt, noch eine Entscheidungen treffende Körperschaft, die die Presse befragen kann, wenn sie wissen will, wie die Bewegung zu einem bestimmten Thema steht, werden diese Frauen trotzdem als Sprecherinnen wahrgenommen. Ob sie es wollen oder nicht, und ob es der Bewegung gefällt oder nicht, werden die Frauen, von denen die Öffentlichkeit Notiz nimmt, von ihr, in Ermangelung einer Alternative, in die Rolle von Sprecherinnen gezwungen.

Das ist eine der Hauptursachen für die Wut, die häufig gegenüber den Frauen verspürt wird, die als »Stars« gelabelt werden. Weil sie nicht von den Frauen in der Bewegung gewählt wurden, um ihre Ansichten zu repräsentieren, wird es ihnen verübelt, wenn die Presse annimmt, sie sprächen für die Bewegung. Aber solange die Bewegung nicht ihre eigenen Sprecherinnen wählt, werden solche Frauen weiterhin von Presse und Öffentlichkeit in diese Rolle gedrängt werden, unabhängig davon, ob sie das wünschen.

Das hat eine Reihe negativer Konsequenzen sowohl für die Bewegung als auch für die als »Stars« gelabelten Frauen. Erstens kann die Bewegung diese Frauen, weil nicht sie es war, die sie in die Rolle von Sprecherinnen versetzt hat, auch nicht wieder abwählen. Die Presse hat dies getan und nur die Presse kann sich dafür entscheiden, ihnen nicht mehr zuzuhören. Sie wird die »Stars« weiterhin als Sprecherinnen ansehen, solange es keine offiziellen Alternativen gibt, verlässliche Aussagen von der Bewegung zu bekommen. Die Bewegung wird solange keine Kontrolle über die Wahl ihrer Repräsentantinnen gegenüber der Öffentlichkeit haben, wie sie glaubt, dass sie überhaupt keine Repräsentantinnen haben sollte. Zweitens finden sich jene Frauen, die diese Rolle innehaben, böartigen Attacken vonseiten ihrer Schwestern ausgesetzt. Das bringt der Bewegung gar nichts

und ist schmerzlich destruktiv für die beteiligten Personen. Solche Attacken führen lediglich dazu, dass die Frau die Bewegung entweder völlig verlässt – und das häufig bitterlich entfremdet – oder dazu, dass sie aufhört, sich vor ihren »Schwestern« verantwortlich zu fühlen. Sie wird vielleicht etwas von einer vage definierten Loyalität gegenüber der Bewegung aufrecht erhalten, aber sie wird nicht länger für den Druck anderer Frauen in der Bewegung empfänglich sein. Ohne masochistisch veranlagt zu sein, kann man sich nicht für Menschen verantwortlich fühlen, die Quelle solchen Schmerzes gewesen sind, und diese Frauen sind für gewöhnlich zu stark, um unter dieser Art persönlichem Druck einzuknicken. Auf diese Weise ermuntert die Gegenreaktion auf das »Star«-System genau die Art individualistischer Verantwortungslosigkeit, die die Bewegung verurteilt. Indem sie eine Schwester als »Star« verstößt, verliert die Bewegung jede Kontrolle über die Person, die in der Folge frei ist, alle die individualistischen Sünden zu begehen, die ihr vorgeworfen wurden.

POLITISCHE IMPOTENZ

Mögen unstrukturierte Gruppen auch sehr effektiv darin sein, Frauen zum Reden über ihre Leben zu bewegen; sie sind nicht besonders gut darin, Dinge gemacht zu kriegen. In dem Moment, da die Leute es leid sind, »nur zu reden« und etwas mehr tun wollen, geraten die Gruppen ins Stolpern, sofern sie nicht ihre Arbeitsweise verändern. Gelegentlich entspricht die entstandene informelle Struktur zufälliger Weise einem vorhandenen Erfordernis, das die Gruppe in einer Weise ausfüllen kann, sodass es den Anschein macht, eine unstrukturierte Gruppe würde »funktionalisieren«. Die Gruppe hat dann aus einem glücklichen Zufall heraus genau die Art von Struktur ausgebildet, die sich am besten dafür eignet, ein spezifisches Projekt durchzuführen.

Zwar ist die Arbeit in einer solchen Gruppe ein sehr berauschendes Erlebnis, jedoch ist es auch sehr selten und sehr schwer zu reproduzieren. Es gibt vier Bedingungen, die in einer solchen Gruppe fast zwangsläufig vorliegen:

1) Sie ist aufgabenorientiert.

Ihre Tätigkeit ist sehr eng gefasst und sehr spezifisch, wie das Organisieren einer Konferenz oder das Herausgeben einer Zeitung. Es ist im Wesentlichen die Aufgabe, die die Gruppe strukturiert. Die Aufgabe gibt vor, was getan werden muss und wann es getan werden muss. Sie gibt Richtlinien vor, an denen die Leute ihre Aktionen messen und Pläne für zukünftige Aktivitäten machen können.

2) Sie ist relativ klein und homogen.

Homogenität ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Teilnehmerinnen in ihrer Interaktion eine »gemeinsame Sprache« sprechen. Menschen mit sehr verschiedenen Hintergründen können eine Bereicherung für eine Consciousness-Raising-Gruppe sein, in der alle von den Erfahrungen der anderen lernen können. Doch zu große Diversität unter den Mitgliedern einer aufgabenorientierten Gruppe hat nur zur Folge, dass sie sich ständig gegenseitig missverstehen. Unterschiedliche Leute interpretieren Worte und Handlungen unterschiedlich. Sie haben unterschiedliche Erwartungen an das Verhalten der anderen und beurteilen Ergebnisse anhand unterschiedlicher Kriterien. Wenn alle einander gut genug kennen, um diese Nuancen zu verstehen, kann damit umgegangen werden. Für gewöhnlich führen sie jedoch zu Verwirrung und dazu, dass endlose Stunden dafür aufgewandt werden müssen, Konflikte zu schlichten, die niemand hat kommen sehen.

3) Sie verfügt über einen hohen Grad an Kommunikation.

Information muss an alle weitergegeben, Meinungen abgefragt, Arbeit verteilt und sich der Partizipation an den betreffenden Entscheidungen versichert werden. Das ist nur möglich, wenn die Gruppe klein ist und die Leute während der entscheidendsten

Phasen des Projekts praktisch zusammenleben. Es erübrigt sich, zu sagen, dass die Zahl der nötigen Interaktionen, um alle einzubinden, im Verhältnis zur Zahl der Beteiligten steigt. Das beschränkt die Zahl der Beteiligten notwendig auf ungefähr fünf oder es schließt einige von einigen der Entscheidungen aus. Erfolgreiche Gruppen können auch 10 oder 15 Mitglieder umfassen, aber nur wenn sie in Wirklichkeit aus einer Reihe kleinerer Untergruppen bestehen, die bestimmte Teilaufgaben erfüllen und die sich auf eine solche Weise überlappen, dass das Wissen darüber, was die verschiedenen Untergruppen machen, einfacher weitergegeben werden kann.

4) Sie verfügt über einen geringen Grad an Spezialisierung.

Nicht jede Person muss alles tun können, aber alles muss von mehr als einer Person getan werden können. Daher ist niemand unverzichtbar. In einem bestimmten Maße werden Menschen zu auswechselbaren Teilen.

Während sich diese Bedingungen in kleinen Gruppen mit etwas Glück herstellen können, ist das für große Gruppen nicht möglich. In der Konsequenz ist die Bewegung als Ganze, da sie in den meisten Städten nur so strukturiert ist wie einzelne Diskussionsgruppen, nicht sehr viel effektiver als die einzelnen Gruppen mit ihren spezifischen Aufgaben. Die informelle Struktur steht nur selten in ausreichendem Maße mit den Leuten in Verbindung, um effektiv zu arbeiten. So bringt die Bewegung viel Bewegung und wenig Resultate hervor. Unglücklicherweise sind die Konsequenzen dieser vielen Bewegung nicht so harmlos wie es die Resultate sind – und das Opfer ist die Bewegung selbst.

Manche Gruppen haben sich zu lokalen Aktionskomitees entwickelt, die nicht zu viele Menschen umfassen und die in einem kleinen Maßstab arbeiten. Aber diese Form beschränkt die Aktivität der Bewegung auf die lokale Ebene; sie kann nicht auf die regionale und nationale Ebene übertragen werden. Außerdem müssen sich die Gruppen, um zu funktionieren, für gewöhnlich auf den informellen Kreis von Freundinnen reduzieren, der die Zügel von vornherein in der Hand hatte. Das schließt viele Frauen von der Teilnahme aus. Solange Frauen nur durch Mitgliedschaft in einer kleinen Gruppe an der Bewegung teilnehmen können, sind die ungeselligen unter ihnen deutlich benachteiligt. Solange Freundeskreise die hauptsächlichen Träger organisatorischer Aktivität sind, wird der Elitismus institutionalisiert.

Für jene Gruppen, die kein lokales Projekt finden können, dem sie sich widmen wollen, wird die bloße Leistung, zusammen zu bleiben, zum Zweck ihres Zusammenbleibens. Wenn eine Gruppe keine spezifische Aufgabe hat (und Consciousness-Raising ist eine Aufgabe), so wenden die Mitglieder ihre Energien dazu auf, andere in der Gruppe zu kontrollieren. Das geschieht nicht so sehr aus einem böswilligen Trieb, andere zu manipulieren (auch wenn es das manchmal tut), als aus dem Mangel, irgendwas anderes mit ihren Fähigkeiten anzufangen. Fähige Leute mit viel Zeit und einem Bedürfnis, ihr Zusammenkommen zu rechtfertigen, setzen ihre Bemühungen in persönliche Kontrolle und verbringen ihre Zeit damit, die Persönlichkeiten der anderen Gruppenmitglieder zu kritisieren. Interne Kämpfe und persönliche Machtspielchen dominieren das Tagesgeschäft. Wenn eine Gruppe hingegen in eine Aufgabe eingebunden ist, lernen die Leute, mit anderen auszukommen, so wie sie sind, und persönliche Abneigungen dem größeren Ziel unterzuordnen. Dem Trieb, jede Person nach unserem Bild davon, wie sie sein sollte, umzugestalten, sind dann Grenzen auferlegt. Das Ende des Consciousness-Raising hinterlässt die Leute in einer aussichtslosen Lage und der Mangel an Struktur bietet ihnen keine Möglichkeiten, ihr zu entfliehen. Die Frauen in der Bewegung ziehen sich entweder auf sich selbst und ihre Schwestern zurück oder suchen sich andere Möglichkeiten zur Aktion. Derer gibt es nicht viele. Manche Frauen machen einfach »ihr eigenes Ding«. Das kann zu großer individueller Kreativität führen, von der eine

Menge für die Bewegung von Nutzen ist, doch das stellt für die meisten Frauen keine realistische Alternative dar und befördert gewiss keinen Geist kooperativer Gruppenanstrengung. Andere Frauen driften völlig von der Bewegung ab, weil sie keine individuellen Projekte entwickeln wollen und keine Möglichkeit gefunden haben, interessante Gruppenprojekte zu entdecken, ihnen beizutreten oder sie in Gang zu setzen.

Viele wenden sich anderen politischen Organisationen zu, von denen sie sich jene Art von strukturierter, effektiver Aktivität erhoffen, die sie in der Frauenbewegung nicht haben finden können. Diese politischen Organisationen, die die Emanzipation der Frauen als nur eine von vielen Problemen ansehen, denen Frauen ihre Zeit widmen sollten, finden in der Bewegung entsprechend ein enormes Rekrutierungsfeld für neue Mitglieder. Solche Organisationen brauchen gar nicht zu »infiltrieren« (auch wenn das nicht ausgeschlossen ist). Das in Frauen durch ihre Teilnahme an der Frauenbewegung erzeugte Bedürfnis nach bedeutungsvoller politischer Aktivität reicht aus, um sie dafür zu ereifern, anderen Organisationen beizutreten, wenn die Bewegung selbst ihnen keine Ventile für ihre neuen Ideen und Energien anbietet. Diese Frauen, die anderen politischen Organisationen beitreten, während sie weiterhin Teil der Frauenbewegung bleiben, oder die Teil der Frauenbewegung werden, während sie Mitglieder anderer politischer Organisationen bleiben, geben wiederum den Rahmen für neue informelle Strukturen ab. Diese Netzwerke von Freundinnen basieren dann eher auf ihrer gemeinsamen nicht-feministischen Politik als auf den vorhin besprochenen Charakteristika, funktionieren jedoch im Wesentlichen genauso. Weil diese Frauen gemeinsame Werte, Ideen und politische Orientierungen haben, bilden auch sie informelle, ungeplante, ungewählte, unverantwortliche Eliten – ob sie das zu tun beabsichtigen oder nicht.

Diese neuen informellen Eliten werden häufig von den alten Eliten, die sich zuvor in verschiedenen Gruppen der Bewegung ausgebildet hatten, als Bedrohung wahrgenommen. Dabei handelt es sich um eine korrekte Wahrnehmung. Solche politisch orientierten Netzwerke geben sich selten damit zufrieden, bloße »Studentinnenverbindungen« zu sein, wie es viele der alten getan haben, und beabsichtigen, sowohl für ihre anderweitig politischen als auch für ihre feministischen Ideen zu missionieren. Das ist nur verständlich, doch die Implikationen für die Frauenemanzipation sind niemals adäquat diskutiert worden. Die alten Eliten sind nur selten gewillt, solche Meinungsverschiedenheiten offenzulegen, weil das beinhalten würde, das Wesen der informellen Struktur der Gruppe zu enthüllen.

Viele dieser informellen Eliten hatten sich hinter dem Banner des »Anti-Elitismus« und der »Strukturlosigkeit« verborgen. Um gegen die Konkurrenz einer anderen informellen Struktur anzugehen, müssten sie »öffentlich« werden – und diese Möglichkeit ist voller gefährlicher Implikationen. Daher ist es für sie einfacher, ihre Macht zu erhalten, indem sie den Ausschluss der Mitglieder anderer informeller Strukturen in der Form von »Kommunistinnen-Hetze«, »Reformistinnen-Hetze«, »Lesben-Hetze« oder »Hetzen-Hetze« rationalisieren. Die einzige andere Möglichkeit besteht darin, die Gruppe auf eine Weise formell zu strukturieren, dass die alte Machtstruktur dabei institutionalisiert wird. Das ist nicht immer möglich. Es ist dann machbar, wenn die informellen Eliten gut strukturiert gewesen sind und in der Vergangenheit eine ausreichende Menge an Macht inne hatten. Diese Gruppen haben eine Vorgeschichte, in der sie einigermaßen politisch effektiv gewesen sind, da die Festigkeit der informellen Struktur sich als ein adäquater Ersatz für eine formelle Struktur erwiesen hat. Formell strukturiert zu werden verändert ihre Arbeitsweise kaum, die Institutionalisierung der Machtstruktur ermöglicht jedoch deren formelle Herausforderung.

Es sind häufig gerade jene Gruppen, die Strukturierung am nötigsten hätten, die am wenigsten dazu imstande sind. Ihre informellen Strukturen sind nicht allzu gut ausgebildet und das Festhalten an der Ideologie der »Strukturlosigkeit« macht sie widerwillig gegenüber Veränderungen ihrer Taktik. Je unstrukturierter die Gruppe ist, je weniger informelle Strukturen sie hat und je mehr sie der Ideologien der »Strukturlosigkeit« anhängt, umso mehr ist sie dafür anfällig, von einer Gruppe von Genossen übernommen zu werden.

Da die Bewegung als ganze ebenso unstrukturiert ist wie die meisten der sie konstituierenden Gruppen, ist sie auch ähnlich anfällig für indirekte Einflüsse. Aber das Phänomen manifestiert sich auf eine andere Art. Auf der lokalen Ebene können die meisten Gruppen autonom arbeiten; aber auf nationaler Ebene können nur jene Gruppen etwas organisieren, die landesweit organisiert sind. Daher sind es häufig die strukturierten feministischen Organisationen, die den feministischen Aktivitäten im Land die Richtung vorgeben, und diese Richtung wird bestimmt von den Prioritäten dieser Organisationen. Gruppen wie NOW (National Organisation for Women) und WEAL (Women's Equity Action League) und einige linke Women's Caucuses sind schlichtweg die einzigen Organisationen, die fähig sind, eine landesweite Kampagne auf die Beine zu stellen.

Die Masse unstrukturierter feministischer Gruppen kann sich aussuchen, diese landesweiten Kampagnen zu unterstützen oder sie nicht zu unterstützen, aber sie sind nicht fähig, eine eigene auf die Beine zu stellen. Auf diese Weise bilden ihre Mitglieder eine Gefolgschaft unter der Führung der strukturierten Organisationen. Die erklärtermaßen unstrukturierten Gruppen haben keine Möglichkeit, aus den enormen Ressourcen der Bewegung zu schöpfen, um ihre Prioritäten zu befördern. Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, zu entscheiden, was ihre Prioritäten sind.

Je unstrukturierter eine Bewegung ist, desto weniger Kontrolle hat sie über die Richtungen, in die sie sich entwickelt sowie über die politischen Aktionen, an denen sie sich beteiligt. Das bedeutet nicht, dass sich ihre Ideen nicht verbreiten. Ein gewisses Interesse der Medien vorausgesetzt und unter günstigen gesellschaftlichen Bedingungen werden sich die Ideen trotzdem weit verbreiten. Aber die Verbreitung von Ideen bedeutet nicht ihre Umsetzung — es bedeutet nur, dass über sie geredet wird. Sofern sie individuell angewandt werden können, wird vielleicht nach ihnen gehandelt werden; insofern ihre Umsetzung aber koordinierter politischer Anstrengung bedarf, wird das nicht der Fall sein.

Solange die Frauenbewegung einer Form von Organisation verpflichtet bleibt, die auf kleine, politisch inaktive Diskussionsrunden unter Freundinnen besteht, werden die größten Probleme der Strukturlosigkeit nicht zu spüren sein. Aber diese Weise der Organisation hat ihre Grenzen; sie ist politisch ineffektiv, exklusiv, und diskriminierend gegenüber Frauen, die nicht in die Freundschaftsnetzwerke eingebunden sind oder es nicht werden können. Diejenigen, die aufgrund von Klasse, Race, Beruf, Bildung, Elternschaft oder Partnerschaft, Persönlichkeit etc. nicht in das Bestehende hineinpassen, werden unvermeidlich entmutigt, zu partizipieren. Und diejenigen, die hineinpassen, werden eigennützige Interessen ausbilden, die Dinge so zu belassen, wie sie sind.

Die eigennützigen Interessen der Eliten werden von den existierenden informellen Strukturen aufrechterhalten werden und die Bewegung wird keine Möglichkeit haben, zu bestimmen, wer in ihr Macht ausüben soll. Wenn die Bewegung damit fortfährt, bewusst keine Entscheidungen darüber zu treffen, wer Macht ausüben soll, wird sie damit nicht die Macht abschaffen. Sie verzichtet lediglich auf das Recht, die Verantwortlichkeit derer

einzufordern, die Macht und Einfluss ausüben. Wenn die Bewegung damit fortfährt, die Macht so zerstreut wie möglich zu halten, weil sie weiß, dass sie keine Verantwortlichkeit von jenen einfordern kann, die sie innehaben, so verhindert sie zwar die vollständige Dominanz einer Gruppe oder Person, aber sie stellt damit zugleich auch die Ineffektivität der Bewegung sicher. Es muss ein Mittelweg zwischen Dominanz und Ineffektivität gefunden werden.

Diese Probleme spitzen sich derzeit zu, weil sich das Wesen der Bewegung notwendig verändert. Consciousness-Raising beginnt als die Hauptfunktion der Frauenbewegung obsolet zu werden. Infolge intensiver Berichterstattung der Presse in den vergangenen zwei Jahren und der zahlreichen, allgemein verfügbaren Bücher und Artikel, die jetzt im Umlauf sind, ist die Frauenemanzipation zu einem Alltagsbegriff geworden. Ihre Fragen werden diskutiert und es bilden sich informelle Diskussionsgruppen von Leuten, die keine direkte Verbindung zu irgendwelchen Gruppen der Bewegung haben. Die Bewegung muss zu neuen Aufgaben voranschreiten. Sie muss jetzt ihre Prioritäten festhalten, ihre Ziele artikulieren und sie auf eine koordinierte Weise verfolgen. Dafür muss sie sich organisieren — lokal, regional und landesweit.

PRINZIPIEN DEMOKRATISCHER STRUKTURIERUNG

Hängt die Bewegung einmal nicht mehr so hartnäckig an der Ideologie der »Strukturlosigkeit«, ist sie frei, diejenigen Organisationsformen auszubilden, die sich am besten für ihr Funktionieren eignen. Das bedeutet nicht, dass wir zum anderen Extrem übergehen und die traditionellen Organisationsformen unbesehen übernehmen sollten. Aber wir sollten sie auch nicht unbesehen verwerfen. Einige der traditionellen Techniken werden sich als nützlich erweisen, wenn auch nicht als perfekt; einige werden uns Einsichten darin verschaffen, was wir tun und was wir vermeiden sollten, um bestimmte Ziele bei minimalem Aufwand für die einzelnen Mitglieder der Bewegung zu erreichen. Vor allem werden wir mit verschiedenen Arten der Strukturierung experimentieren und eine Vielfalt von Techniken entwickeln müssen, die sich für verschiedene Situationen eignen. Das Los-System ist eine solche Idee, die aus der Bewegung hervorgegangen ist. Es ist nicht in allen Situationen anwendbar, aber für manche ist es nützlich. Es werden andere Ideen der Strukturierung benötigt. Damit wir beginnen können, vernünftig zu experimentieren, müssen wir akzeptieren, dass Strukturen nicht an sich schlecht sind — sondern bloß ihr exzessiver Gebrauch.

Während wir uns an diesem Trial-and-Error-Prozess betätigen, können wir einige Prinzipien im Gedächtnis behalten, die für demokratische Strukturierung essenziell und dabei politisch effektiv sind:

1) Delegation einer bestimmten Autorität über bestimmte Aufgaben an bestimmte Individuen durch demokratische Verfahren. Zuzulassen, dass Leute Arbeiten oder Aufgaben nur gewohnheitsmäßig aufgrund fehlender Alternativen übernehmen, hat zur Folge, dass sie nicht zuverlässig erledigt werden. Werden Leute dafür gewählt, eine Aufgabe zu übernehmen, vorzugsweise nachdem sie Interesse oder Willen bekundet haben, so sind sie eine Verpflichtung eingegangen, die nicht so einfach ignoriert werden kann.

2) Verantwortlichkeit derer, denen Autorität übertragen worden ist, gegenüber jenen, die sie gewählt haben. Indem sie dies verlangt, übt die Gruppe Kontrolle über ihre Delegierten aus. Mögen auch Individuen die Macht ausüben, so ist es doch die Gruppe, die das letzte Wort darüber spricht, wie die Macht ausgeübt werden soll.

3) Verteilung von Autorität unter so viele Menschen wie vernünftigerweise möglich. Das verhindert Monopolisierung von Macht und verlangt von jenen, die Macht innehaben, sich im Prozess ihrer Ausübung mit vielen anderen abzusprechen. Außerdem wird so vielen Leuten die Gelegenheit gegeben, Verantwortung für bestimmte Aufgaben zu übernehmen dabei verschiedene Fähigkeiten auszubilden.

4) Rotation von Aufgaben unter den Einzelnen. Verantwortlichkeiten, die zu lange von einer Person getragen werden — sei es formell oder informell — erscheinen als »Eigentum« dieser Person und können nicht so einfach abgegeben oder von der Gruppe kontrolliert werden. Rotieren Aufgaben umgekehrt zu häufig, haben die Einzelnen nicht genug Zeit, sich einzuarbeiten und das befriedigende Gefühl zu erlangen, dass sie gute Arbeit leisten.

5) Zuweisung von Aufgaben anhand rationaler Kriterien. Eine Person in eine Position zu wählen, weil sie von der Gruppe gemocht wird oder ihr harte Arbeit aufzutragen, weil sie nicht gemocht wird, dient auf lange Sicht weder der Gruppe noch der Person. Fähigkeiten, Interesse und Verantwortlichkeit müssen bei der Wahl ausschlaggebend sein. Leuten soll die Gelegenheit gegeben werden, sich neue Fähigkeiten anzueignen, aber das lässt sich besser über irgendeine Art von Einarbeitungsprogramm erreichen als durch einen Stoß ins kalte Wasser. Für etwas zuständig zu sein, in dem man nicht gut ist, wirkt demoralisierend. Umgekehrt von Aufgaben ausgeschlossen zu werden, die man gut macht, ermutigt nicht gerade dazu, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Frauen sind die meiste Zeit der Menschheitsgeschichte dafür bestraft worden, dass sie kompetent waren; die Bewegung braucht das nicht zu wiederholen.

6) Verbreitung von Information an alle und zwar so oft wie möglich. Information ist Macht. Zugänglichmachen von Information heißt Ermächtigung. Wenn ein informelles Netzwerk neue Ideen und Information unter sich verbreitet, so befindet es sich bereits in einem Prozess der Meinungsbildung — ohne dass die Gruppe daran teilhat. Je mehr man darüber weiß, wie was funktioniert und was passiert, desto effektiver kann man politisch arbeiten.

7) Gleicher Zugang zu den von der Gruppe benötigten Ressourcen. Das ist nicht immer vollständig durchführbar, sollte jedoch angestrebt werden. Ein Mitglied, das ein Monopol über eine benötigte Ressource besitzt (etwa eine dem Ehemann gehörige Druckerpresse oder eine Dunkelkammer) kann die Benutzung dieser Ressource übermäßig beeinflussen. Fähigkeiten und Information sind auch Ressourcen. Die Fähigkeiten der Mitglieder können nur dann richtig verfügbar gemacht werden, wenn diese bereit sind, ihr Wissen weiterzugeben.

Wenn diese Prinzipien angewandt werden, stellen sie sicher, dass alle möglichen von den Gruppen in der Bewegung entwickelten Strukturen auch von ihnen kontrolliert werden und ihnen gegenüber verantwortlich sind. Die Gruppe von Personen, die sich in Machtpositionen befinden, wird divers, flexibel, offen und temporär sein. Sie werden es nicht leicht haben, ihre Macht zu institutionalisieren, weil nämlich die großen Entscheidungen von der Gesamtgruppe getroffen werden. Die Gruppe wird die Macht haben, darüber zu bestimmen, wer in ihr Autorität ausüben soll.

ДРУЖБА!



FREUNDSCHAFT!

Thomas
Zimmermann

EIN DISKUSSIONSBEITRAG ZU JO FREEMANS TYRANNEI DER STRUKTURLOSIGKEIT

Die *Tyrannie der Strukturlosigkeit* ist ein beeindruckendes Zeugnis der Selbstreflexion und Selbstkritik einer im Aufbau befindlichen emanzipatorischen Bewegung. Jo Freeman leistet darin eine Analyse der Defizite einer hauptsächlich auf Basis von Freundeskreisen voranschreitenden Organisation, die in Sachen Erfahrungsgehalt und Prägnanz ihresgleichen sucht. Man müsste sich schon sehr versteifen, um in ihrer Auseinandersetzung der Machtdynamiken und Ausschlussmechanismen politischer Freundeskreise nicht auch eine Vielzahl eigener Erlebnisse reflektiert zu finden. Im selben Moment aber fällt es schwer, sich ganz des Gefühls zu erwehren, dass die Autorin dabei einer Reihe anderer, andersartiger Erfahrungen nicht gerecht wird. Das hätte aber zu bedeuten, dass Freemans Analyse in aller ihrer Plausibilität, die ihr nicht abgesprochen werden kann, doch nur die eine Seite einer in Wirklichkeit noch vertrackteren Situation zur Darstellung bringt. Die Konturen dieser Problemstellung sollen im Folgenden skizziert werden.

Die Freundschaft kommt bei Freeman nicht besonders gut davon. In erster Linie ist sie für sie der Stoff, aus dem Eliten gemacht sind. Denn ihre informellen Kommunikationswege bieten den Angehörigen eines Freundeskreises innerhalb einer politischen Organisation Möglichkeiten der Informationsweitergabe, Meinungsbildung und strategischen Absprache, die sie gegenüber einfachen Gruppenmitgliedern bevorteilen. Zudem neigen diese elitären Cliques dazu, nur solche Personen in sich aufzunehmen, die zu ihnen passen, und tragen damit dazu bei, dass Angehörige bestimmter, häufig ohnehin schon privilegierter Statusgruppen unverhältnismäßig viel Macht und Einfluss für sich in Anspruch nehmen. So haben freundschaftliche Verhältnisse innerhalb politischer Organisationen Freeman zufolge vor allem negative Folgen für die Bewegung, insofern sie Monopolisierung, Homogenisierung und Exklusion bewirken. Entsprechend zielt ihre Argumentation darauf, formelle Organisationsstrukturen zu schaffen, die diese Tendenzen durch inklusive und partizipative Mechanismen kompensieren. Daran ist zunächst einmal nichts auszusetzen. Allerdings müssen wir uns Fragen, ob Freundschaft wirklich hinreichend als Cliqueswesen bestimmt werden kann und ob sich eine Organisation entlang rein politischer Gesichtspunkte wirklich in erster Linie inkludierend auswirkt.

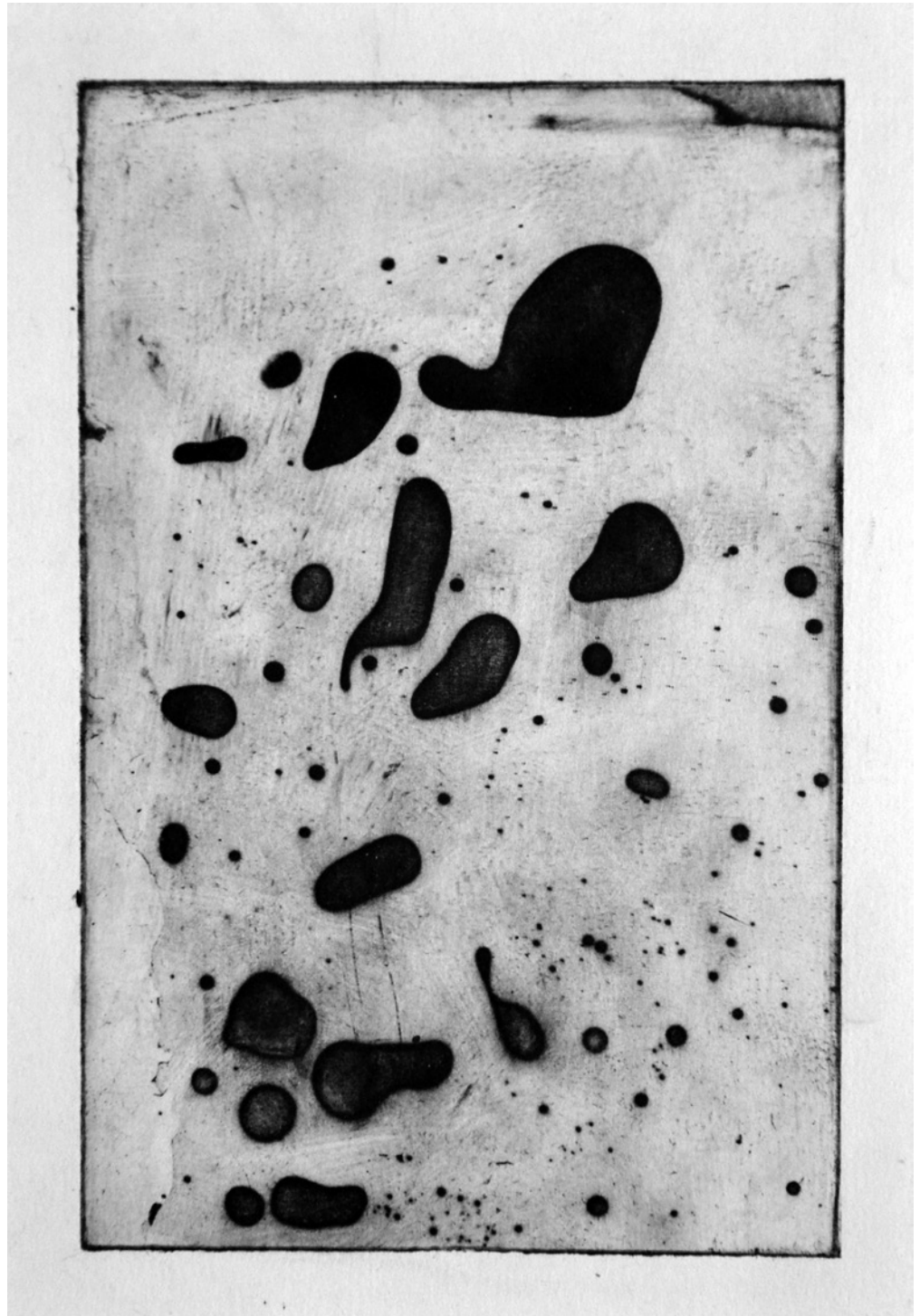
Dabei stoßen wir unweigerlich darauf, dass Organisationsprozesse anhand vermeintlich objektiver und rationaler Größen eigene Ein- und Ausschlussmechanismen aufweisen, die lediglich nicht auf Ebene persönlicher Sympathie, sondern unter Verweis auf eine gemeinsame politische Linie und geteilte soziale Interessen funktionieren. Unzählige Male hat sich die Linke in ihrer Geschichte entlang politischer Differenzen gespalten,

wurden bestimmte Richtungen ausgeschlossen, ihre Angehörigen geächtet und mithin systematischer Gewalt ausgesetzt. Ein Paradebeispiel für diese zerstörerische Dynamik ist sicherlich die Russische Revolution. Deren unheilvolle Tendenz zur Entsolidarisierung, die in den stalinistischen Säuberungen gipfelte, hat Bini Adamczak in *Beziehungsweise Revolution* nun interessanter Weise eben darauf zurückgeführt, dass es im Zuge des revolutionären Geschehens zu einer „Abwertung von sozialer Abhängigkeit und affektiver Bindung“¹ gekommen war. Indem Adamczak die Gefahren einer Marginalisierung der Fähigkeiten zu Fürsorge, Zärtlichkeit und Liebe aufzeigt, benennt sie die positiven, für die Einrichtung einer befreiten Gesellschaft unabdingbaren Anteile jener affektiven freundschaftlichen Verhältnisse, deren Einfluss auf die politische Organisation Freeman gerade einschränken will.

In der Zusammenschau der jeweils von Freeman und Adamczak herausgearbeiteten Problematiken stellt sich uns die organisatorische Herausforderung als eine zweifache dar: erstens muss die durch Freundschaften und andere affektive Bindungen gebildete informelle Struktur so weit von einer expliziten politischen Organisation überformt werden, dass ihre Tendenz zur Cliquesbildung nicht den Zusammenhang der Bewegung unterminiert; zweitens aber muss umgekehrt die Beziehungsweise der Freundschaft auf eine Art kultiviert werden, in der sie die ideologische Aufspaltung der Bewegung unterbinden kann. So wenig, wie die Formen politischer Organisation darauf festgelegt sind, unterdrückend zu wirken, so müssen sich auch affektive Bindungen keineswegs in erster Linie in Form von Homogenisierung und Ausschluss betätigen. Und so wenig wir uns durch die Gefahr des Missbrauchs politischer Formen davon abbringen lassen dürfen, uns zu organisieren, so wenig dürfen wir die Möglichkeit manipulativer Instrumentalisierung von Freundschaften dafür zum Anlass nehmen, uns selbst unserer Fähigkeit zum Kommunismus zu berauben.

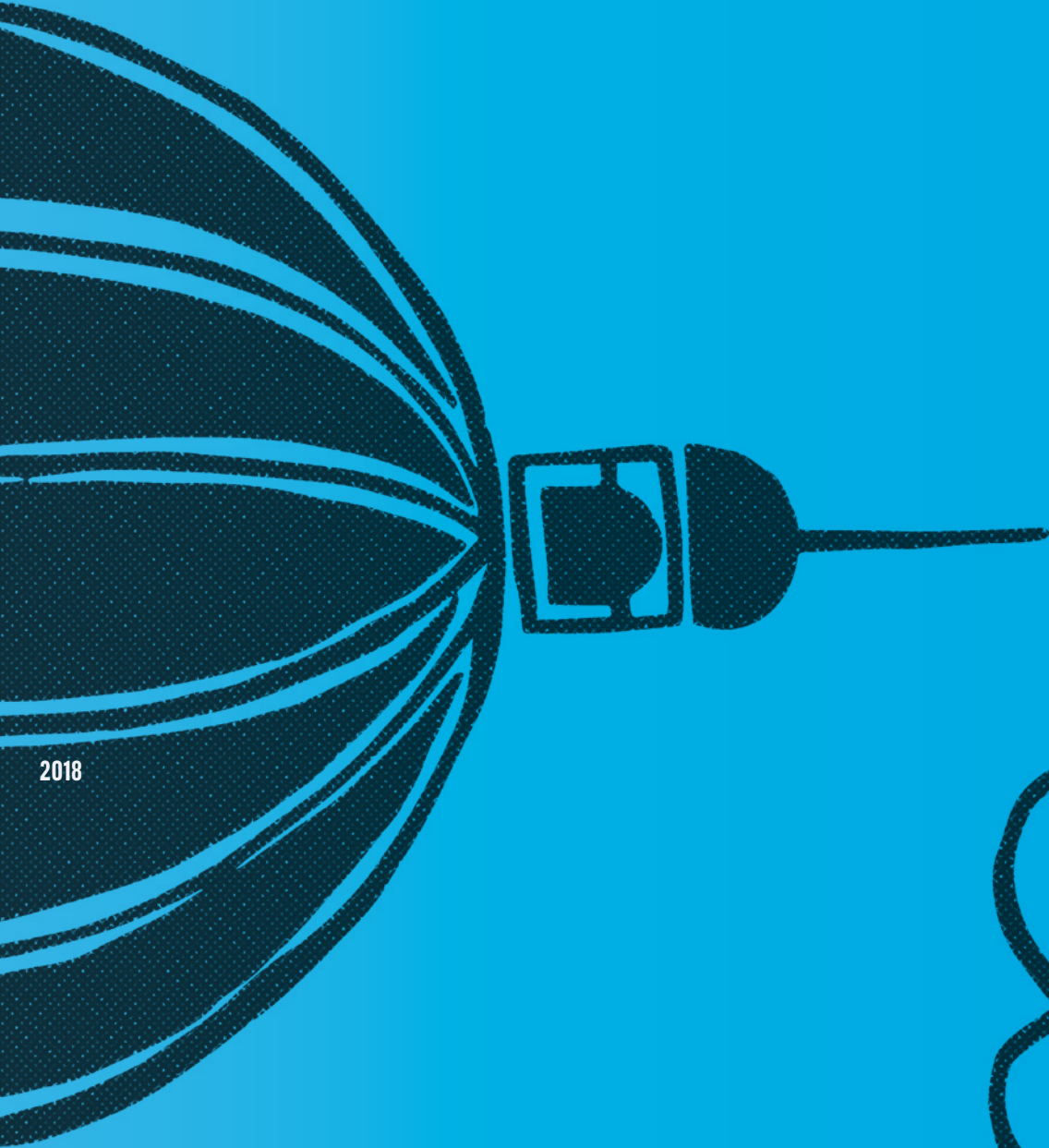
Auf sich allein gestellt sind die politischen Organisationsformen und sozialen Beziehungsweisen, die uns heute zur Verfügung stehen, dafür anfällig, in verschiedene Arten der Spaltung und des Ausschlusses umzuschlagen. Eine experimentelle Suche nach neuen politischen Formen, wie sie Freeman vorschlägt, und die Arbeit an unseren persönlichen Beziehungsweisen, der Adamczak das Wort redet, werden diese Gefahren vielleicht auf lange Sicht reduzieren können. Bis auf weiteres können wir jedoch nicht darauf hoffen, die jeweiligen Vorzüge der politischen und persönlichen Verhältnisse ohne die dazugehörigen Nachteile haben zu können. Für die Zwischenzeit müssen wir auf eine multistabile Ordnung setzen, in der die organisatorische Struktur die Mitglieder einer Gruppe auch persönlichen Abneigungen zum Trotz beisammen halten und ein zu pflegendes Netzwerk von Freundschaften zugleich ihre politischen Differenzen überbrücken kann.

¹ Adamczak, Bini: *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*, Berlin 2017, S. 168.





OUJI



2018



VIRTUELLE NORMALITÄT

Joana
Splieth

HELDEN GIBT ES IN JEDER ART UND FORM.

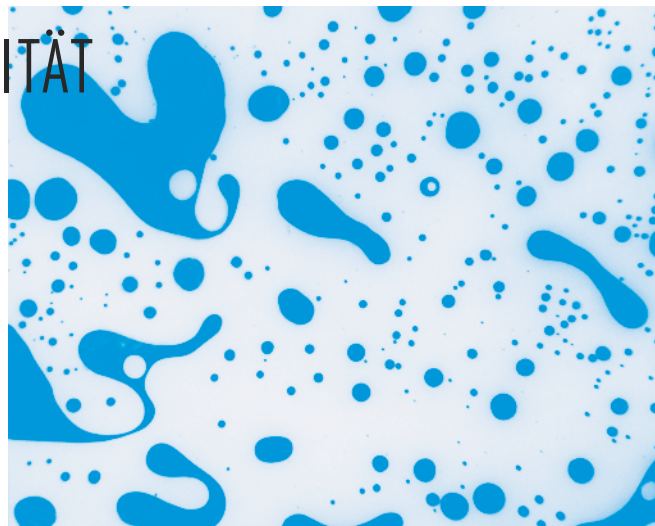
ABENTEUER WARTEN ÜBERALL.

GEMEINSAM SEID IHR STARK.

In der Online-Spielwelt von *World of Warcraft* sollen diese Sätze Wirklichkeit werden. Wie von der Werbung versprochen, will man direkt eintauchen, den eigenen Avatar erstellen, sie* nach dem individuellen Gusto ankleiden und dann losleben. Die Welten erkunden, von Level zu Level aufsteigen, dabei tolle Items sammeln, andere Spieler*innen kennenlernen, zusehen, wie sich die eigenen Skills verbessern, und am Ende auf Monate, wenn nicht Jahre an Spiel- bzw. Lebensgeschichte als *Blood Elf Priest* zurückblicken. In dieser neuen Welt soll nichts aus der ursprünglichen Realität eine Rolle spielen: Vergnügen statt Arbeit, Freund*innen auf der ganzen Welt, Erfolg und Fun.

Der Plot Twist ist voraussehbar: Statt der Utopie einer einladenden Gesellschaft, in der die totale Happiness auf dem Programm steht, ist oft das Gegenteil der Fall. Viel zu häufig übertragen sich soziale und ökonomische Probleme in die virtuellen Räume – die Regeln und Strukturen der »realen« Welt sind nicht plötzlich außer Kraft gesetzt.

Selbst als mächtiger *Priest* einer Gilde zwingt einen die Ökonomie von *WoW* so z.B. zum *Goldfarmen*. Zur Zusammenstellung der eigenen Ausrüstung aus unzähligen und teilweise für das Spiel dringend notwendigen Items – wie dem Gürtel aus lebendigem Stahl – benötigt der Avatar Kapital und damit *Gold* – die Ingame-Währung des Spiels. Die vielleicht ursprünglich hoch motivierten *Gnome*, *Pandaren* und *Blutelfen* sind dadurch regelmäßig dazu angehalten, in stundenlangem nervenaufreibender Arbeit Kräuter oder Wolken zu sammeln bzw. zu *farmen*. Zwangsläufig entsteht hier ein Bedürfnis, den Prozess abzukürzen, weswegen manche Bewohner*innen von *WoW* damit beginnen, Gold außerhalb des Spiels auf Online-Plattformen an Spieler*innen weiterzuverkaufen, die weder Zeit noch Geduld haben, stundenlang *Arctic Clouds* zusammenzutragen. Zeitgleich zu dieser Entwicklung findet ein »Offshoring« des *Goldfarmens* in andere Länder mit niedrigeren Strompreisen und billigeren Arbeitskräften statt. Kapitalistische Mechanismen verknüpfen sich hier mit den neuen Märkten digitaler Welten. Zusätzlich schwappen Ängste und Stereotypisierungen, die den Logiken der globalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung entstammen, in die Spielwelt über. So besagt ein Gerücht, dass vor allem chinesische *Goldfarmen* den Offshore-Markt von *WoW-Gold* beherrschen. Durch halbwissenschaftliche Artikel und akademische Zitierzirkel perpetuiert und legitimiert sich diese Annahme, welche die Vorurteile in der *WoW*-Welt *Azeroth* gegenüber »chinesischen *Goldfarmer*innen*« nur weiter manifestiert. Ihnen



wird u.a. vorgeworfen, das Spielvergnügen der anderen Spieler*innen durch ihre Arbeit zu mindern. Immer wieder kommt es daher im Spiel zu rassistischen Kommentaren und Übergriffen gegenüber chinesischen Spieler*innen, die des *Goldfarmens* verdächtigt werden. Dass ca. 22% der Fun-Spieler*innen den arbeitenden *Goldfarmer*innen* ihre Produkte abnehmen und damit Teil des ökonomischen Phänomens sind, wird mehrheitlich gekonnt ignoriert. So reproduzieren sich diskriminierende und ökonomische Verhältnisse der realen Welt in den neuen, vermeintlich unbelasteten und freien virtuellen Räumen.

Selbstverständlich lassen auch monopolistisch motivierte Abschlussmechanismen der Spielehersteller*innen nicht lange auf sich warten: In Zusammenarbeit mit Paypal und anderen Internetdiensten wie Ebay, geht Blizzard (die Entwicklungsfirma von *WoW*) seit geraumer Zeit gezielt juristisch gegen *Goldfarmer*innen* vor. Es geht dabei vor allem um die Frage, wer die Welt von *WoW* ökonomisch verwerten darf. Hier bedient sich die Firma der stereotypischen Vorurteile und Abneigungen gegenüber »chinesischen *Goldfarmer*innen*« als Legitimation, um ihren eigenen Profit zu sichern bzw. auszuweiten. Denn die Firma schließt nicht nur konsequent *Goldfarmer*innen* aus und verbietet automatisierte Bots zum *Farmen*, sondern bietet stattdessen seit einiger Zeit die von ihr selbst kontrollierte und ins Spiel integrierte Möglichkeit an, Echtgeld per Token in *WoW-Gold* umzutauschen.

Es drängen sich die Fragen auf: Wem steht der Anspruch zu, diese Welten zu gestalten? Wer macht die Regeln? Wer wird ausgeschlossen bzw. wer darf mitreden? Weniger die Bewohner*innen als die Spielefirmen, soviel ist klar. Denn die Online-Welten sind eben nicht nur Vergnügen, Freunde und Erfolg, sondern Teil einer umfassenden Gaming-Industrie und damit eines riesigen Kapitalkomplexes, der in den USA jährlich zweistellige Milliardenbeträge erwirtschaftet. Überzeugende Pläne, Online-Welten wie *WoW* zu demokratisieren, mehr Mitspracherecht für alle an der Gestaltung des Spiels einzufordern und benachteiligte Minderheiten zu schützen, gibt es nicht. Möchte man Kritik äußern, kann man zwar die Firma kontaktieren oder sich im *WoW-Forum* auslassen, konkrete Folgen ergeben sich daraus jedoch meistens nicht. Es bleibt als einzige radikale Kritik nur die Möglichkeit, aus dem Spiel auszutreten und nach anderen Online-Welten zu suchen, die einem bessere Versprechen machen.

**THINK IT.
BUILD IT.
PLAY IT.**

Das Startup Chimaera ist der Versuch, einen solchen Ort zu schaffen. Die erste Developer-Plattform von Blockchain Games könnte als zukünftiges Sammelbecken für *WoW*-Aussteiger*innen funktionieren. Im Gegensatz zum Heldentum und Fun-Image von *WoW* gibt sich Chimaera mit seinem Internetauftritt allerdings eher verrückt und widerständig. Der Versuch ist klar: Cyberpunk. Vor einer rot-schwarzen urbanen Dystopie steht ein starker, weiblicher Androide, der sich mutig der düsteren Stadtzenerie entgegenstellt – das heldenhafte Startup gegen die Großmacht der finsternen Spielefirmen. Nervenkitzel pur.

Als widerständig wird verkauft, dass die Entwicklung von Spielen durch die Blockchain-Technologie nicht mehr auf zentrale Server und die damit einhergehende kostenintensive Infrastruktur angewiesen ist. Stattdessen soll durch die dezentrale Speicherung von Datensätzen eine von den großen Online-Gamingfirmen unabhängige Spieleentwicklung möglich sein. Entwickler*innen, die gleichzeitig auch Spieler*innen sein können, ist so die Möglichkeit gegeben, selbst Verantwortung für die von ihnen bewohnten und erschaffenen Welten zu übernehmen. Eine vorherrschende Instanz – wie eine Spielefirma, die das Game so gestaltet, dass es ihrer eigenen Profitmaximierung dient und nicht den Spieler*innen – soll es so nicht geben können. Der damit erzeugte neue Space im Internet nennt sich dann *DAU*: Dezentralised Autonomous Universe. Denn hier geht es nicht mehr nur um eine etwa auf den Kontinent *Azeroth* beschränkte Online-Welt, sondern um eine Pluralität sich selbst verwaltender und vernetzender Spiele.

Aber natürlich wird nicht alles von allen geteilt. Eigentumsrechte an Accounts und Items gehören den Spieler*innen selbst und werden durch die Legitimationsverfahren der Blockchain garantiert. Währungen können individuell etabliert werden und sollen anschließend mit der Chimaera-Währung *Chi* kompatibel sein. Atomic-Trading ist der Begriff, mit dem die Sicherung von transparentem Handel mit virtuellen Assets bezeichnet wird. Durch einen Algorithmus soll gewährleistet werden, dass Eigentümer*innen, die mit ihrem digitalen Eigentum handeln wollen, nicht mehr auf eine dritte vermittelnde Instanz bei Ihren An- und Verkäufen vertrauen müssen. Die libertäre Blockchain-Ideologie verspricht so die Selbstermächtigung der Nutzer*innen. Anarchokapitalismus und kalifornische Ideologie. Finanziert wird das Vorhaben jedoch weiterhin durch Nutzungsgebühren und Kommissionen für Crowdfunding. Man ahnt, dass hier nicht in erster Linie eine Ermächtigung der Spieler*innen, sondern eine Kapitalisierung des von anderen Online-Games frustrierten Bedürfnisses nach Mitsprache versucht wird. Die Plattform wirkt zudem mit ihrem Fokus auf virtuellen Handel eher wie ein Mittel zur Absicherung von Spekulationen in digitale Objekte. Sozialen Problemen wie Exklusion, Ausbeutung, Rassismus und Harassment wird keine Beachtung geschenkt. Die naiv-libertäre Idee, dass sich alle anderen Probleme lösen werden, wenn erst das Eigentum und der Handel gesichert und transparent sind, ist hier Prinzip.

Wer sich nach digitalen Welten im Internet umschaute, in ihnen eine spannende Zufluchtsstätte oder teils sogar das Aufbegehren gegen die Strukturen der »realen« Welt sieht, muss also vorerst enttäuscht bleiben. Denn der versprochene Fun und das renitente Abenteuer entpuppen sich in ökonomischer und viel zu oft auch in sozialer Hinsicht als allzu real: So wie offline erwarten uns auch online Communities, die sich gesellschaftlichen Problemen gegenüber blind zeigen und stattdessen den technologischen Fortschritt als Lösung für alles ansehen, oder Technokapitalistische Privatwelten.

KLARHEIT SCHAFFEN (204)

**Nora
Hillermann**

25

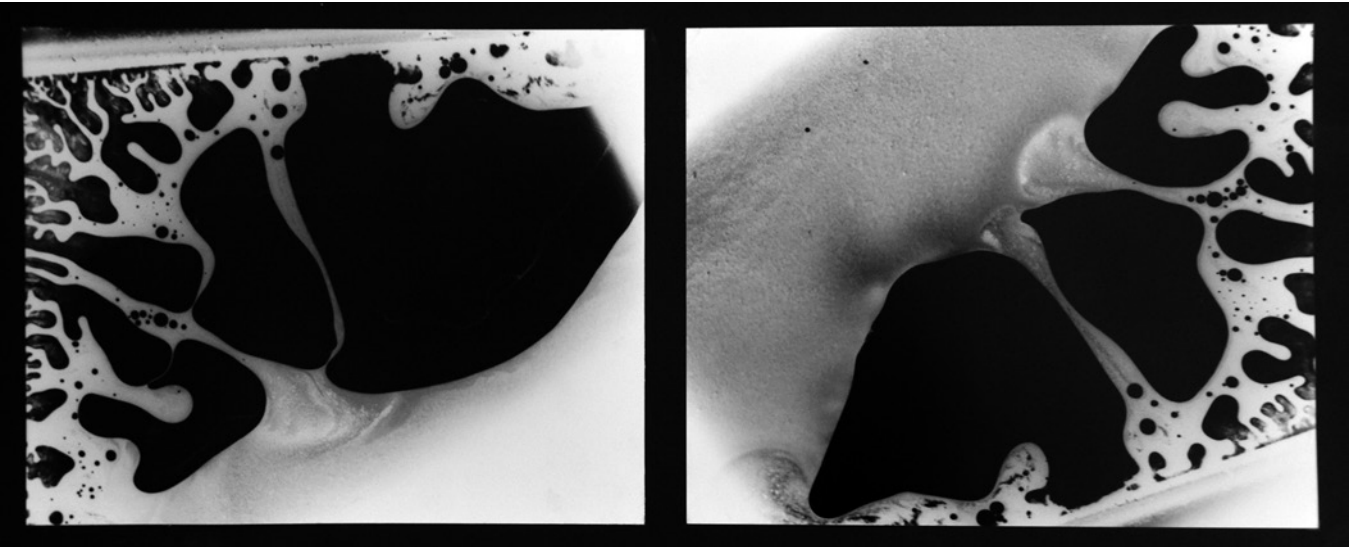
dass ein
bekenntnis,
radikal zu sein
grund
zu beleidigung,
ausgrenzung,
abfälliger bemerkung ist,
bedeutet doch
es ist an uns,
nicht unsern lippen
strichform
zu verleihen,
sondern
all dem festgefahrenen
denken
klar zu machen,
was hinter diesen
lettern sich
verbirgt.

denn radikalsein
heisst,
die dinge
ernst zu meinen.
(nicht etwa
todesernst,
denn mordgedanken
mögen andre
hegen —
das radikal allein
entfesselt
sie noch nicht)

denn radikalsein
heisst,
die dinge
unbeschönigt, unbereinigt, unverblümt,
genau so
auszusprechen, zu benennen,
wie sie sind.

denn radikalsein
heisst,
in jedem augenblick
das waffenarsenal
der präzision
(das nicht verletzt,
das lediglich
aufdeckt, aufrüttelt, aufbricht)
mit all der schärfe,
die es in sich trägt,
hervorzuholen,
es unser
denken, sprechen, handeln,
ganz zerlegen
lassen, bis
wir unsrer selbst
und dem, was uns
umgibt
gewisser sind
als noch zuvor.

zur definition der radikalität nach mar-
garete stokowski in *untenrum frei* (kapi-
tel sechs — eine poesie des »fuck you«)
auf seite zweihundertvier.



UNTER DEN TRÜMMERN: DER KOMMENDE KOMMUNISMUS

Olga
Montseny

BINI ADAMCZAK ÜBER DAS WOMÖGLICHE GELINGEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION

»Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.«

Emma Goldman

Was wäre wenn? Mit dieser Frage kann man sich schonmal das Hirn zermartern. Was wäre, wenn ich mich gestern nicht schon wieder betrunken hätte? Dann hätte ich diese Rezension heute vielleicht besser schreiben können. Dem ist aber nicht so. Und damit scheint die Sache erledigt. Das Recht scheint immer auf der Seite der Sieger (hier des Katers) zu stehen, weil diese die Realität für sich in Anspruch nehmen können. Was Existenz und Sein hat und nicht in so luftigen Sphären wie dem Möglichen herum schwirrt, wirkt unmittelbar überzeugender, legitimer. Es konnte sich durchsetzen. Folgt daraus, dass ich eine hoffnungslose Alkoholikerin bin? Dass es nur eine weltfremde Träumerei ist, dass auch das Wesen der guten Rezensentin hätte existieren können?

Die Frage nach dem Möglichen stellt sich aber nicht nur in der Diagnostik individueller Abhängigkeiten, sondern auch weltgeschichtlich. Ebenso sind Trunkenheit und Kater nicht schlechthin individuelle Phänomene, sondern auch als Ereignisse von historischem Ausmaß anzutreffen. Was wäre etwa gewesen, wenn der Kater, der nach dem zügellosen Besäufnis einsetzen musste, in das der Sturm auf das Winterpalais am 25. Oktober 1917 mündete, noch etwas länger angehalten und auch die Spitzen der Bolschewiki bis hin zu Lenin und Trotzki erfasst hätte?¹ Hätte deren neurotische Fixierung auf Disziplin durch die Nachwirkungen dieses Ereignisses absoluter Disziplinlosigkeit etwas gelockert werden und die Oktoberrevolution einen anderen Verlauf nehmen, das böse Erwachen im Stalinismus verhindert werden können?

Nicht unmittelbar diese, jedoch die sie umfassende Frage nach dem möglichen Gelingen der Russischen Revolution ist es, die Bini Adamczaks 2017 – also zum hundertjährigen Jubiläum – erschienenen Buch *Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman* antreibt und strukturiert. Sie konstruiert dabei eine Eventualgeschichte der Russischen Revolution, die akribisch nach jenen Stellen sucht, an denen der rote Faden der Geschichte der Herrschaft und der Sieger hätte durchtrennt werden können. Damit setzt sie an der Stelle jener historischen Aporie an, in der ihr Buch *GESTERN MORGEN* (2007) nach einer gnadenlosen Durcharbeitung der stalinistischen Konterrevolution verzweifelt endete. Nämlich der Aporie einer jeden Revolution, wie sie sich für die Russische im Kronstädter Aufstand und seiner Niederschlagung konzentriert: Wie besiegt man die Konterrevolution, ohne in diesem Siegen die Revolution zu töten, also selbst zur Konterrevolution zu werden? Wie gewinnt man, ohne zu scheitern? »Müssen die Kronstädterinnen der Zukunft nicht gegen die

Leninistinnen der Zukunft die Waffen erheben, misstrauisch ihnen gegenüber, ihre Verhandlungsangebote ausschlagend, in die Offensive gehen und die Leninistinnen liquidieren, bevor diese sie liquidieren können? Müssen die Kronstädterinnen der Zukunft also Leninistinnen werden?² Gegen die so gestellte Aporie begehrt Adamczak auf. »Es gibt geschichtliche, gemachte Bedingungen, unter denen das Rätsel der Revolution sich lösen lassen muss. Aber das Lösen des Rätsels selbst ist, zumindest eine, Bedingung für das Gelingen der Revolution – der nächsten Revolution.«³ Adamczaks neues Buch widmet sich nun dieser Lösung, womit auch klar ist, was über die historische Betrachtung hinaus dessen Intention ist: das Gelingen der nächsten Revolution.

Die Eventualgeschichte ist dabei keine Träumerei, wie alles hätte gut ausgehen können – keine Märchenstunde für verzweifelte Revolutionärinnen also –, sondern sie versucht, die Skylla der Niederlage und die Charybdis des Scheiterns innerhalb der realgeschichtlichen Möglichkeiten zu umschiffen. Das Buch »bemüht sich somit nicht um den wiederholten Nachweis, dass Geschichte kontingent ist, sondern um einen real möglichen Ausweg aus dem revolutionären Dilemma.«⁴ Der Wunsch und Wille, dieses Dilemma aufzulösen und damit eine der Bedingungen für die nächste Revolution zu schaffen, verleitet Adamczak allerdings keineswegs dazu, die Aporie einfach zu schlichten. Auch wenn *Der schönste Tag* bereits einen helleren, hoffnungsvolleren Klang hat als *GESTERN MORGEN* und die Autorin am Ende tatsächlich Lösungen anbietet, so erscheinen diese doch erst nach der Durcharbeitung der Dilemmata und Aporien des revolutionären Aufbruchs – und dabei stets als äußerst prekär.

Das beeindruckende an Adamczaks historischen Arbeiten ist, wie sie es ausgehend von Walter Benjamins Geschichtsverständnis unternimmt, die Geschichte der Russischen Revolution wirklich »gegen den Strich zu bürsten.«⁵ Darin unterscheidet sich ihre Arbeit auf inspirierende Weise von den meisten sonstigen Publikationen zur Kritischen Theorie, da sie diese nicht zum hundertsten Mal metatheoretisch reflektiert, sondern am historischen Material, an der konkreten Konstellation der Russischen Revolution *anwendet*. Zudem bearbeitet Adamczak einen Gegenstand, der innerhalb der Linken heute entweder gar nicht, stiefmütterlich oder mit wenig Wissen, aber umso festgefahreneren Positionen verhandelt wird: die Russische Revolution und die Sowjetunion. Sie erweist sich insbesondere darin als

historische Materialistin, dass es ihr gelingt, aus jenem Kontinuum der Herrschaft, dass sich auch nach der Oktoberrevolution fortsetzen wird, jenen Anfang und jene Tendenzen herauszupressen, die mit anderen Möglichkeiten aufgeladen waren und sich diesem Ende widersetzen. Durch die Fülle des von ihr bewältigten Materials hindurch, ist sie von jenem Anspruch geleitet, den Benjamin für eine historische Materialistin formuliert: »im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der davon durchdrungen ist: auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.«⁶ Bis heute. Deswegen richtet sich das Buch gegen beide, Stalinismus und Antikommunismus, da beide letztlich ein und derselben identifizierenden Logik folgen, die von den Siegern der Geschichte formuliert wurde: es gab nur einen Kommunismus, und zwar den stalinistischen.⁷ Gegen diese Vereinnahmung, die die Erinnerung an jene auslöscht, die sich eine andere Zukunft der Russischen Revolution nicht nur erhofften, sondern auch praktisch für sie kämpften, allerdings der autoritären Entwicklung unterlagen, ist Adamczaks Buch gerichtet. Es will die Erinnerung daran wiederbeleben, dass die Russische Revolution der leuchtendste Hoffnungsfunken der Menschheitsgeschichte war — eine siegreiche kommunistische Revolution, zumindest in ihrem Anfang.

Dem Anfang der Russischen Revolution waren mehr Möglichkeiten eingeschrieben, als bloß der lineare Weg zur Parteidiktatur. Allein diesem zu folgen, hieße daher, die Hoffnung ein zweites Mal zu töten, den Anfang auf sein Ende, auf das Werden zu seinem Resultat zu reduzieren. Um die Wahrheit des Roten Oktober zu bergen, muss man nicht seiner realen, historischen Bewegung folgen, seiner stattgefundenen Entwicklung, sondern man muss jene Abzweigungen aufzeigen, jene anderen Verläufe freilegen, die sich nicht entfalten konnten, sondern die abgeschnitten und unter den Trümmern des Fortschritts verschüttet wurden. Adamczak unternimmt jenen »Tigersprung ins Vergangene«⁸, der die Wahrheit nicht im Resultat, sondern in jenen Anfängen sucht, die nicht haben Resultat werden können.

Ihr Buch, das dem Anarchisten Alexander Berkman gewidmet ist, beginnt daher mit dessen Ankunft im revolutionären Russland des Jahres 1920, nachdem er mit Emma Goldman und anderen Revolutionärinnen aus den USA deportiert worden war. Für Berkman war die Ankunft auf sowjetischem Boden — dem Land der Revolution — nach Selbstauskunft in seinem Tagebuch der schönste Tag seines Lebens.⁹ Die »Hoffnungen der Menschheit« auf Erlösung, die nach Goldman der revolutionären Sowjetunion innewohnen, sollten schnell enttäuscht werden. Ausgehend von der Hoffnung und dem Enthusiasmus, die die kommunistische Revolution sogar bei Anarchistinnen entfachte, verfolgt Adamczak jene Tendenzen der Russischen Revolution, die einen anderen als ihren autoritären Ausgang ermöglicht hätten.

Um diese Tendenzen freilegen zu können, räumt sie erst einmal mit jenem Mythos auf, der sowohl von den Bolschewiki inszeniert als auch von Antikommunisten übernommen wurde, wonach die Revolution von 1917 ein »singuläres Ereignis« gewesen sei: die Erstürmung des Winterpalais im Geiste von Marx.¹⁰ »Stattdessen war die Revolution ein Ensemble vieler Revolutionen, einander widersprechenden und sich wechselseitig beeinflussenden, die sich in Wellen über das riesige russische Reich und seine Grenzen hinaus bewegten.«¹¹ Aus dieser Vielzahl von revolutionären Aufbrüchen ergibt sich natürlich auch eine Pluralität möglicher Zukünfte, möglicher Auswege aus dem revolutionären Dilemma.¹² Weil sich die Eventualgeschichte an den realhistorischen Konstellationen orientiert, folgt Adamczaks Freilegung möglicher Auswege jenen Forderungen, die in dem Ensemble von Revolutionen selbst erhoben wurden und an denen entlang sich die Konfliktkonstellationen arrangierten: »Land!«, »Frieden!« und »Alle Macht den Räten!«¹³

Aufgrund ihres verkärrten Zustands beschränkt sich die Rezensentin an dieser Stelle auf die Diskussion der letzten Forderung — insbesondere auch aus dem Grund, dass sie sie für jeden kommenden Kommunismus für essenziell erachtet.

Die Aporie der Russischen Revolution stellt sich in dieser Hinsicht als Widerspruch zwischen Rätedemokratie und Parteidiktatur bzw. als »Dialektik von Autoritarismus und Antiautoritarismus der Revolution«¹⁴ dar. Für sie steht das »Geschichtszeichen Kronstadt«¹⁵, hinter dem sich der blutig niedergeschlagene Aufstand der dort stationierten Matrosinnen gegen die bolschewistische Parteidiktatur verbirgt. Alexander Berkman widmete diesem Ereignis in seiner Aufsatzsammlung *The Russian Tragedy* das letzte Kapitel — mit der Niederschlagung endet die Tragödie. Die Hoffnungen des rätedemokratischen Aufbruchs 1917 werden mit der Hoffnung auf eine Rückkehr zur Rätedemokratie 1921 nach einem langen, die Revolution aufzehrenden Bürgerkrieg endgültig im Blut der Kronstädterinnen ertränkt, die diese Rückkehr forderten. Nur drei Tage nach der Niederschlagung erzwingt Lenin am Ende des 10. Parteitags gegen heftigen Widerstand in der eigenen Partei die Annahme der Neuen Ökonomischen Politik — also die Wiedereinführung kapitalistischen Wirtschaftens. Berkman schlussfolgerte, dass die Bolschewiki es bevorzugten »to give up Communism itself — the Communism for which the October Revolution was fought, seas of blood shed, and Russia brought to ruin and despair — but not to permit freely chosen Soviets.«¹⁶

Wie aber kam es überhaupt dazu, dass die Diktatur *des* Proletariats, die nach Luxemburg¹⁷ und Marx¹⁸ nichts anderes als Rätedemokratie meint, zu einer Diktatur der bolschewistischen Partei *über* das Proletariat wurde, die letztlich die Rätedemokratie vereitelte?

Zweierlei ist maßgebend. Die Bolschewiki wollten aus den vergangenen Niederlagen — insbesondere jener der Pariser Kommune von 1871 — lernen. Aus deren Schicksal schlossen sie, dass die Konterrevolution mit aller Härte bekämpft werden müsste, um die Revolution zum Sieg zu führen. Die Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution wird so zur Legitimation für zentralisierte hierarchische Autorität sowie für jede Form von Gewalt.¹⁹ Damit setzen die Bolschewiki »die binäre Logik des Krieges«²⁰ in Gang, die letztlich in einer Spirale der Freund-Feind-Bestimmungen enden sollte, »die immer engere Kreise zieht und von realen Konterrevolutionärinnen über Bäuerinnen, sozialistische und anarchistische Verbündete hin zu Parteiopposition, Fraktionen und Strömungen reicht — bis auf dem Höhepunkt des Stalinismus bereits gedankliche Abweichungen unter Strafe stehen.«²¹ So kippt der Sieg der Revolution in ihr Scheitern an sich selbst. Die Institutionen, die zu ihrer Verteidigung geschaffen wurden — Tscheka, Rote Armee, autoritäre Lenkung von Staat und Ökonomie durch das ZK —, werden ihre Totengräber.

Warum aber sollte die Revolution nicht auch demokratisch verteidigt werden können, mit Räten und Milizen — also mit demokratischer Selbstbestimmung in jedem Bereich, wie es in Ansätzen bspw. in der anarchistischen Machnowtschina der Fall war?²² Hier kommt der zweite Aspekt bolschewistischer Politik zum Tragen, den man als Politik des Misstrauens bezeichnen kann und der nirgendwo so prägnant zum Ausdruck kommt wie in Lenins Ausspruch: »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.«²³ Die Logik des Misstrauens, die die Unterstellung zur Grundlage hat, die Beherrschten seien zur Selbstbefreiung unfähig, mündet in das autoritäre Konzept der leninistischen Kaderpartei. Ohne die Leitung einer wissenden Führung kann sich das Proletariat nicht befreien — daher die Ersetzung der Räte durch die Parteidiktatur, daher das hierarchische Befehlssystem einer immer enormer und undemokratischer werdenden Bürokratie. Das autoritäre pädagogische (Un-)Verhältnis zwischen Partei und

Proletariat entfesselte schließlich die diktatorische Politik von Kontrolle und Terror. Weil sich das bolschewistische Misstrauen nicht zuletzt gegen die Richtete, für die die Bolschewiki sprachen und handelten — die Proletarierinnen — überzog letztlich auch ihre Kontrolle und ihr Terror jene Revolutionärinnen, die nicht auf Parteilinie waren. Weil Dissens zu Opposition, Uneinigkeit und Abweichung zu konterrevolutionärer Sabotage erklärt wurden, verfolgten die Bolschewiki die anderen revolutionären Parteien so erbarmungslos wie die wirklichen Konterrevolutionärinnen. Die bolschewistische Regierung überbot so — wie Berkman zu bemerken nicht müde wurde — noch ihre zaristische Vorgängerin in der Anwendung der polizeilichen Logik von Verdacht, Verfolgung und Liquidation, die von keiner Institution so sehr verkörpert wurde wie von der Tscheka. Den Aufstand der Kronstädterinnen konnten die Bolschewiki daher auch nicht als einen linker Revolutionärinnen verstehen, die unter der Losung »All power to the Soviets, not to the parties!«²⁴ die Revolution retten wollten, sondern nur als eine vom Ausland organisierte und finanzierte Verschwörung: als Konterrevolution. Die brutale Niedermetzelung ihrer als »Verräter« denunzierten Genossinnen fand am Jahrestag der Pariser Kommune ihr Ende. Wie Berkman betonte, gedachten die Bolschewiki dem Jahrestag ihrer niedergeschlagenen Vorgängerinnen. »At the same time they celebrated the ›victory‹ over Kronstadt.«²⁵ Perfider lässt sich kaum ausdrücken, was es bedeutet, dass die Geschichte von den Siegen geschrieben wird. In Kronstadt stirbt die letzte Möglichkeit, die Revolution nach dem Bürgerkrieg in eine Vereinigung von Räten zurück zu verwandeln. Der Kater — oder, wie es Adamczak auch ausdrückt: die »postrevolutionäre Depression«²⁶ — setzt unausweichlich ein.

Wie hätte er umgangen werden können? Adamczak ist sich bewusst, dass Räte alleine noch keinen Kommunismus machen. Sie wären vor die gleichen Schwierigkeiten gestellt gewesen, wie die Parteidiktatur. Allerdings hätten sie den Bürgerkrieg abschwächen können und die Verfolgung von anderen Revolutionärinnen überflüssig gemacht — war es doch erst die von den Bolschewiki geschaffene Unmöglichkeit gewaltfreier Opposition, die die Kronstädterinnen in die gewaltsame trieb.²⁷ Adamczak plädiert daher für die Aufgabe des binären und identitären Freund-Feind-Schemas, das keine Zwischenräume lässt und die Revolutionärinnen in ihren Parteien und Strömungen fest schreibt: »Entscheidend sind weniger die Identitäten der Gruppierungen, Organisationen und Parteien als die innerhalb von ihnen wie zwischen ihnen geknüpften und zu knüpfenden Beziehungen.«²⁸ Diejenigen Revolutionärinnen, die Adamczak bevorzugt anführt, sind dafür herausragende Beispiele: Alexander Berkman, Emma Goldman und Victor Serge scheuten sich nicht, aktiv an der Seite der Bolschewiki am Revolutionsgeschehen teilzunehmen — wobei sie zugleich im Rahmen des Möglichen gegen deren autoritäre Tendenzen ankämpften —, und das obwohl sie eigentlich Anarchistinnen waren und schon vor 1917 Bedenken gegenüber der bolschewistischen Partei- und Politikform angemeldet hatten.²⁹ Auch Isaak Steinberg wurde — obwohl er als linker Sozialrevolutionär kein Bolschewik war — Justizkommissar der bolschewistischen Regierung und versuchte in dieser Funktion den Terror der Tscheka zu unterbinden.³⁰ Die Intensivierung und Ausweitung solcher, Partei- und Strömungsgrenzen überschreitender Beziehungen hätte die anfängliche Hoffnung auf eine Vereinigung von Räten gegen den bolschewistischen Autoritarismus durchsetzen und dem Zauber des Anfangs Dauer verleihen können.

Dies wäre eine Politik gewesen, die die Fähigkeit der Beherrschten, sich selbst von ihren Ketten zu befreien und gleichberechtigt über ihr Zusammenleben zu bestimmen, zur Voraussetzung hat. Eine Politik, die, wie es der Philosoph Jacques Rancière ausdrückt, die »Hypothese des Vertrauens« zum Ausgangspunkt hat, die davon ausgeht, dass alle gleichermaßen fähig sind, über die Belange des Gemeinwesens zu entscheiden — auch

jene, die entweder traditionell oder der bolschewistischen Logik des Misstrauens zufolge dazu angeblich nicht in der Lage sind.³¹ Denn »the essence of Communism is equality«, insistierte Alexander Berkman in einer Auseinandersetzung mit einem bolschewistischen Kommissar über die Lohn- und Rationshierarchie, die die Bolschewiki nach dem Leistungsprinzip gestaffelt hatten. Die Kronstädterinnen hingegen schafften diese Hierarchie — übrigens zu ihren eigenen Ungunsten — ab und folgten auch in der Distribution der Rationen dem Prinzip der Räte: der Gleichheit aller. Die Ausnahmen, die sie machten — Kinderheime und Krankenhäuser bekamen Sonderrationen —, folgten nicht dem Leistungs-, sondern dem Bedarfsprinzip.³²

Dies wäre auch diejenige Politik, die nach Adamczak für eine kommende Revolution anzustreben ist — eine »Politik der Verbindung, der Verknüpfung, der Versammlung«³³ über verfestigte Partei- und Gruppenidentitäten hinweg, gruppiert um Problemkonstellationen. Mit Rancière ließe sich eine solche Politik als eine der Gleichheit in der Differenz verstehen — im Unterschied zu den überkommenen Identitäten der hierarchischen Klassen- und Geschlechterteilung, die die polizeiliche Logik fest schreibt. Kommunismus wäre dann das fortgesetzte Abenteuer der Emanzipation, das beginnt, sobald man Verbindungen jenseits dieser Identitäten eingeht und affirmiert, dass es keiner Autorität bedarf, auch keiner roten.

Bini Adamczak: Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom womöglichen Gelingen der Russischen Revolution. edition assemblage. 152 Seiten, 12,80 €

- 1 Vgl. Adamczak, Bini: Hauptsache Nebenwiderspruch, <https://jungle.world/artikel/2012/16/hauptsache-nebenwiderspruch>.
- 2 Adamczak, Bini: GESTERN MORGEN. über die einsamkeit kommunistischer gespenster und die rekonstruktion der zukunft, Münster 2007, S. 147.
- 3 Ebd., S. 151.
- 4 Adamczak, Bini: Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom wöglichen Gelingen der russischen Revolution, Münster 2017, S. 19.
- 5 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, These VII.
- 6 Ebd., These VI.
- 7 Vgl. Adamczak, Bini: Der schönste Tag, S. 17.
- 8 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, These XIV.
- 9 Vgl. Adamczak, Bini: Der schönste Tag, S. 8, 13.
- 10/11 Ebd. Vgl. Ebd., S. 23.
- 12 Ebd., S. 55.
- 13 Ebd., S. 56.
- 14 Ebd., S. 111.
- 15 Ebd., S. 107.
- 16 Berkman, Alexander: The Russian Tragedy, 2008 Fordburg (South Africa), S. 74.
- 17 Vgl. Adamczak, Bini: Der schönste Tag, S. 108.
- 18 Vgl. Hobsbawm, Eric: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus. München 2012, S. 79, 104ff.
- 19 Vgl. Adamczak, Bini: Der schönste Tag, S. 109ff.
- 20 Ebd., S. 112.
- 21 Ebd., S. 118.
- 22 Vgl. ebd., S. 101f.
- 23 Ebd., S. 116ff.
- 24 Berkman, Alexander: Russian Tragedy, S. 63.
- 25 Ebd., S. 72.
- 26 Vgl. Adamczak, Bini: Beziehungsweisen Revolution. 1917, 1968 und kommende, Frankfurt/M. 2017, S. 11ff.
- 27 Vgl. Adamczak, Bini: Der schönste Tag, 126ff.
- 28 Ebd., S. 132.
- 29 Vgl. ebd., S. 124.
- 30 Vgl. ebd., S. 115f.
- 31 Vgl. Rancière, Jacques: Kommunisten ohne Kommunismus?, in: Badiou, Alain, Slavoj Žižek u.A. (Hrsg.): Die Idee des Kommunismus. Bd. I. Hamburg 2012, S. 205-216.
- 32 Vgl. Berkman, Alexander: Russian Tragedy, S. 59.
- 33 Adamczak, Bini: Der schönste Tag, S. 133.

KAMPF GEGEN DIE NATUR

Matthias
Ubl

EINE LEKTÜRE VON JOVANA REISINGERS ROMAN STILL HALTEN

Jovana Reisingers Debüt-Roman *Still Halten*, der 2017 erschien, wurde zu Recht lobend aufgenommen. Reisinger hat einen ästhetisch anspruchsvollen und hochkomplexen Text vorgelegt, der in seiner Brutalität und seiner feministischen Wucht wie ein illegitimes Kind aus einer Affäre zwischen Elfriede Jelinek und Thomas Bernhard wirkt. Austrizismen, Berge, Wald, Verzweiflung, Tod: ein österreichisches Buch im besten Sinne. Und doch eben nicht nur das. Denn die weibliche Perspektive, die der Text gebrochen und semantisch zerbrechend einnimmt, enthüllt, was es heißt, zur »Frau« gemacht zu werden und dagegen bis zur völligen Selbstvernichtung zu rebellieren, aber auch, was es heißt, Anders werden zu können.

31

Der Text besteht zu einem großen Teil aus dem inneren Monolog der Protagonistin, der Gefühlswelt und Realität ununterscheidbar macht und eine zutiefst depressive Welt- und Selbsterzählung stiftet. Auch da, wo die Erzählerin von »der Frau« in der dritten Person spricht, können die Beschreibungen von »ihr« als Wahrnehmungen der Protagonistin interpretiert werden. So wird im ersten Teil des Buches das Bild einer isolierten, depressiven Kleinstädterin gezeichnet. Die Szenen der stumpfen Geschäftigkeit der Provinz und des aufkommenden Frühlings kontrastieren die starke Depression der Protagonistin, wobei Reisinger Sätze von düsterer Schönheit gelingen:

»Ich mache die Augen zu, weil es einfacher ist, sich an die Dunkelheit zu gewöhnen als an die Realität.«

Denn diese Realität ist die einer kranken Hausfrau im ganz wörtlichen Sinne, d.h. einer an die Wohnung gebundenen Existenz, die auf die Wiederkehr ihres Mannes wartet. Reisinger sprach in einem Interview vom »Urbild, das man von einer Frau haben kann«; die wartende Frau, die Frau zu Hause, die Frau am Herd. Dieses Urbild stammt aus einer ökonomischen Formation, die vor allem im Fordismus verwirklicht war (und bis heute wirksam ist) und das Haus zum Ort der »weiblichen« Reproduktionsarbeit gemacht hat. Reisingers Figur — und das ist einer ihrer großen Kunstgriffe — kann jedoch durch kein Stereotyp gefasst werden, das mit diesem Ort verbunden ist. Sie ist vielmehr ein gespensterhaftes Subjekt, das zugleich viele Identitäten ununterscheidbar in sich trägt bzw. von diesen durchkreuzt wird:

»Die Sonne sticht tief in mich hinein. Mein blasser Körper ist das nicht gewöhnt. Die Frau hat auf den Mann zu warten. Die Frau kann froh sein, überhaupt einen Mann zu haben. Die Superorgasmen halten sie zusammen. Die Frau denkt, wenn sie nicht mitmacht, ist er auch weg.«



Wer spricht hier? Der unvermittelte Wechsel von der ersten in die dritte Person hat nicht den Effekt eines Wechsels der Stimme. Vielmehr wirken auch die Sätze in der dritten Person als inneres Sprechen der Protagonistin. Der Satz »Die Frau hat auf den Mann zu warten«, kann dabei sowohl als zynischer, die eigene Lage betreffender Kommentar gelesen werden (was die »Superorgasmen« nahe legen), als auch als »nüchterne« Erkenntnis des realen männlichen Begehrens oder als verinnerlichte Norm der Protagonistin, worauf wiederum der letzte Satz des Zitats hindeutet. Genau diese Polysemien machen Reisingers Text so beunruhigend und ihre Protagonistin so un-fassbar. Denn in ihren inneren Monologen fallen Erkenntnis, Unterordnung unter das männliche Begehren und Rebellion oft bis zur Ununterscheidbarkeit zusammen.

Der erste Teil des Buches endet mit dem Tod der Mutter und einer grausigen, kalten Beschreibung ihres Leichnams. »Die Frau« erforscht den toten Körper, phantasiert darüber, wieder in ihn hineinzukriechen. In dieser so unheimlichen wie drastischen Szene wird die Vagina der Mutter zur Wunde, »wo das Fremde in unsere Körper gewaltvoll eindringen kann«. Eine Wunde, die die Frau schon »von Natur aus« besitzt.

Steht der erste Teil noch im Zeichen der wartenden, depressiven Frau, so lässt Reisinger diese im zweiten Teil gegen »die Natur« ankämpfen. Die Frau zieht in das abgelegene, geerbte Haus der Mutter und verfällt dabei scheinbar endgültig dem Wahnsinn. Sie beginnt systematisch auf Vögel zu schießen, bis sich die Kadaver im Garten stapeln. Sie lässt Bäume fallen und will eine Art »Grand Hotel Abgrund« als zivilisierte Lichtung gegen die Natur im Garten errichten. Doch was hat es mit diesem »Krieg gegen die Natur« auf sich?

Was sich auf der einen Ebene als starke Depression und sogar geistiger Verfall lesen lässt, erscheint auf einer anderen als konsequente, ja geradezu vernünftige Reaktion gegen die Herrschaft des Patriarchats — als versteckte Subversion. Denn eine der effektivsten patriarchalen Herrschaftsstrategien ist und war immer die Naturalisierung, für die im Buch metaphorisch eben »die Natur« steht. Damit ist selbstverständlich die Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse gemeint.

Denn die Genese moderner Geschlechterverhältnisse ist eng verbunden mit der Herausbildung einer Lohnarbeits-sphäre, die die soziale Welt zweiteilt, indem sie die Reproduktionssphäre, also Hausarbeit, emotionale Pflege, Kindererziehung usw. ausschließt. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus, der Auflösung der dörflichen Gemeinschaften sowie der Trennung von Arbeits- und Wohnort im Bereich des Handwerks wurde die Sphäre der Reproduktion in den westlichen Ländern – vielfach gewaltsam – zum Ort der Frauen gemacht. Dieser Ort blieb seitdem mit ihnen identifiziert. Aus patriarchaler Sicht wird dieses gesellschaftliche Verhältnis naturalisiert, also wahlweise biologisch oder theologisch gerechtfertigt. Egal ob gottgewollte oder natürliche Ordnung, das patriarchale Geschlechterverhältnis erscheint als eine nicht zu verändernde Tatsache, die reproduktive Tätigkeit als »Natur der Frau«, zu der ein aktiver, schützender Mann gehört. Neben der Gewalt, die diese Ordnung für Frauen immer schon bedeutet, leiden vor allem diejenigen unter dieser Ordnung, die nicht in sie hinein passen. Das reicht bis zur brutalen Verfolgung und Tötung. Zum anderen ist in dieser Ordnung die Anerkennung von Subjekten an deren »künstliche Verarmung« gekoppelt.

Legen wir diese analytische Folie über den Text, so erscheint der Ausbruch aus dem Haus und der Kampf der Protagonistin gegen die Natur also als völlig konsequente, feministische Rebellion gegen die herrschende patriarchale Ordnung. Denn die Natur, für die im Text metonymisch vor allem die Vögel und der Wald stehen und die im Gedankenstrom unumwunden als »böse« bezeichnet wird, ist der transzendente Referent dieser Ordnung – also das, was ihr einen letzten, unverrückbaren Sinn gibt und Legitimation verleiht, indem es die Ordnung als eine ahistorische Wahrheit darstellt.

Reisingers Figur findet im »Kampf gegen die Natur« also eine Souveränität wieder. In ihrem scheinbaren Wahnsinn artikuliert sich eine emanzipatorische Vernunft.

Am Ende stellt sich die Frage, ob Reisingers Figur diesen Kampf gewinnt oder ob sie untergeht und was ihr Tod – denn sterben wird sie – *bedeutet*. Denn die Natur schlägt zurück, umringt sie wieder mit Männern, die sich mit Natur »infiltriert« haben, dem »Förster« und dem »Pfleger«. Der Förster, ein Bekannter der verstorbenen Mutter, hilft der Frau beim Einzug und der Zählung des Gartens, sieht nach dem Rechten. Der Pfleger kommt zu Besuch, ebenfalls in kümmernder Absicht, um nach der Hinterbliebenen zu sehen – als »besonderer Service«, wie er sagt. Als sich der Pfleger und der Förster treffen, gelingt es Reisinger in einer genialen Szene die Traurigkeit männlicher Dominanz darzustellen, die sich in diesem Fall vor allem als Sprechen und Urteilen über die Frau äußert. Denn was auf der Handlungsebene als männlich-freundschaftliche Aufforderung zur gemeinsamen Jagd beginnt, bei welcher der Förster dem Pfleger das Schießen beibringen will, fällt semantisch mit dem Dialog der beiden zusammen, bei dem die Frau immer schon ausgeschlossen ist. Denn die Frau, die wieder beim Haus zurückbleibt, hört aus dem Wald nur immer »Schuss und Gegenschuss«. Dieses Prinzip gibt es aber in der Jagd überhaupt nicht, sondern vor allem als Technik des Filmschnitts, die insbesondere bei Dialogszenen gebräuchlich ist. Reisinger amalgamiert in dieser Szene also »in a nutshell« das männliche Sprechen – nicht mit, sondern über die Frau – mit dem Bild von der Jagd und dem Schießen.

Und doch folgt die Frau – mit Gewehr – den Männern in den Wald, wo sie den Tod findet, die Erzählung selbst jedoch so »aus den Fugen« gerät, dass sie uns nicht mehr zuverlässig darüber Auskunft geben kann, *was geschieht*. Alles beginnt mit einem Schuss, bei dem der Körper der Frau »ohne den Geist zusammenfährt« und auf den Boden fällt. Ein erster Schuss – wir wissen nicht von wem abgegeben – wobei die zitierte Formulierung den Tod nahelegt. Doch die Frau irrt – scheinbar untot – weiter

durch den Wald, durch die Nacht, kommt zu der Hütte, in der sich einst ihr Vater erhängt hat und wird erschossen, von einem »auf sie gerichteten Gewehr«, wobei die beiden Männer, die ja die einzigen im Wald sind, die sie hätten erschießen können, »vor Entsetzen aus ihren Betten fallen.« Es heißt zwar in den Sätzen danach, der Förster habe sie erschossen, doch wie, wenn dieser bei Abgabe des Schusses »vor Entsetzen« aus seinem Bett fällt und die Frau schon vorher erschossen worden ist? Auf der nächsten Seite heißt es dann sogar, die Männer hätten sich nach der Jagd in der Hütte verschanzt und »ruhig und selig« bis zum Morgen geschlafen. Es lässt sich hier keine »realistische« Deutung konstruieren und umso interessanter ist es, die Widersprüchlichkeit und Unbestimmtheit der Erzählung ernstzunehmen. So wie die Frau nie eindeutig mit ihrem Sprechen identifiziert werden kann, sowenig sind die Männer auf den letzten Seiten mit sich identisch. Die Männer erschießen die Frau, fallen vor Entsetzen aus ihrem Bett oder schlafen bis zum morgen, das wird unentscheidbar. Und doch spricht der Text zuletzt aus, wer die Frau ermordet hat: der Förster. Und das ist durchaus konsequent. Denn was ist der Förster? Der Förster steht, als »Heger des Waldes« ebenso für die Natur, ist ihr Hüter und Schützer. Und der Mann, wenn er ein Förster ist, bringt die Frau letztlich um. Doch warum wird die Erzählung so uneindeutig und undurchsichtig wie der dunkle Wald, in den sie führt? Warum erzählt Reisinger den Mord an der Frau durch die Männer nicht einfach gerade heraus? Die semantische Uneindeutigkeit des Textes, das »Zerfallen« der Figuren stellt die »natürliche Ordnung« der Geschlechter, in der alles eindeutig und klar ist, alle mit ihren sozialen Rollen identisch sind, jede an ihrem Platz ist, selbst in Frage. Das tut sie auf zwei Arten. Zum einen ist die Betonung der Unentscheidbarkeit des Sinns immer ein Plädoyer für seine Fortsetzung, ein ethischer Imperativ, mit der interpretativen Lektüre nie zum Schluss zu kommen, da nur so die Offenheit gegenüber dem Anderen bewahrt wird. Ein solcher Imperativ ist der Feind jeder starren, »natürlichen« Ordnung und Setzung und darin liegt auch die Kraft der Literatur. Sie führt uns immer wieder zum unbegreiflichen Anderen. Und hieraus resultiert wiederum die zweite Art des Angriffs. Weil die Figuren zwar der »natürlichen Ordnung« angehören, von ihr geprägt und subjektiviert, jedoch nie ganz mit ihr identisch sind, können sie anders werden. Die Uneindeutigkeit ist der Garant für die Möglichkeit des transimmanenten Anderswerdens der Figuren, und damit der Revolution der »natürlichen Ordnung«. Der Philosoph Thomas Seibert schreibt in seinem Buch *Zur Ökologie der Existenz* zum Begriff der Transimmanenz: »Er bezeichnet den Überstieg von einem Diesseits in ein Jenseits, der im Dienst der einen Welt vollzogen wird – eine Überschreitung, die nicht auf eine andere Welt, sondern auf ein Anderswerden der Welt im Ganzen zielt, ein Anderswerden, das mit einer Veränderung bloß in der Welt nicht verwechselt werden darf.«¹ Dieses Anderswerden aber ist nur möglich, wenn wir jetzt schon nicht ganz das sind was wir sind; zu was die »natürliche Ordnung« – nicht nur der Geschlechter – uns macht. Dafür aber bürgt, bei aller inhaltlichen Traurigkeit und Brutalität des Romans, seine Form.

Jovana Reisinger: *Still halten*.
Verbrecher Verlag. 200 Seiten, 19 €

IMAGES EN LUTTE

Max
Köhler

DIE ENTWICKLUNG EINER NEUEN BILDSPRACHE DURCH DAS ATELIER POPULAIRE 1968

An der École normale supérieure (ENS) des Beaux Arts in Paris präsentiert die Ausstellung »Images en lutte« (Bilder im Kampf) die Entwicklung der linksradikalen Ästhetik von 1968–74 in Frankreich. Es ist die Eingangshalle, die den eindrucksvollsten Teil der Ausstellung darstellt. Ihre Wände sind mit jenen Plakaten behängt, die das Atelier populaire in der kurzen Zeitspanne zwischen Mai und Juni 1968 produzierte. In den Vitrinen unter den Plakaten finden sich Fotografien sowie einige Traktate und Communiqués, anhand derer die Arbeitsform des Ateliers und seine inhaltliche Stoßrichtung erkennbar werden.

Die Geschichte des Ateliers ist aufs engste mit der des sogenannten Pariser Mai '68 verflochten. Als Reaktion auf die Schließung der Universität Nanterre und die brutale Räumung der von linken Studentinnen besetzten Sorbonne durch die Polizei am 3. Mai sowie auch deren Schließung einen Tag darauf riefen die studentischen Gewerkschaften für den 5. Mai zu einem Hochschulstreik auf. Nachdem dessen Forderungen nach der Wiederöffnung der Universitäten und der Freilassung der inhaftierten Studentinnen von staatlicher Seite abgelehnt wurden, kam es zu massenhaften Demonstrationen, die in tagelange Straßenschlachten mündeten. Am 8. Mai folgten auch die Studentinnen der École des Beaux Arts dem Aufruf und deklarierten den Streik.

Ihnen schlossen sich im Verlauf der Revolte immer mehr Arbeiterinnen, Arbeitslose, Jugendliche und Migrantinnen an. Obwohl vom entstehenden Schaden meist selbst betroffen, solidarisierten sich auch die Anwohnerinnen. Für den 13. Mai riefen dann auch die Gewerkschaften der Arbeiterinnenbewegung – bezeichnenderweise mit Ausnahme der kommunistischen CGT – zu einem eintägigen Generalstreik auf. Die Parole lautete »Solidarität von Arbeitern und Studenten«. Dieser erste »wilde« Generalstreik der Geschichte sollte nicht einen Tag, sondern gut einen Monat andauern und das gesamte Land lahmlegen. Bis zu 10 Millionen Arbeiterinnen in fast allen staatlichen und privatwirtschaftlichen Sektoren beteiligten sich.

An der Demonstration am 13. Mai hatten über eine Million Menschen teilgenommen. In ihrem Verlauf wurde die geräumte Sorbonne wieder besetzt und zu einer Université populaire erklärt, die allen offen stehen sollte. Einen Tag später informierte das provisorische Streikkomitee die Leitung der Beaux Arts darüber, dass auch diese besetzt war. Am selben Tag druckten einige Studentinnen spontan eine Lithographie, die den Charakter der gesamten 68er Bewegung in Frankreich auf den Punkt brachte: »Usines – Universités – Union« (Fabriken – Universitäten – Vereinigung). Das Plakat markierte den Auftakt des Atelier populaire, das zwei Tage später in den Räumlichkeiten der Beaux Arts



eingerrichtet wurde. An seinem Eingang prangte das Motto, das sowohl seine Arbeitsweise als auch seine Inhalte charakterisierte: »Atelier bourgeois: non! Atelier populaire: oui!« Das Ja zum Atelier populaire implizierte den Bruch mit der bürgerlichen Arbeitsteilung. Die institutionellen Grenzen wurden überschritten. Das Atelier war radikal egalitär und rätedemokratisch eingerichtet: *alle* konnten teilnehmen, auch jene, die keine Angehörigen der Universität waren. Die Arbeits- und Kampfweise trug also die kommunistische Vermittlung bereits in sich – die Einführung eines demokratischen Sozialismus in Frankreich war ihr ausgesprochenes Ziel. Dieser Bruch mit dem leninistischen Instrumentalismus und dem Avantgardekonzept war ein zentrales Charakteristikum der antiautoritären 68er Bewegung in Frankreich.

Das Atelier hatte also maßgeblichen Anteil an der Mairevolution 1968. Kennzeichnend war insbesondere, dass die spontane und antiautoritäre Revolte der Studentinnen in Paris – die besetzte Sorbonne bildete neben der Beaux Arts deren Zentrum – im Gegensatz zu jener in der BRD eine Brücke zur Arbeiterinnenklasse schlagen konnte. Radikale Kleinbürgerinnen und radikale Arbeiterinnen, französische und migrantische Arbeiterinnen, Arbeitende und Arbeitslose, Männer und Frauen kämpften also gemeinsam für eine universale Emanzipation von der kapitalistischen Klassengesellschaft, die sie permanent auf eben jene Identitäten reduzierte und dem Imperativ zu Lohnarbeit und Konsum, der stupiden Wiederkehr des Immergleichen unterwarf. Entsprechend erfasste die Revolte nahezu jeden Bereich der Gesellschaft: die Streik- und Besetzungswelle legte Universitäten, Schulen, Fabriken, Minen, Bahn und Post, Flughäfen, Gefängnisse, Psychiatrien und sogar die französische Fußballföderation lahm.

Die Entscheidung für die rätedemokratische Struktur beeinflusste die Bildsprache der Plakate und die technische Form ihrer Produktion wesentlich. Das erste Plakat war noch eine Lithographie. Der Verschleiß war auf diese Weise jedoch zu hoch und die Technik zu kompliziert. Man wechselte zum Siebdruck, der ein größeres Maß an Vielfältigkeit ermöglichte sowie die Partizipation Ungeschulter erleichterte. Während seines gerade mal zweimonatigen Bestehens kamen denn auch vermehrt Arbeiterinnen und Angestellte in das Atelier, sowie auch umgekehrt die »Teilnehmer des Atelier Populaire zu den besetzten

Fabriken, den Depots und den Baustellen [...], um von den streikenden Arbeitern zu lernen, wie man das Hinterteil (l'arrière) des Kampfes konstituiert, von dem sie die Avantgarde sind.«¹ In einer Vollversammlung, die jeden Abend tagte, diskutierten Studentinnen, Arbeiterinnen und externe Künstlerinnen — letztlich alle, die teilnehmen wollten, unabhängig von ihrer sozialen Position — die Ereignisse des Tages und die politische Linie des Ateliers und entschieden anschließend zusammen, welche Plakate in welcher Form produziert werden sollten. Die Entwürfe hingen an den Wänden sowie an Wäscheleinen, die den Raum durchzogen. Die Sitzungen dauerten teilweise bis in die frühen Morgenstunden. Im Atelier versammelte sich eine ganze Reihe durchaus unterschiedlicher Künstlerinnen. Die prägendsten unter ihnen gehörten der »Nouvelle Figuration« (Neuen Figurativität) an — wie Gérard Fromanger, Eduardo Arroyo, Bernard Rancillac und Gilles Aillaud —, aber auch der abstrakten Malerei — wie Monique Frydman.

Dabei wurde die Bildsprache immer weiter auf schlagkräftige Symbole und Parolen reduziert. Davon genügten schon einige wenige, die je nach aktueller Situation des Kampfes variiert und neu kombiniert werden konnten. In der nach und nach durch Vereinfachung erreichten Prägnanz entfalten die Plakate ein neues »Regime der Sichtbarkeit« (Rancière), das wie die Brechtsche Lyrik durch entfremdende Verkehrungen kenntlich macht, dass der Ausnahmezustand die Regel ist. Die Plakate »L'ordre règne« (Die Ordnung herrscht), »Retour à la normale« (Rückkehr zur Normalität) und »La chienlit c'est lui« (Das Chaos ist er²) verbildlichen dies am deutlichsten. Auf dem ersten wird die herrschende Ordnung durch ihre Darstellung als Krankentransport als die einer permanenten Gewalt entlarvt. Auf dem zweiten ist es eine Herde uniformer Schafe, die — sicherlich in Anspielung auf George Orwells *Animal Farm* — von rechts nach links, also gegen die westliche Leserichtung, zur Normalität zurückkehrt. Und auf dem dritten ist De Gaulle, der wie kein anderer die konservative Nachkriegsordnung in Frankreich bestimmte, an der von ihm als General getragenen militärischen Kappe und seiner übertrieben großen Nase erkennbar. Weil er aber nur als Silhouette abgebildet ist, steht die Kappe gleichzeitig für den Militarismus der Kolonialmacht Frankreich im Allgemeinen. Seine übergroßen, ausgebreiteten Patschehändchen können gleichzeitig das Entsetzen des Establishments über die Revolte, die reformistische Geste ihrer Einhegung oder auch seine Hilflosigkeit symbolisieren.

Es ist das ideologische Alltagsverständnis von Normalität, Ordnung und Chaos, das die Plakate des Ateliers in ihrer Einfachheit durchbrechen, indem sie sich zwar auf dessen Vorstellungen und Begriffe beziehen, sie aber entwenden und durch Umkehrung sowohl der Lächerlichkeit preisgeben, als auch ihre Gewaltamkeit aufdecken. Fast kindlich verspielt, sicherlich karikaturesk, jedenfalls heiter und klar wirken diese Umkehrungen. Doch ist ihr Humor keineswegs jener zynisch-bittere unserer Zeit: der universale Angriff auf die herrschende Ordnung war von der realen Hoffnung getragen, sie zu stürzen. Das ließ Humor und Kampf nicht zum Widerspruch werden, wie es in der heutigen Linken meist der Fall ist. Die Plakate sind humorvoll, verspielt — und *gleichzeitig* todernst.

Darin bestand die entscheidende Leistung des Atelier populaire, die es zu einer eminent politischen Organisation machte. Denn emanzipatorische Politik zeichnet sich nach dem Philosophen Jacques Rancière, für den der Mai 1968 den entscheidenden gedanklichen Bruch mit dem klassischen Marxismus der Kommunistischen Partei herbeiführte, dadurch aus, dass sie die herrschende, hierarchische und arbeitsteilige »Aufteilung des Sinnlichen« (Rancière) durch eine egalitäre ersetzt. Politik ist daher nach Rancière immer auch ästhetisch, so wie jede Ästhetik immer auch eine immanente Politik formuliert.

»Die soziale Emanzipation war zugleich eine ästhetische Emanzipation, ein Bruch mit den Weisen zu fühlen, zu sehen und zu sagen, die jene Arbeiteridentität in der alten hierarchischen Ordnung kennzeichneten. Diese Zusammengehörigkeit von Sozialem und Ästhetischem, von der Entdeckung der Individualität für alle und dem Projekt einer freien Gemeinschaftlichkeit war das Herz der Arbeiteremanzipation. Aber sie bedeutete zugleich diese Unordnung der Klassen und der Identitäten, die die soziologische Weltanschauung standhaft verweigert hat, gegen die sie selbst im 19. Jahrhundert geschaffen wurde.«³ Die auch künstlerische Kritik der Kinder von Marx und Coca Cola war weit davon entfernt, der sozialen entgegen zu stehen und so eine Vorlage für heutige Managerseminare zu bieten, wie es Luc Boltanski und Ève Chiapello in *Der neue Geist des Kapitalismus* suggerieren. Vielmehr waren sie untrennbar verbunden — zumindest am Anfang der Bewegung.

Rancières Bruch mit der Kommunistischen Partei war vor allem eine Reaktion auf deren konterrevolutionäre Rolle während der Mairevolte. Denn die KP denunzierte den Aufstand der Studentinnen als Revolte verwirrter Kleinbürger und tat sie mit der altväterlichen Autorität Lenins als radikalistische »Kinderkrankheit« des Kommunismus ab.⁴ Gleichzeitig rief sie die streikenden Arbeiterinnen zur Ordnung. Sie sollten zurück an die Arbeit gehen, die Zeit der Revolution wäre noch nicht gekommen und würde sowieso von der Parteiführung bestimmt werden — nicht spontan von der führunglosen Basis. Das Atelier populaire hatte den Bruch mit dem traditionellen marxistischen Emanzipationsmodell exemplarisch in der Praxis vollzogen. Kleinbürgerinnen und Arbeiterinnen, Künstlerinnen und Studentinnen arbeiteten hier zumindest der Stoßrichtung nach gemeinsam und egalitär an der Abschaffung jener Gesellschaft, die sie auf eben diese Identitäten festlegte. Diese Form der praktizierten Klassenlosigkeit aber implizierte gleichzeitig eine allgemeine Emanzipation hin zu einer kommunistischen Rätedemokratie, die der Führung durch eine Partei nicht mehr bedurfte, in der das Ziel der Emanzipation — die freie Assoziation freier Individuen — auch schon deren Mittel war und die soziale und ästhetische Umwälzung des Bestehenden untrennbar miteinander einher gingen.

Boltanskis und Chiapellos Identifikation der sozialen Kritik mit der Arbeiterinnenklasse und der künstlerischen Kritik mit den kleinbürgerlichen Studentinnen erweist sich vor diesem Hintergrund als revisionistisch, weil sie den Kern der Revolte — die universale Deklassierung — völlig verfehlt. Dass sich im Nachgang der Revolte diese Klassenspaltung wieder herstellte, die bürgerliche Ordnung in den festen Grenzen ihrer Arbeitsteilung wieder aufrichtete, lässt sich kaum aus der Revolte selbst herleiten, sondern nur aus dem Sieg der Konterrevolution.

Im Vergleich zur Eingangshalle enttäuscht der Rest der Ausstellung, der die Exponate uninspiriert nach der Chronologie der Großereignisse von 1968–74 aufreißt und dabei die Themen Vietnam, Mao, Sex, Ökologie und Militarismus gleichsam bloß zitiert, ohne sie aber zu erkunden. Die übliche Museumspädagogik strukturiert das Ganze: Bilder an den Wänden; Zeitungen, Magazine, Flugblätter und Filme in Vitrinen darunter. Historischer Kontext wird ausschließlich von letzteren geliefert. Dazu noch ein Wühltisch mit Büchern und Zeitschriften. Auf diesem findet sich — in einer einzigen Ausgabe — ein kleines Büchlein, das den unbescholtenen Titel *L'atelier populaire présenté par lui-même* (Das Atelier populaire stellt sich vor) trägt. Es enthält Abbildungen sämtlicher vom Atelier produzierter Plakate sowie eine kurze Einleitung. Das größte Versäumnis der Ausstellung — neben ihrer historisierenden Darstellung — ist es, dieses Buch nicht neu aufgelegt zu haben. Stattdessen findet sich ein monströser, überteuerter Ausstellungskatalog, der allein dem Prestige seiner Käuferin dient, nicht aber einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Trotzdem finden sich auch im Rest der Ausstellung großartige Werke wie die Plakate des situationistischen Comité pour la Maintien Des Occupations (Rat zur Aufrechterhaltung der Besetzungen, kurz CMDO), das anti-autoritäre Plakat »il n'est pas de sauver suprême; ni Dieu, ni Mao, ni Castro« (es gibt keinen höchsten Retter; weder Gott noch Mao noch Castro — eine Anspielung auf die zweite Strophe der *Internationale*) oder das kollektiv hergestellte und lange verschollene Ölgemälde »La Datcha«. Ihrer Ideenlosigkeit zum Trotz legt der zweite Teil der Ausstellung jedoch ein eindrückliches Zeugnis davon ab, wie jene Verbindung von politischer Bewegung und Kunst, die das Atelier populaire herzustellen vermochte, an der konterrevolutionären Repression zerbrach: Die Symbole und Parolen verfestigten sich gegeneinander, erstarren im Alltagsgeschäft des Agitprop. Mit der Re-Professionalisierung richten sich die Hierarchien und Grenzen der Arbeitsteilung wieder auf. Die rätedemokratische Vermittlung, die sach- und situationsbezogen arbeitete, weicht der identitären Zersplitterung in Kleinstgruppen. Die Trennung ist allerdings Folge einer Niederlage, nicht einer heimlichen Allianz zwischen Revolte und heraufziehendem Neoliberalismus. Eines der deutlichsten Zeichen dafür ist, dass einige der beteiligten Künstlerinnen im Nachhinein versuchten, die unsignierten, also anonymen Plakate für sich zu vereinnahmen, die bürgerliche Autorität des Autors also wieder herzustellen. Das Atelier populaire war hingegen angetreten, den bürgerlichen Schein der künstlerischen Autonomie zu zerstören und an seine Stelle eine kommunistische Vermittlungsform zu setzen, in der alle Menschen auch Künstlerinnen sein können und sich die Bornierungen der Berufssparten und Klassenidentitäten auflösen.

Am 27. Juni 1968 wurde die Beaux Arts von der Polizei geräumt. Das Atelier kommentierte: »La police s'affiche aux Beaux Arts; les Beaux Arts affiche dans la rue« (Die Polizei stellt sich in der Beaux Arts dar; die Beaux Arts stellen sich auf der Straße dar⁵). Nach der Stürmung durchkämmte die Polizei das Gebäude auf der Suche nach von ihr vermuteten riesigen Druckmaschinen, während die Studentinnen mit den Siebdruckplatten in der Hand unbehelligt an ihnen vorbei hinaus auf die Straße gingen. »Leur campagne commence; notre lutte continue« (Ihre Kampagne beginnt, unser Kampf geht weiter) — versprach eines der letzten Plakate. Doch weder die Arbeitsform noch die Bildsprache konnten in den folgenden Kämpfen wieder hergestellt werden — bis heute nicht.

1 Usines — Universités — Union (Hrsg.): *Atelier Populaire. Présenté par lui-même. 87 affiches de mai-juin 1968*, London/Paris 1968, S. 9f.

2 Eine Anspielung auf De Gaulles Diktum »Les réformes, oui; la chienlit, non!« (Reformen ja, Chaos nein!), die in der Entwendung auf ihn selbst umgemünzt wurde.

3 Rancière, Jacques: *Der emanzipierte Zuschauer*, Wien 2009, S. 47.

4 Sie bezog sich auf den berühmten Aufsatz von Lenin: Der »Linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ders.: *Werke*. Bd. 31, S.1-105.

5 Es handelt sich um ein Wortspiel: Affiche bedeutet im Frz.: Plakat. Afficher als Verb: ankleben, aushängen. S'afficher als reflexives Verb: sich darstellen, sich anzeigen.





ПРАВДА



37

ИЗВЕСТИЯ



SSBS

Studentisches Sozialberatungssystem



Das studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet weitere zahlreiche Beratungen zu Themen wie Studieren mit Kind, Sexistische Übergriffe, Entlassungsberatung, Bafög- und Studienfinanzierungsberatung etc. an.

Für weitere Informationen:
www.refrat.de/beratung

38



FUTURE HOTELS

Beratung und Zuschüsse

Das Semesterticketbüro hilft auch in diesem Jahr wieder Studierende, die in finanzielle Engpässe durch die Semesterticketgebühren geraten. Mit ausführlichen Informationen, einer Rechtsberatung wie auch allen nötigen Antragsformularen stellt das Semesterticketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der Semesterticketgebühren rückerstattet werden.

Antragsfrist für den Zuschuss im zum Wintersemester 17/18 vom 01. Juni bis zum 31. Juli 2017, für Neumatrikulierte bis sechs Wochen nach der Einschreibung. Es gilt eine Nachfrist von 14 Tagen. Wird diese in Anspruch genommen, sollten jedoch alle Unterlagen vollständig eingereicht sein.

Semesterticketbüro
Unter den Linden 6
Montag 12-15 Uhr, Mittwoch 12-19 Uhr
Telefon: (030) 2039-70296

HOTEL DE ROME Berlin, HOTEL AMIGO Brussels, THE BALMORAL Edinburgh,
HOTEL SAVOY Florence, VILLA KENNEDY Frankfurt, ASSILA HOTEL Jeddah,
BROWN'S HOTEL London, THE CHARLES HOTEL Munich, HOTEL DE RUSSIE Rome,
VERDURA RESORT Sicily, HOTEL ASTORIA St Petersburg

Future openings: Rome, Shanghai

Antidiskriminierungsberatung



Aufgaben: Empfehlung von Antidiskriminierungsberatungsstellen, Diskriminierungen an der Uni »richtbar« machen, Sensibilisierung, Aufnahme und Dokumentation von Diskriminierungs- und/oder Ungleichbehandlungsfällen...

Wenn du ungleich_ungerecht_diskriminiert behandelt wurdest, dich so fühlst oder diesbezüglich Fragen hast:

Beratungsraum: Invalidenstraße 110R. 433 (4.06), 10115 Berlin, HU Campus Nord Station Naturkundemuseum (U6, Tram M5, M8, M10 und 12)

adb@refrat.hu-berlin.de

rassismusberatung-adb@refrat.hu-berlin.de

transberatung-adb@refrat.hu-berlin.de

www.facebook.com/adb.hu.berlin/

Rechtsberatung

ROCCO FORTE HOTELS



Die Rechtsberatung für Hochschul- und Prüfungsrecht findet alle zwei Wochen mittwochs von 16 bis 18 Uhr im RefRat statt. In der jeweils anderen Woche ist dieselbe Beratung beim AstA Tu (asta.tu-berlin.de), wo ihr auch hingehen könnt. Dort bitte vorher anrufen und einen Termin geben lassen.

Bringt alle Unterlagen mit. Bitte meldet euch vorher beim Referat für Lehre und Studium unter lust@refrat.hu-berlin.de. Dabei geht es vor allem um Vorabklärungen. In einigen Fällen können wir auch selbst umfangreich beraten und der Gang zum Anwalt kann sich dadurch erübrigen oder auf spezielle Fragen fokussieren.

- Prüfungsrecht,
- Vertrauensschutz,
- auslaufende Studiengänge (Magister, Diplom und - ja, immer noch: Lehraut) und der (holprige) Weg zum Abschluss,
- Zwangsberatung und Exmatrikulation
- Probleme bei Rückmeldung oder Immatrikulation
- Anerkennung von außeruniversitären Leistungen
- Hoch- und Einstufungen
- juristische Durchsetzung des Nachteilsausgleich
- Hilfestellung beim Verfassen von Widersprüchen
- jedes weitere Problem, bei dem ihr nicht weiter wisst.

Allgemeine Sozialberatung

HOTEL & CAFÉ AM SCHLOSS BIEBRICH

HOME ABROAD - UNTERWEGS DAHEIM



Hotel AM SCHLOSS BIEBRICH, Rheingaustr. 146 - 148, D-65203 Wiesbaden

Berater_innen: alle Berater_innen der
Studentischen Sozialberatung im Wechsel

Sprechzeiten: Dienstag 10-14 Uhr in Adlershof,
Mittwoch 14-16 Uhr in Mitte

Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2,
Raum 225

Mitte: Mombijoustraße 25, Raum 16

Telefon: Adlershof (030) 2033 - 5476
Mitte (030) 2033 - 44642

Telefonisch erreichbar sind wir nur während
der Sprechzeit am jeweiligen Standort!

Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Aufgaben:

Alle Fragen, die nicht (direkt) in eine
unserer speziellen Beratungen passen, werden
hier beantwortet bzw. finden wir den/die
richtige_n Ansprechpartnerin. Wende dich an
uns, wenn du z. B. Fragen zum Urlaubs-
semester, zum Wohngeld, zur Krankenkasse,
zur Grundversicherung (ALG II) oder zum Rund-
funkbeitrag (GEZ) hast. Aber auch alle,
die nicht so genau wissen, in welche Be-
ratung ihre Frage oder ihr Problem
gehört, können hier vorbeischaun.

BHB GmbH & Co. KG
Baum Hotel Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Sitz: Wiesbaden; Amtsgericht Wiesbaden - HRA 9661
USt-Identifikationsnummer: DE279587312

Persönlich haftende Gesellschafterin:
H.G.L. Management & Servicedienste GmbH
Sitz: Weilrod; Amtsgericht: Königstein / Taunus - HRB 109975
Geschäftsführer: Edmond Baum

h umboldt
u niversität
u ndogmatische
l inke
s tudierende



**Quer
stellen
statt quer
Lesen**

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €. Bestellungen unter www.akweb.de

42



» lest und macht: »

Kunst
Spektakel
Revolution

» »

spektakel.blogspot.de

Es bleibt kompliziert

Die Wochenzeitung **Jungle World**

Die Arbeit der Medienstellen in Berlin
 Die Arbeit der Medienstellen in Berlin
 Die Arbeit der Medienstellen in Berlin
 Die Arbeit der Medienstellen in Berlin

Der als die
 Ken Ulriah zum
 und, dass jemand mit
 zungen im Klaffen einer
 ven Hattie, die auch von an
 Ich fahre, die nicht durch die
 gnehmlich werden, dahinter
 kleines Team. So etwa, als
 der ein 75-jähriger Mann se
 her in Frieden auf
 geprüften von
 der beschimpft
 stunden

Der als die
 Ken Ulriah zum
 und, dass jemand mit
 zungen im Klaffen einer
 ven Hattie, die auch von an
 Ich fahre, die nicht durch die
 gnehmlich werden, dahinter
 kleines Team. So etwa, als
 der ein 75-jähriger Mann se
 her in Frieden auf
 geprüften von
 der beschimpft
 stunden

Der als die
 Ken Ulriah zum
 und, dass jemand mit
 zungen im Klaffen einer
 ven Hattie, die auch von an
 Ich fahre, die nicht durch die
 gnehmlich werden, dahinter
 kleines Team. So etwa, als
 der ein 75-jähriger Mann se
 her in Frieden auf
 geprüften von
 der beschimpft
 stunden

»**Die Wahrheit
 ist immer konkret.**«
 (Lenin)

Magazin für Politik & Kultur. *Jeden Monat neu am Kiosk.*
www.konkret-magazin.de

IMPRESSUM

Huch # 88

September 2018, Berlin

Herausgeber

Matthias Ubl und Thomas Zimmermann
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Matthias Ubl und Thomas Zimmermann (V.i.S.d.P.)

Anschrift

HUch Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

Foto: Lucian Busse
Umbruch-Bildarchiv
umbruch-bildarchiv.de

Abbildungen Innenteil

(Fotogramme, Fotografien und eine Radierung)
nora amrel
noraamrel.tumblr.com

Abbildung Poster

nach einem Plakat des Atelier Populaire, 1968

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin
schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
hinkelstein-druck.de

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen :

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

FINDE UNS AUF FACEBOOK
...
HUCH-KRITISCHE-STUDIARENDEZEITSCHRIFT

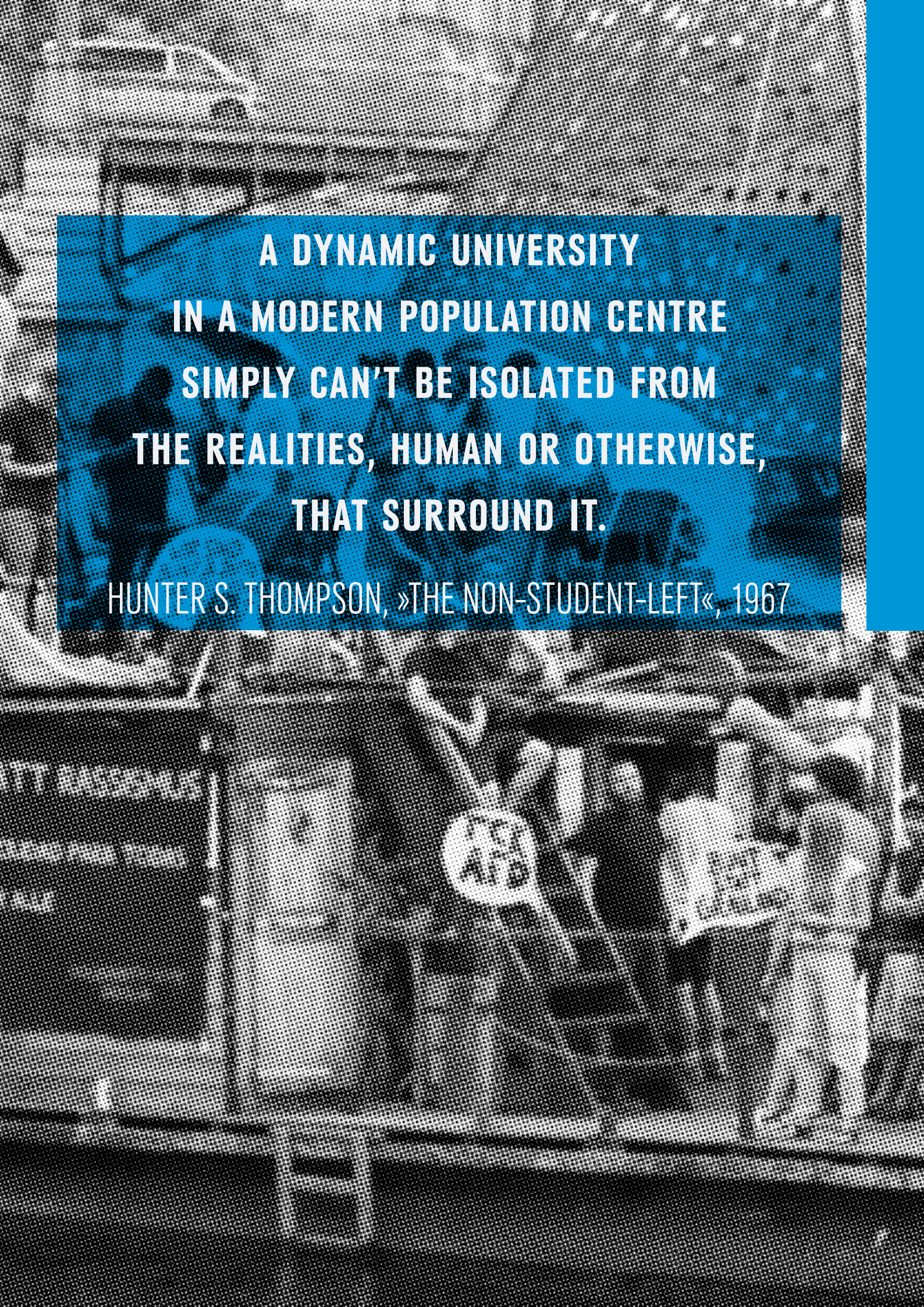


UNSER BLOG
...
REFRAT.DE/HUCH

MITARBEIT IN DER HUCH:

Die HUCH soll als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung einen Raum bieten, um selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen.

Wer also Lust und Energie mitbringt, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hat oder einfach nur mal schauen möchte, ob das Spaß macht, schickt einfach eine Mail oder schaut zu den Sprechzeiten im Refrat vorbei.



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967